



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

Primat der Sicherheit?
Die Außenpolitik der VR China
rund um das Schlüsseljahr 1969

Verfasserin

Elisabeth Heigl, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 811

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Sinologie

Betreuerin / Betreuer:

o.Univ.-Prof. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik

1	Einleitung	4
2	Die neorealistische Theorie	10
2.1	Der klassische Realismus.....	12
2.1.1	Das Streben nach Macht als Grundthese	13
2.1.2	Der Begriff des „nationalen Interesses“	14
2.2	Der Neorealismus: Streben nach Sicherheit.....	15
2.2.1	Offensiver und defensiver Neorealismus.....	16
2.2.2	Kenneth Waltz und die „Theory of International Politics“	17
2.2.2.1	Die Struktur des internationalen Systems und seine Einheiten.....	17
2.2.3	Bildung von Allianzen: Balancing und Bandwagoning	19
2.3	Kritik am Neorealismus und Zwischenfazit	22
3	Zur Anwendbarkeit realistischer Theorien auf die Politik Chinas.....	24
3.1	Ideologie	24
3.2	Theorie	26
3.3	Und Praxis	27
4	Historischer Überblick	30
4.1	Ausgangspunkt: Von Friedlicher Koexistenz zu Revolutionsexport.....	30
4.2	Die Kulturrevolution	32
4.2.1	In die „Isolation“: Weltweite maoistische Agitation.....	34
4.3	Historische Ausgangslage: USA, UdSSR, Vietnam	36
4.3.1	Chinesisch-amerikanische Beziehungen.....	36

4.3.2	Das Zerwürfnis mit der Sowjetunion	38
4.3.3	Wie „Lippen und Zähne“? – Der Krieg in Indochina	39
4.3.3.1	China und die Eskalation des Vietnamkrieges.....	41
4.3.3.2	Entfremdung zwischen Beijing und Hanoi	43
4.4	Zwischenfazit	45
5	Der neorealistische Ansatz: Primat der Sicherheit	46
5.1	Rückkehr auf die Weltbühne	47
5.1.1	Ausgangspunkt	47
5.1.2	Rücknahme der Auslandspropaganda.....	47
5.1.3	Aktive Reparatur der Außenbeziehungen	48
5.2	In der Gefahrenzone: Von Breschnew-Doktrin bis Ussuri	50
5.3	Annäherung an die Vereinigten Staaten	54
5.4	China zwischen Sowjetunion, USA und Vietnam: Versuch einer Evaluierung	60
5.4.1	Die Sicherheitsfrage bestimmt das <i>Rapprochement</i>	60
5.4.2	Der Faktor Vietnam.....	65
5.4.2.1	Alle gegen Amerika.....	65
5.4.2.2	Hanois sino-sowjetischer Stolperstein	67
5.4.2.3	Vietnam und die chin.-amerikanische Annäherung.....	67
5.5	Zwischenfazit	70
6	Alternativmodell: Innenpolitischer Ansatz.....	73
6.1	Akteure und Entscheidungsstruktur	74
6.1.1	Mao Zedong als Paramount Leader.....	75
6.1.2	Die Rolle Zhou Enlais	76
6.1.3	Mechanismen in der Entscheidungsfindung	77
6.1.4	Kompetenzverteilung	78
6.2	Schlüsselszenen	81

6.2.1	Die Februar-Gegenströmung Oder: „Wie eliminiere ich meinen Außenminister?“	81
6.2.2	Zhenbao: Innenpolitisches Kalkül?	84
6.2.3	Mao Zedong und das Sino-US-Rapprochement.....	86
6.2.3.1	Warum Amerika?.....	86
7	Fazit	91
8	Literaturverzeichnis.....	95
9	Glossar	105

1 Einleitung

Außenpolitik ist die Politik eines Nationalstaates gegenüber seinem internationalen Umfeld, unter Wahrung seines eigenen nationalen Interesses. Sie ist nicht nur vom eigenen politischen System abhängig, sondern auch von den anderen Akteuren im internationalen System. Die Linie der Außenpolitik eines Staates wird bestimmt durch drei Faktoren: die innerstaatlichen Rahmenbedingungen, die Träger außenpolitischer Entscheidungen und der internationalen Umwelt (Siedschlag / Opitz / Troy / Kuprian 2007:115-116).

Die ursprüngliche Idee für diese Magisterarbeit wäre die Beschäftigung mit dem Thema des „Revolutionsexports“, also der Unterstützung revolutionärer Gruppen, nationaler Befreiungsbewegungen und ähnlicher Gruppierungen weltweit durch die Volksrepublik China vor und während der Kulturrevolution gewesen. Die Autorin wollte dabei der Frage nachgehen, warum diese Aktivitäten weitgehend gescheitert sind. Ursprünglich hätte das Thema „Großmachtpolitik“, und da vor allem die chinesisch-amerikanische Annäherung, ausgeklammert werden sollen. Bei der Sichtung des Quellenmaterials manifestierte sich bei der Autorin allerdings die Erkenntnis, dass diese beiden Themenbereiche nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. In den Vorarbeiten zu dieser Magisterarbeit stellte die Autorin darüber hinaus fest, dass diese beiden Fragen in der historischen Abfolge der Ereignisse zwar verknüpft sind, jedoch in sich einen erstaunlichen Widerspruch darstellen. Die Volksrepublik China vollzog Ende der 1960er Jahre einen bemerkenswerten „Schwenk“ in ihrer außenpolitischen Linie. Gerade in einer Phase der extremen Ideologisierung, noch während der Kulturrevolution, leitete die chinesische Führung die Annäherung an die Vereinigten Staaten ein. Diese Wendung wirkt paradox, waren doch die

Vereinigten Staaten seit der Gründung der Volksrepublik China der vielgescholtene „Erzfeind“.

Ende der 1970er Jahre erschienen zahlreiche Publikationen, die diese Diskrepanz thematisierten, und auch die gegenwärtige wissenschaftliche Sekundärliteratur gesteht der Außenpolitik der Volksrepublik China ab 1968 neorealistische Ansätze zu, jedoch ohne ebendiese Ansätze auch als solche zu deklarieren. Nach einer Sichtung des vorhandenen Materials gewann die Autorin den Eindruck, dass die Veränderungen in der chinesischen Außenpolitik Ende der 1960er Jahre auffallend oft mit einem verstärkten Bedürfnis Chinas nach Sicherheit erklärt werden. Es scheint in der Sekundärliteratur ein breiter Konsens darüber zu herrschen, dass China aus sicherheitsstrategischen Motiven heraus nach der in Kapitel 5.2 näher dargestellten Eskalation an der Grenze zur Sowjetunion 1969 das Rapprochement gegenüber den Vereinigten Staaten einleitete. Dennoch wird dieses zutiefst „neorealistische“ Konzept¹ nur in wenigen Fällen mit der ihm zugrunde liegenden Theorie in Verbindung gebracht.²

Das Erkenntnisinteresse, das dieser Magisterarbeit nun zugrunde liegt, ist, inwieweit diese Umorientierung in der chinesischen Außenpolitik tatsächlich mit dem Argument der Sicherheitspolitik erklärt werden kann, oder ob ein anderer Zugang zu dieser Frage eine geeignete alternative Erklärungsmöglichkeit bieten würde.

Im ersten Teil des Hauptteils der Arbeit (Kapitel 5) wird also der Versuch einer Einbettung der chinesischen Außenpolitik zur Zeit der Kulturrevolution in einen definierten neorealistischen Rahmen

¹ Das Primat der „Sicherheit“ für die Außenpolitik eines Staates stellt die grundlegende These in der Theorie des defensiven Neorealismus dar. Vgl. Kapitel 2.2.

² Eine Ausnahme bilden hierbei Nathan / Ross (1997:xv), die im Kapitel über ihre verwendete Methodik klar den „neorealistischen Ansatz“ hervorheben.

unternommen. Dem neorealistischen Ansatz wird im zweiten Teil (Kapitel 6) zum Vergleich ein Alternativmodell gegenübergestellt, der sogenannte „innenpolitische Ansatz“. Hier wird untersucht werden, inwieweit die maßgeblichen außenpolitischen Entscheidungen von den Entscheidungsträgern, respektive Mao Zedong, sowie der innenpolitischen Situation zum behandelten Zeitraum geformt wurden.

Während der neorealistische Ansatz ein „passiver“ Zugang zur Außenpolitik ist, bei welchem ein Staat auf das internationale Umfeld und die geostrategischen Gegebenheiten reagiert, so stellt der innenpolitische Ansatz einen „aktiven“ dar, bei welchem Veränderungen in der außenpolitischen Strategie bewusst und mit Plan gemacht werden. Eine weitere Unterscheidung ist hier, dass bei ersterem die Außenpolitik von der Innenpolitik gleichsam „abgekoppelt“ agiert und sich nur im internationalen Umfeld bewegt, während bei letzterem die Außenpolitik eine direkte Folge der innenpolitischen Verhältnisse darstellt. Maßstab für die politische Entscheidungssetzung ist beim neorealistischen Zugang die Makro-Ebene, welche die gesamte globalstrategische Landschaft umfasst. Beim innenpolitischen Zugang finden die Motivationen, die die jeweiligen Entscheidungen bedingen, auf der Mikro-Ebene, also innerhalb der politischen Grenzen des Staates, statt.

Vom zeitlichen Rahmen her konzentriert sich diese Arbeit in erster Linie auf das Schlüsseljahr 1969, welches deswegen als „Schlüsseljahr“ identifiziert wurde, weil zu diesem Zeitpunkt der Beginn der chinesisch-amerikanischen Détente festgestellt werden kann. Um die Ereignisse von 1969 nachvollziehen zu können, werden in einem historischen Überblick die wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen vor 1969 näher dargestellt, und da vor allem für die Außenpolitik relevante Umstände im Vorfeld und während der Kulturrevolution untersucht. Um einzelne Punkte

der Entwicklung 1969 besser beurteilen zu können, soll schließlich auch auf Entwicklungen nach 1969 Bezug genommen werden, da sich die Relevanz einzelner Ereignisse erst in ihren späteren Folgeerscheinungen manifestiert.

Die Taiwan-Frage, die bei der chinesisch-amerikanischen Annäherung eine große Rolle gespielt hat, ebenso wie der „fliegende Wechsel“ zwischen den beiden Chinas in den Vereinten Nationen, liegen außerhalb des angestrebten Rahmens dieser Magisterarbeit und können somit nicht behandelt werden. Die Frage des chinesischen Engagements in Vietnam ist hingegen sehr relevant und kann in einer Arbeit über die chinesischen Außenbeziehungen zu jener Zeit nicht ignoriert werden.

Die Autorin ist sich der Tatsache bewusst, dass es vor und während der Kulturrevolution durchaus „außenpolitische Aktivitäten“ abseits der hier behandelten zwischenstaatlichen Beziehungen gegeben hat.³ Gerade das Thema der eingangs erwähnten „revolutionären Außenpolitik“ wird in Kapitel 4.1 zwar kurz angeschnitten, kann aber aufgrund der Konzentration auf die für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit wesentlichen Beziehungen Chinas zur Sowjetunion und den Vereinigten Staaten nicht weiter ausgeführt werden. Auch in die Beantwortung der Forschungsfrage wird dieser Aspekt nicht mit eingebunden.

Diese Arbeit ist in sieben Kapitel unterteilt, welche insgesamt vier Teile bilden. Kapitel zwei und drei formen das theoretische Rahmenwerk, und damit den ersten Teil. Hier wird zunächst die Theorie des Neorealismus vorgestellt und anschließend der Frage nachgegangen, inwieweit diese auf die chinesische Politik anwendbar ist.

³ Vgl. zu diesem Bereich beispielsweise Weigelin-Schwiedrzik (2008) oder Van Ness (1971).

Im vierten Kapitel wird im Zuge eines historischen Überblicks auf die Stellung der Volksrepublik China in der Welt im Allgemeinen und ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und der Demokratischen Republik Vietnam im Speziellen eingegangen.

Diese Dreiteilung wird auch im darauf folgenden Kapitel (5) weitergeführt, in welchem nun die Entwicklungen der Beziehungen der Volksrepublik China mit diesen drei Ländern rund um das Jahr 1969 in einen neorealistischen Kontext gesetzt werden. In Kapitel 5.4 werden diese drei Handlungsstränge vereint und der Versuch einer Bewertung nach der neorealistischen Theorie unternommen.

Kapitel sechs bietet den Alternativansatz, eine Darstellung aus innenpolitischer Perspektive, wobei besonders auf die Person Mao Zedong als „Paramount Leader“ eingegangen werden wird.

Das darauf folgende Fazit (7) bildet den Schluss der Arbeit, mit einer Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse aus beiden Ansätzen und dem Versuch einer Bewertung derselben in Hinblick auf das Erkenntnisinteresse der Arbeit: welcher dieser beiden Ansätze nun geeigneter ist, die Umorientierung in der chinesischen Außenpolitik 1969 zu erklären.

Von Seiten der Autorin wird versucht werden, mögliche Wiederholungen zu vermeiden. Aufgrund der Strukturierung der Arbeit erweist es sich allerdings punktuell als notwendig, auf einzelne Bereiche, die schon in anderen Teilen der Arbeit behandelt wurden, neuerlich einzugehen. Wo eine Wiederholung im Text vermieden werden kann, wird mit

Querverweisen zu den relevanten Teilen an anderen Stellen im Text verknüpft.

Die Grundlage zu dieser Arbeit wird sowohl aus dem aktuellen westlichsprachigen, als auch dem chinesischen Forschungsstand zu den Außenbeziehungen der Volksrepublik China zur Zeit der Kulturrevolution gebildet. Besonders hervorzuheben sind hierbei Ma (2003), die als Mitarbeiterin im chinesischen Außenministerium zur Zeit der Kulturrevolution eine sehr detaillierte Darstellung der Vorgänge im Ministerium liefert, und Barnouin / Yu (1998), wobei es sich bei Yu um das Pseudonym eines „Außenministeriums-Insiders“ (Teiwes / Sun 2007:20 Fußnote 58) handelt.

Aufgrund der überwältigenden Fülle an heute verfügbarer Literatur zum Thema musste eine für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit relevante Auswahl getroffen werden, wobei von Seiten der Autorin darauf geachtet wurde, möglichst Sekundärquellen zu verwenden, welche Erkenntnisse aus den aus neu geöffneten Archiven verfügbaren Primärquellen behandeln. Vereinzelt wurde auch ältere Literatur herangezogen, wenn sich diese Literatur in relevanten Fragen nicht von den neueren Studien unterschied und punktuell detailliertere Darstellungen von Ereignissen bot.

2 Die neorealistische Theorie

Als Grundlage für den theoretischen Rahmen dieser Arbeit wurde der neorealistische Ansatz nach Kenneth Waltz gewählt. In theoretischen Fragen der internationalen Beziehungen sind der „klassische“ Realismus⁴ und seine weiterentwickelte Form, der „strukturelle“ oder „Neo-“Realismus, die noch immer am weitesten verbreiteten Großtheorien (Krell 2004:62), und obwohl der Neorealismus nach dem Ende des Kalten Kriegs⁵ in der politikwissenschaftlichen Debatte gegenüber anderen Theorien an Stellenwert eingebüßt hat (Menzel 2001:51), sind sowohl Realismus als auch Neorealismus dennoch weiterhin relevant, da sich alle anderen Großtheorien auf sie beziehen und sich in ihrer Kritik von ihnen abgrenzen (Krell 2004:62).

Des weiteren erlebt der Neorealismus in der Diskussion um die aktuelle außenpolitische Leitlinie der Volksrepublik China gegenwärtig eine Renaissance, da beispielsweise John J. Mearsheimer, ein führender Vertreter der Theorie des offensiven Neorealismus,⁶ China einen „Unpeaceful Rise“ prognostiziert, unter Zuhilfenahme der Hegemoniezyklentheorie (Mearsheimer 2006a).⁷ Diesem Zukunftsszenario widersprechen allerdings Nathan / Ross (1997:xii-xiii), die zwar einräumen, dass China möglicherweise eine „aufstrebende Großmacht“ sei, und dass „wir Konflikte in Bezug auf Chinas Rolle [in der Welt] erwarten können“, jedoch keinen Hegemonialkrieg, da China aufgrund

⁴ In dieser Arbeit wurde als Beispiel für die klassische realistische Theorie der Ansatz von Hans Morgenthau gewählt.

⁵ Zu einer ausführlichen Zusammenfassung der Kritikpunkte am Neorealismus insbesondere nach dem Ende der bipolaren Weltordnung vgl. u.a. Siedschlag (1997:116-124).

⁶ Zum Unterschied zwischen „offensivem“ und „defensivem“ Neorealismus vgl. Kapitel 2.2.1.

⁷ Zum Diskurs über den Begriff „Hegemon(ie)“ und Großmächtropolitik, den anhängigen Theorien und der Kritik an denselben vgl. u.a. Mearsheimer (2001), Kennedy (1996), Nau (2001) und Ferguson (2004).

seiner geostrategischen Lage hauptsächlich damit beschäftigt sein werde, seine territoriale Integrität zu verteidigen und wenig Gelegenheit zu Expansionismus oder Aggressivität nach außen haben werde.

Wie schon in der Einleitung angemerkt, finden sich auch im aktuellen westlichsprachigen Diskurs zur chinesischen Außenpolitik zur Zeit der Kulturrevolution Ansätze neorealistischer Grundannahmen. So argumentieren beispielsweise Barnouin / Yu (1998:79):

If ideology and revolutionary ambitions had influenced China's external relations in the early stages of the Cultural Revolution, by the second half of the 1960s they had given way to cool calculations of *raisons d'état*. With the unprecedented threat by the Soviet Union from the north and by the United States from the south, concerns about national security had increasingly overshadowed most other determinants of Chinese foreign policy. [...] Considerations of security as the dominant factor eventually did have far reaching consequences on China's foreign policy behaviour.

Auch Möller (2005:68) führt als Grund für die Öffnung der Volksrepublik China in Richtung Westen die problematische Sicherheitslage an:

Das gescheiterte Experiment mit Unabhängigkeit auf Kosten von Sicherheit sollte letztendlich den Impuls für eine spektakuläre Öffnung nach Westen liefern.

Da die neorealistische Theorie aus der „klassischen“ realistischen Theorie entwickelt wurde,⁸ wird im folgenden Kapitel zunächst auf die Geschichte des Realismus im Allgemeinen und einen der Hauptvertreter, Hans Morgenthau, im Besonderen näher eingegangen. Dies erscheint zulässig und notwendig, da der Neorealismus auf das Fundament des klassischen Realismus aufbaut, und somit die Kenntnis desselben für die Nachvollziehbarkeit des theoretischen Rahmens unabdingbar ist. Das Ziel

⁸ Vgl. hierzu u.a. Krell (2004:63).

der Darstellung des Realismus, und in weiterer Folge des Neorealismus, in dieser Arbeit soll keineswegs eine weitere Interpretation oder inhaltliche Kritik an denselben sein, sondern lediglich die zur Beantwortung der Forschungsfrage herangezogenen Konzepte der jeweiligen Theorien vorstellen. Um den Rahmen einer Magisterarbeit zu wahren, werden in den folgenden Kapiteln nur jeweils exemplarisch die für die Autorin am relevantesten erscheinenden realistischen und neorealistischen Begriffe und Konzepte beleuchtet und von einer lückenlosen Gesamtdarstellung abgesehen. Aufgrund der Fülle an Quellenmaterial zur aktuellen politikwissenschaftlichen Diskussion zu Realismus und Neorealismus musste außerdem eine Auswahl getroffen werden, wobei darauf Wert gelegt wurde, sich möglichst auf die Originaltexte der Theorien und direkte Interpretationen derselben zu konzentrieren.

2.1 *Der klassische Realismus*

Die realistische Schule entstand in der Mitte des 20. Jahrhunderts als Antwort auf den Idealismus, welcher sich mit seiner Grundannahme, dass der Mensch von Natur aus „gut, friedliebend und solidarisch“ (Menzel 2001:66) sei, zunehmend von den realen Gegebenheiten der damaligen Weltpolitik entfernte. Als Reaktion auf die Enttäuschung nach den historischen Entwicklungen, die zum Scheitern des Völkerbunds, zu der zunehmenden politischen Radikalisierung in Form von Faschismus und Stalinismus sowie schließlich zum Zweiten Weltkrieg geführt hatten, etablierte sich mit dem Realismus eine Weltanschauung, die sich vom Idealismus und seinen als „naiv“ angenommenen Grundsätzen bewusst abgrenzte (Menzel 2001:72-73 und Krell 2004:62).

Einer der bekanntesten Vertreter der realistischen Schule ist Hans Morgenthau, und obwohl er selbst kein eigenständiges theoretisches Konzept entwickelt hat, gilt sein Hauptwerk „Politics among Nations“ (dt. „Macht und Frieden“) mit seiner empirischen Analyse der „geopolitischen Gegebenheiten“ als eines der grundlegenden Werke des klassischen Realismus (Masala 2005:23).

2.1.1 Das Streben nach Macht als Grundthese

Internationale Politik ist, wie alle Politik, ein Kampf um die Macht. Wo immer die letzten Ziele der Politik liegen mögen, das unmittelbare Ziel ist stets die Macht (Morgenthau 1963:69).

Schweller (1997:927) und Mearsheimer (2006b:72) bezeichnen Macht als die „Währung“ der internationalen Politik, welche ein Staat brauche, um jegliches nationales Ziel zu erreichen – ob es sich nun um die „Erlangung der Weltherrschaft“ handle, oder einfach nur um „in Ruhe gelassen zu werden“.

Der Machtbegriff als solcher wird bei Morgenthau als „Herrschaft über das Denken und Handeln anderer Menschen“ definiert, was auf politischer Ebene sowohl die wechselseitigen Beziehungen zwischen „Inhabern öffentlicher Gewalt“ einerseits und dem Volk andererseits umfasst (Morgenthau 1963:71).

Die zentrale These Morgenthaus ist also das Streben nach Macht eines jeden Staates (Krell 2004:62), was er mit dem Wesen der menschlichen Natur begründet (Menzel 2001:77). Für Morgenthau ist die menschliche Natur „unveränderlich“ (Masala 2005:26), und somit ist das (menschliche) Streben nach Macht über andere ebenfalls konsequenterweise „allgemein

gültig in Raum und Zeit“, weswegen es auch auf zwischenstaatlicher Ebene niemals dauerhaften Frieden geben könne, sondern bestenfalls „Waffenstillstand“ (Groom 1994:3). Diese Reduzierung des Machtstrebens auf eine anthropologische oder soziologische Wurzel lieferte den Kritikern Morgenthau allerdings auch ihren stärksten Kritikpunkt – nämlich dass es

[...] leichtfertig sei, einen einzelnen menschlichen Trieb [...] für alles menschliche wie staatliche Handeln verantwortlich zu machen [...] (Siedschlag 1997:63).

Morgenthau geht also vom Wesen des menschlichen Individuums aus, das dessen Handeln bestimmt. Die Verschiebung des individuellen Machthungers auf das Kollektiv, und damit in letzter Instanz auch auf Staaten, erklärt er mit den uneingeschränkten Möglichkeiten, die das internationale System biete (Masala 2005:27). Uneingeschränkt deshalb, weil das System „anarchisch“ sei, gemeint im Sinne des Fehlens einer übergeordneten wirksamen Kontrollinstanz (Masala 2005:27), die diesem Treiben Einhalt gebieten könnte.

Siedschlag (1997:56) erklärt die Einführung des Machtbegriffs in Morgenthau Theorie als „Auflösung des methodischen Dilemmas politischer Theorie“ – ein Dilemma, das aus der Schwierigkeit heraus entstand, eine autonome Theorie zu einem so „veränderlichen“ Gegenstand wie internationale Politik konstruieren zu wollen.

2.1.2 Der Begriff des „nationalen Interesses“

Die realistische Schule geht davon aus, dass die Hauptakteure im „anarchischen“ internationalen System die Nationalstaaten seien, welche ihre jeweiligen „nationalen Interessen“ verfolgen. Der Begriff des

nationalen Interesses nimmt, laut Lehmkuhl (2001:73), in der realistischen Sichtweise der internationalen Beziehungen eine „Schlüsselstellung“ ein.

[Das nationale Interesse ist] der übergeordnete Begriff, die umfassendste Beschreibung des gesamten Ziel- und Wertkomplexes der Außenpolitik und zugleich letzter bestimmender Faktor für die Formulierung außenpolitischer Entscheidungen (Zöller 1977:159).

Der Begriff sei, laut Lehmkuhl (2001:73), außerdem eng mit dem Begriff der Macht und des Machtinteresses verknüpft, da die Durchsetzungsmöglichkeiten des jeweiligen nationalen Interesses eines Staates von dessen Machtressourcen abhängig sind.

2.2 Der Neorealismus: Streben nach Sicherheit

Der Neorealismus entstand als Weiterentwicklung, als eine „neue Variante“ (Krell 2004:63) des Realismus. Ebenso wie der klassische Realismus geht auch der Neorealismus von Staaten als Akteuren in einem anarchischen internationalen System aus, welche sich gegenseitig zu dominieren suchen. Was den Neorealismus allerdings grundsätzlich vom klassischen Realismus unterscheidet, ist die Antwort auf die Frage, *warum* Staaten ihre Macht vergrößern wollen.

Während der klassische Realismus diese Frage mit der „menschlichen Natur“⁹ beantwortet, geht der Neorealismus von einer anderen Grundthese aus. Für Neorealisten ist der Machttrieb nicht Selbstzweck, welcher quasi instinktiv verfolgt wird, sondern die Macht selbst ist nur Mittel zum Zweck. Sie ist ein Werkzeug, um das eigene Überleben zu

⁹ Deshalb auch „anthropologischer“ Realismus genannt (Krell 2004:63).

sichern, da in einem unkontrollierten internationalen System „Schwäche die Bedrohung von Seiten anderer Staaten einladen würde“. Somit liegt für die neorealistische Theorie das Hauptinteresse eines Staates nicht in der Macht-, sondern in seiner Sicherheitsmaximierung, welche mit Hilfe der Macht gewährleistet wird (Waltz 1990:36).

Schon in seiner 1959 erschienenen Schrift „Man, the State and War“ schlussfolgerte Kenneth Waltz, der später zu einem der Hauptvertreter des Neorealismus werden sollte, dass die Ursache für Kriege (und die damit verbundene Sicherheits- und Machtpolitik) in der Struktur des internationalen Systems zu finden sei¹⁰ und nicht im Menschen, welcher laut Waltz nicht „per se gut oder böse“ wäre (Masala 2005:31-33). Dieses System wird gebildet aus den Staaten, deren Aktionen und Interaktionen (Masala 2005:33).

2.2.1 Offensiver und defensiver Neorealismus

Das in dieser Magisterarbeit verwendete theoretische Grundgerüst ist das des defensiven Neorealismus nach Kenneth Waltz. Der Begriff „defensiver Neorealismus“ impliziert schon, dass demgegenüber offensichtlich ein „offensives“ Gegenstück steht. Einer der Vertreter dieser weiteren Unterverzweigung der neorealistischen Theorie ist der schon in der Einleitung zum theoretischen Rahmen erwähnte John J. Mearsheimer. Im Gegensatz zum defensiven wird im offensiven Neorealismus weniger Wert gelegt auf die Maximierung der eigenen Sicherheit und das Erhalten des Status Quo, sondern hier gilt als Grundmaxime, ähnlich wie im klassischen Realismus, die Vergrößerung der Macht, um letztendlich die Dominanz als Hegemonialmacht anzustreben (Mearsheimer 2001:22).

¹⁰ Deshalb auch „struktureller“ Realismus genannt (Krell 2004:63).

2.2.2 Kenneth Waltz und die „Theory of International Politics“

Schon 1975 veröffentlichte Waltz den Aufsatz „Theory of International Relations“, der als Vorläufer seines 1979 erschienenen zentralen Werks „Theory of International Politics“ gilt (Masala 2005:34), und in welchem Waltz sein methodisches und theoretisches Grundkonzept darlegt.¹¹ Auch in seinem Hauptwerk widmete Waltz das erste Kapitel der generellen Frage nach „Gesetzmäßigkeiten und Theorien“ (Waltz 1979:1-17) und die darauffolgenden Kapitel 2 bis 4 dem Diskurs zwischen „Reductionist-“ und „Systemic Theories“¹². Er empfindet den „reduktionistischen Ansatz“, also die Annahme, dass ein System auf das Verhalten seiner Einheiten reduziert werden könne, für nicht zweckmäßig, denn seiner Meinung nach ist der Schlüssel zu den Beziehungen zwischen Staaten die Struktur des Systems selbst, wobei aber dennoch klar zwischen dem System und den Akteuren unterschieden werden müsse (Waltz 1979:78).

2.2.2.1 Die Struktur des internationalen Systems und seine Einheiten

Ein System besteht, laut Waltz (1979:79), aus einer Struktur und den innerhalb dieser Struktur interagierenden Einheiten („units“), wobei sich die Struktur nicht aus der alleinigen „Existenz“ der Einheiten definiert, sondern aus deren Bezug zueinander (Waltz 1979:81). Die anarchische Disposition des Systems wird bedingt durch die Tatsache, dass keine für

¹¹ Für eine ausführliche Darstellung von Waltz' Methoden und theoretischem Grundverständnis vgl. Waltz (1975:1-33), und für eine Interpretation desselben vgl. Masala (2005:34-40) und Vogt (1999:39-40).

¹² Masala (2005:40-41) merkt an, dass die deutsche Übersetzung „Systemtheorie“ Missverständnisse erzeugt, da Waltz lediglich Einzelaspekte für sein Konzept eines „Systems“ in seine Theorie übernimmt.

alle Einheiten im System übergeordnete, verbindliche Entscheidungsinstanz existiert. Die Anordnung der Systemeinheiten wiederum ist dezentral und nicht-hierarchisch (Vogt 1999:44).

Die „Einheiten“ sind für Waltz (wie auch für die klassische realistische Denkschule) Staaten. Jeder Staat ist eine „souveräne politische Einheit“ (Waltz 1979:96) und hat als solche die Entscheidungsfreiheit, wie er auf äußere oder innere Herausforderungen reagieren möchte (Waltz 1979:96 und Masala 2005:41). Obwohl für Waltz durchaus auch andere Akteure im internationalen System existieren, bezeichnet er Staaten als die Hauptakteure – und ein System wird für Waltz nur aus dessen Hauptakteuren definiert (Waltz 1979:93).

Trotz möglicher Unterschiede zwischen den Staaten (territoriale Größe, kulturelle/wirtschaftliche Unterschiede, militärische Stärke), differenziert der Neorealismus hier nicht, denn die „Grundmotivationen“ – Souveränität aufrechterhalten und die eigene Sicherheit gewährleisten – sind für alle Staaten dieselben (Masala 2005:41). Das internationale System gewährt dieselben Anreize und Voraussetzungen für alle Staaten, und der einzige Unterschied zwischen ihnen ist ihr jeweiliges Machtpotential (Mearsheimer 2006b:72). Daraus lässt sich schließen, dass in der neorealistischen Theorie nicht unterschieden wird zwischen beispielsweise den Vereinigten Staaten und dem kulturevolutionären China, denn in der Frage ihrer Außenpolitik handeln beide, nach Logik der Neorealisten, aus denselben Beweggründen heraus.

In anarchy, security is the highest end. Only if survival is assured can states safely seek such other goals as tranquility, profit, and power (Waltz 1986:127).

Waltz sieht das internationale System auf eine ökonomische Art und Weise. Staaten sind wie Firmen auf einem internationalen (Sicherheits-) Markt. Sicherheit ist das „knappe Gut“, von dem jeder Staat möglichst viel akkumulieren will (Vogt 1999:45). Die Anhäufung von möglichst viel Sicherheit ist wiederum die Voraussetzung, dass ein Staat seine Souveränität behaupten kann, analog zur Marktwirtschaft, in welcher Firmen ebenso möglichst hohe Gewinne erzielen wollen, um ihr Überleben zu sichern (Vogt 1999:45).

2.2.3 Bildung von Allianzen: Balancing und Bandwagoning

Wenn man also von der Annahme ausgeht, dass Staaten in einem anarchischen internationalen System keiner Kontrollinstanz unterstehen, dann kann sich ein Staat nie sicher sein, ob nicht ein anderer Staat möglicherweise militärische Mittel gegen ihn einsetzen wird. Er muss sich also auf alle Eventualitäten vorbereiten und dabei zur Selbsthilfe greifen (Vogt 1999:48). In der Spirale der Macht bedeutet dies, dass der Staat als einheitlicher Akteur seine eigene Macht zu vergrößern sucht, um für sich selbst maximale Sicherheit oder schließlich universale Herrschaft über alle anderen Staaten zu erlangen (Vogt 1999:49).

Eine Möglichkeit, möglichst viele Unsicherheitsfaktoren auszuschließen, welche die eigene Sicherheit gefährden könnten, ist für einen Staat, Allianzen einzugehen. Hierbei bieten sich nun die Möglichkeiten, sich entweder einem stärkeren oder einem schwächeren Partner anzuschließen. Laut Waltz wird sich ein Staat bevorzugt der jeweils schwächeren Allianz anschließen, um ein Mächteungleichgewicht auszubalancieren. Denn schließlich geht in einem Mächteungleichgewicht

die größere Gefahr für einen Staat von einem relativ mächtigeren, dominanten Gegenüber aus (Vogt 1999:50).

Because power is a means and not an end, states prefer to join the weaker of two coalitions. They cannot let power, a possibly useful means, become the end they pursue. [...] If states wished to maximize power, they would join the stronger side, and we would see not balances forming but a world hegemony forged. This does not happen because balancing, not bandwagoning, is the behavior induced by the system. The first concern of states is not to maximize power but to maintain their positions in the system (Waltz 1986:127).

Schon im klassischen Realismus nach Morgenthau existiert das Konzept der „Balance of Power“, des „Gleichgewichts der Mächte“.¹³ Er führt dies seiner anthropologisch orientierten Grundthese gemäß auf eine grundsätzlich vorhandene Motivation von Staaten zurück, ein Gleichgewicht herzustellen (Morgenthau 1963:145). Waltz wiederum kritisiert dies und stellt das Mächtegleichgewicht als Phänomen vor, welches sich aus der von ihm angenommenen internationalen Struktur ergibt (Waltz 1979:121 und Siedschlag 1997:97).

Die Entscheidung der USA, sich Anfang der 1970er Jahre [sic] eher der Volksrepublik China anzunähern als der scheinbar stärkeren Sowjetunion, war beispielsweise eine Entscheidung, die mit dem gewollten Ausgleichen eines Machtungleichgewichts erklärt werden kann (Walt 1985:6). Walt argumentiert weiter, dass eine Allianz mit der „schwächeren Seite“ die Einflussmöglichkeiten eines Staates vergrößert, da die „schwächere Seite“ einen [relativ] größeren Bedarf an Hilfe aufweist (Walt 1985:6).

¹³ Werner Link (1998:15) merkt an, dass die deutschsprachige Bezeichnung „Mächtegleichgewicht“ falsche Assoziationen hervorrufe, da hierbei die (falsche) Vorstellung erzeugt werden würde, dass „Gleichheit der Macht bzw. gleiches Gewicht der Kern der Sache sei“. Vielmehr läge der Schwerpunkt beim politischen Gleichgewicht auf der „gegenseitigen Beschränkung der Mächte [...], die ungleich sind und bleiben sollen“.

Das sogenannte „Bandwagoning“ wird als das Gegenteil des „Balancing“ angesehen: Ein Staat schließt sich der stärkeren von zwei Allianzen an. Während Waltz und Walt Bandwagoning als „Notlösung“ ansehen, für Staaten, die sich das kostenintensive Balancing militärisch nicht leisten können (Vogt 1999:62), präsentiert Randall L. Schweller einen neuen Ansatz:

The question is not whether states balance or bandwagon – history clearly shows that they do both – but rather under what conditions states chose one strategy or the other (Schweller 1997:927).

Schweller stellt schon mit dem Titel eines seiner Aufsätze, „Refining, not Refuting, Waltz’s Balancing Proposition“ (1997) explizit fest, dass er den Ansatz von Kenneth Waltz nicht „entkräften“ oder „widerlegen“ wolle. Stattdessen wolle er ihn „weiterentwickeln“. Für Schweller (1994:74) sind Balancing und Bandwagoning keine gegensätzlichen, sich jeweils ausschließenden, Strategien, deren jeweiliges Ziel die Sicherheitsmaximierung eines Staates ist. Vielmehr verfolgen Staaten mit den jeweiligen Strategien unterschiedliche Ziele. Das Ziel beim Balancing ist die Selbsterhaltung und die Vermeidung von Verlusten von bereits erworbenen Werten/Gütern¹⁴, während das Bandwagoning darauf abzielt, durch Allianzen weitere Werte/Güter automatisch anzusammeln.¹⁵

Diese „nächste Generation“ von Realisten, die „neoklassischen Realisten“, zu welchen auch Schweller zählt,¹⁶ bringt außerdem einen weiteres Konzept in die realistischen Theorien ein: Perzeption.

¹⁴ Gemeint sind hier Werte oder Güter wie Macht oder Sicherheit.

¹⁵ Zu der These, dass die Frage nach Bandwagoning gleichzeitig eine Frage nach den Interessen von Staaten ist, und der Annahme, dass Bandwagoning tatsächlich die vorherrschende Strategie in der Bildung von Allianzen ist, vgl. weiterführend Sweeney / Fritz (2004).

¹⁶ Vgl. Schweller (2004).

Neoclassical realism recognizes that there is no perfect “transmission belt” linking the relative distribution of power and states’ foreign policy behavior. Politicians, military leaders, and bureaucrats make foreign policy choices based on their perceptions and calculations of relative power and other states’ intentions. This means that, over the short and medium terms, different states’ foreign policies may not be objectively “efficient” or predictable based on an objective assessment of relative power. Furthermore, states have varying amounts of state power. Even if leaders make “accurate” estimates of relative power and power trends, they do not always have complete access to the resources of their own societies to pursue foreign policy objectives (Taliaferro 2006:485-486).

Es ist also die subjektive Einschätzung der jeweils anderen Staaten und der herrschenden relativen Machtverhältnisse, die einen Staat zu der einen oder anderen Allianzstrategie bewegt. Damit werden scheinbar „unlogische“ Verhaltensweisen von Staaten erklärt.

2.3 Kritik am Neorealismus und Zwischenfazit

Die Kritik an den realistischen Theorien richtet sich in erster Linie gegen die „Übervereinfachung“ des komplexen internationalen Systems. Joseph S. Nye (1988:244) beispielsweise kritisiert die Lücken bei Kenneth Waltz mit der markanten Aussage:

There are so few strands in the web of Waltz’s theoretical net that even big fish slip through it.

Auf der anderen Seite arbeiten Neorealisten nach Ansicht der Autorin offensichtlich aus dem Denkschema von Ökonomen heraus, welche mit Hilfe der „Ceteris Paribus“-Methode¹⁷, also dem bewussten Reduzieren

¹⁷ „ceteris paribus“ (lat.) bedeutet soviel wie „alles andere bleibt gleich“. Gemeint ist hierbei die Annahme, dass alle Faktoren, die ein ökonomisches Modell zwar durch ihre

und Ausschließen von Variablen arbeiten, um aus einem komplexen Sachverhalt heraus ein vereinfachtes Modell aufzustellen.

Ob einem Staat nun *Machtpolitik*, *Balancing* oder *Bandwagoning* attestiert werden kann, hängt nicht zuletzt von der Einschätzung der jeweils aktuellen internationalen Mächteverhältnisse ab. Vor allem die letzten beiden Begriffe sind letztlich Varianten und ein Versuch, außenpolitische Praxis mit Hilfe theoretischer Konstrukte darzustellen. Die Rahmenbedingungen, die einen Staat zu der einen oder anderen Strategie motivieren, gründen sich auf dessen Perzeption der geopolitischen Konstellationen. Was die generelle politikwissenschaftliche Diskussion um Balancing oder Bandwagoning und die Frage nach der vorherrschenden Strategie betrifft, so dauert diese noch an,¹⁸ und eine vertiefende Ausführung der Diskussion würde den Rahmen dieser Magisterarbeit sprengen.

Tatsächlich ist auch die Autorin der Ansicht, dass die realistischen Theorien einige Fragen offen lassen. Der nach Meinung der Autorin wichtigsten Frage, nämlich der generellen Anwendbarkeit eines (westlichen)¹⁹ Theoriekonzepts wie dem des Neorealismus auf die chinesische Politik, wird infolgedessen im folgenden Kapitel (3) Rechnung getragen werden.

jeweiligen Veränderungen beeinflussen könnten, in ebendiesem Modell jedoch nicht direkt enthalten sind, (vorläufig) als Konstante behandelt und so nicht berücksichtigt werden. Vgl. hierzu u.a. Black, John (2002).

¹⁸ Kenneth Waltz (2000:38) beispielsweise begegnet dem scheinbaren Trend zum Bandwagoning in der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Diskussion mit der wenig schmeichelhaften Bezeichnung „Modeerscheinung“.

¹⁹ Begriffe wie „Westen“, „westlich“ o.ä. werden hier lediglich gebraucht, um einen möglichen Unterschied zwischen chinesischem und europäischem/amerikanischem Verständnis und Interpretation des Weltgeschehens auszudrücken.

3 Zur Anwendbarkeit realistischer Theorien auf die Politik Chinas

Die Außenpolitik eines Staates ist stets eine Resultante äußerer Gegebenheiten und innerer Faktoren. Sie muss sich im Rahmen einer vorgefundenen internationalen Konstellation entfalten und an den durch sie gegebenen Chancen und Gefahren für die Verwirklichung der eigenen Interessen [...] orientieren. [...] Die äußere Realität erzwingt stets Korrekturen, die unter Umständen auch das innere Kräfteverhältnis und selbst das ideologische Perzeptionsschema modifizieren (Löwenthal 1975:139).

Löwenthal beschreibt also eine wechselseitige Beeinflussung der Ideologie und der politischen Realität, die der ideologisch begründeten Perzeption des internationalen Umfelds zuwiderlaufen kann und diese letztendlich beeinflusst.

3.1 Ideologie

Ideologie ist ein dogmatischer Gedankenkomplex, eine „Weltdeutung mit umfassendem Anspruch“, welche politisch instrumentalisiert wird. Häufig ist dieser Begriff negativ behaftet (Weiß 2002:333).²⁰ Aufgrund der Tatsache, dass der Neorealismus eine bewusst „ideologiefrei“ gehaltene Theorie ist,²¹ ist nun gerade die Frage nach dem Einfluss von Kultur und Ideologie auf den politischen Entscheidungsprozeß wichtig. Steven I. Levine meint hierzu, dass ein gewisses Maß an „Perzeption und Ideologie“

²⁰ Nach Ansicht der Autorin ist der Begriff „Ideologie“ wertfrei zu betrachten, denn er ist nicht zwingend negativ. Es scheint, dass sich der Begriff erst durch negative historische Erfahrungen im Zusammenhang mit diesem Begriff negativ im allgemeinen Bewusstsein verankert hat.

²¹ Wobei natürlich die Frage zulässig ist, inwieweit „westliche“ Theorien, wie die realistischen, nicht vom westlichen Weltbild und somit ebenfalls von einem bestimmten ideologischen Hintergrund beeinflusst sind.

die Außenpolitik eines jeden Staates definiert und dass die Volksrepublik China in diesem Aspekt keine Ausnahme bildet. Die Besonderheit Chinas sei allerdings die Funktion der Ideologie, des „Marxismus-Leninismus“, die von der chinesischen politischen Führung als Leitlinie angenommen wurde und von welcher man sich Entscheidungshilfe in außenpolitischen Fragen erhoffte (Levine 1994:45). Die Ideologie bildete den „generellen Rahmen“, in welchem die chinesische Führerschaft internationale Beziehungen analysierte. Levine zu dieser Frage weiter:

But rather than providing a set of prescriptions they [die chinesische Führung] could follow blindly or acting as a constraint, Marxist-Leninist ideology actually empowered them. It placed in their hands the responsibility for defining the current situation, provided a vocabulary and a set of concepts to use in doing so, and inspired them with confidence in their ability to act in accordance with the best interests of the Party (Levine 1994:36).

Nach dem chinesisch-sowjetischen Zerwürfnis Anfang der 1960er Jahre²² wandelte sich die offizielle Ideologie, und obwohl sie weiterhin eine Rechtfertigung für Aktionen der politischen Führerschaft war, spielte sie vor allem in der praktischen Außenpolitik eine immer kleinere Rolle (Levine 1994:45).

Levine (1994:36) räumt eine sichtbare Diskrepanz zwischen den jeweils aktuellen ideologischen Leitlinien und der tatsächlichen Außenpolitik der Volksrepublik China ein. Und obwohl er selbst einen anderen Ansatz verfolgt,²³ schließt er andere Möglichkeiten, wie beispielsweise das

²² Die punktuelle Festmachung des „Zerwürfnisses“ an einer Jahreszahl ist nur schwer möglich, da es sich um einen sich über einige Jahre hinziehenden Prozess gehandelt hat, und die Interpretation desselben variiert in den vorh. Quellen. Vgl. hierzu u. a. Domes / Näth (1972:59-71), Grobe (1980:30-31), Goldstein (1997:244-246) und Möller (2005:54-61).

²³ Für Levines Ausführungen hierzu vgl. Levine (1994:36-45).

„praktische Ignorieren von Ideologie“ in Hinblick auf eine Analyse der chinesischen Außenpolitik nicht explizit aus.

Daraus lässt sich, nach Ansicht der Autorin, schließen, dass eine Beurteilung der chinesischen Außenpolitik auch nach neorealistischen Maßstäben, also ohne direkte Berücksichtigung etwaiger ideologischer Hintergründe, zulässig ist.

3.2 Theorie

Im Gegensatz zum „westlichen“ Verständnis, wo Begriffe wie „Ideologie“, „politische Theorie“ und „politische Praxis“ mehr oder weniger getrennt und separat definiert werden, sieht das chinesische Verständnis diese Aspekte in einer engen Verbindung, sich gegenseitig überlappend und voneinander abhängig. In der chinesischen politischen Theorie sind „Theorie“, „Doktrin“ und „Ideologie“ oft dasselbe, und eine Theorie ist nicht wissenschaftlich alleinstehend, sondern sollte als Richtlinie für politisches Handeln fungieren. Theorien ohne praktische Relevanz werden als leer und nutzlos angesehen (Wang 1994:482-483).

Stephen Chan (1994:245) datiert den Zeitpunkt, ab welchem China das internationale System per se akzeptiert hat, erst mit den späten 1970er bis frühen 1980er Jahren. Zuvor wäre China ein autonomes Gebiet in Bezug auf theoretische Arbeit zu den Internationalen Beziehungen gewesen. Chan merkt weiter an, dass die Volksrepublik China weiterhin offiziell ein „Marxistisch-Leninistisch-Maoistischer“ Staat ist und dass offizielle Arbeiten von Universitäten und Forschungseinrichtungen dies widerspiegeln müssen.

Schon in einer früheren Studie zum akademischen Bereich der Internationalen Beziehungen in China stellt Wang Jisi (1984 gem. mit Shambaugh) fest, dass „Theory-Building“, also das Aufstellen von abstrakten Theorien auf Basis der Wirklichkeit, im westlichen Sinn des Wortes „praktisch nicht vorhanden war“ (Wang / Shambaugh 1984:762), und auch zehn Jahre später hat sich daran nicht viel geändert. Wang sieht oben genanntes Verlangen nach „Praxisbezug“ als einen der Gründe für die langsame Entwicklung. Ein weiterer Grund wäre, laut Wang, die Tatsache, dass die theoretische Forschung von Akademikern betrieben werde, deren Kenntnis der tatsächlichen Regierungspolitik „extrem limitiert“ ist, während (besser informierte) Regierungsstellen ihre Bemühungen eher dem „policy-oriented research“ widmen (Wang 1994:483). Auch Stephen Chan (1994:245) spricht davon, dass theoretische Arbeiten zu Internationalen Beziehungen noch relativ jung seien.

3.3 Und Praxis

Wang Jisi (1994:492) vermittelt den Eindruck, dass das chinesische Bild von Welt- und Außenpolitik bemerkenswert „realistisch“ erscheint, nämlich als „zwischenstaatliche Beziehungen“ mit Konzentration auf einzelne (National-)Staaten als Akteure in einem internationalen System von zwischenstaatlicher Interaktion. Chinas Weltbild sei „auffällig Staaten-zentriert“ und „Beziehungs-orientiert“. Stephen Chan (1994:245-246) attestiert Theoretikern in der Volksrepublik China ebenfalls eine „realistische Grundhaltung“.

Es ist von Seiten der Autorin festzuhalten, dass die grundlegende Vorgehensweise in dieser Magisterarbeit tatsächlich ein „Überstülpen“

einer westlichen Theorie auf die chinesischen historischen Ereignisse ist, in welchen zu keiner Zeit in dem ausgewählten Zeitraum von „Realismus“ und ähnlichem auch nur die Rede war. Es gab, wie aus Kapitel 3.2. zu schließen ist, weder in der theoretischen Diskussion, noch in der außenpolitischen Praxis der Volksrepublik China zur Zeit der Kulturrevolution nachweisbare Anzeichen auf eine Debatte über Theorien „westlichen Ursprungs“.

Es kann allerdings die berechtigte Frage gestellt werden, ob die oben beschriebene „Anpassung“ der Ideologie an die jeweiligen realen Erfordernisse der Zeit nicht das ist, was den „realpolitischen Schwenk“ in der Außenpolitik überhaupt erst ermöglicht hat. Osterhammel (1989:371) beispielsweise sieht das Wechselspiel zwischen ideologischer Doktrin und tatsächlicher außenpolitischer Praxis folgendermaßen:

Derlei Doktrinen wurden indessen im Ausland oft ernster genommen als in der chinesischen Diplomatie, die sich, solange sie nicht aus innenpolitischen Gründen (wie 1966-69) jedes Handlungsspielraums beraubt war, nicht ohne realpolitischen Sinn auf wechselnde Situationen einzustellen versuchte. Hinter aller oft extravaganten Rhetorik stand eine Politik, die dem Primat der Sicherheit verpflichtet war.

Dieses Kapitel sollte nun keineswegs den Eindruck erwecken, dass die Volksrepublik China in ihrer Geschichte nicht ebenfalls eigene Theorien entwickelte.²⁴ Diese Theorien waren jedoch nicht „alleinstehend“, sondern dienten, wie weiter oben ausgeführt, als Richtlinie für die tatsächliche Außenpolitik zu verschiedenen Zeiten. Diese Theorien werden allerdings in dieser Arbeit nicht berücksichtigt, da das Augenmerk hier auf der

²⁴ Vgl. beispielsweise zur „Zwischenzonentheorie“ Weggel (1977:64-68), zur Theorie der „Vereinten Fronten“ Armstrong (1977) und zur Theorie der „Drei Welten“ Weggel (1977:68-72).

Interpretation der chinesischen Außenpolitik nach neorealistischem Muster liegt. Was in diesem Kapitel bewiesen werden sollte, ist, dass die Anwendung westlicher, respektive realistischer, Theorien auf die Politik der Volksrepublik China grundsätzlich zulässig ist.

4 Historischer Überblick

Der temporäre freiwillige Rückzug Chinas aus dem „offiziellen“ politischen Weltgeschehen mit dem Beginn der Kulturrevolution 1966 war der Tiefpunkt einer Entwicklung, die sich über zehn Jahre hingezogen hatte. Wenngleich diese Entwicklung außerhalb des in dieser Magisterarbeit anvisierten Zeitrahmens liegt, so ist es dennoch von Vorteil, sie im Folgenden kurz zu skizzieren, um so einerseits die Stellung der Volksrepublik China Mitte der 1960er Jahre in der Weltgemeinschaft und andererseits die Motivation des Erkenntnisinteresses dieser Magisterarbeit besser nachvollziehen zu können.

4.1 Ausgangspunkt:

Von Friedlicher Koexistenz zu Revolutionsexport

Mit der Teilnahme an der Indochina-Konferenz von Genf 1954,²⁵ auf welcher Zhou Enlai maßgeblich am Zustandekommen einer Lösung mitgewirkt hatte (Osterhammel 1989:371 und Barnouin / Yu 1998:80), und vor allem der afro-asiatischen Konferenz im indonesischen Bandung ein Jahr später, versuchte sich die junge Volksrepublik China als eine vom großen Bruder Sowjetunion emanzipiert agierende²⁶ und dabei friedliche Macht zu etablieren, die das Prinzip der „Nichteinmischung“ und der

²⁵ Der (Erste) Indochina-Krieg (1946-1954) war der Krieg um die Entkolonialisierung Französisch-Indochinas. Er endete mit der Niederlage Frankreichs in Dien Bien Phu und dem anschließenden Indochina-Abkommen, bei welchem Vietnam in die Demokratische Republik Vietnam (unter der Führung Ho Chi Minhs) und die Republik Vietnam (unter Ngo Dinh Diem) entlang des 17. Breitengrads geteilt wurde. Vgl. zum Indochina-Abkommen The (1979:32-40).

²⁶ Dieser Eindruck wurde unter anderem auch durch die Tatsache untermauert, dass weder die Vereinigten Staaten noch die Sowjetunion an der Bandung-Konferenz teilnahmen (Domes / Näth 1972:56).

„Friedlichen Koexistenz“²⁷ verfolgte, und die die Souveränität der anderen Staaten respektierte.²⁸

Diese Bemühungen wurden jedoch im Schatten des Zerwürfnisses mit der Sowjetunion zunehmend zunichte gemacht. Während sich die Volksrepublik China durch die Distanzierung von der Post-Stalin-Sowjetunion als ernstzunehmende internationale Kraft (und Alternative zu USA und UdSSR) darzustellen versuchte und dabei auf den guten Eindruck, den Zhou Enlai auf den oben genannten Konferenzen in den Augen der jungen, blockfreien Staaten hinterlassen hatte, und auf die diplomatischen Kontakte, die bei ebendiesen Konferenzen geknüpft wurden, zurückgegriffen hatte, war es genau diese Distanzierung zu den beiden Blockmächten, welche die chinesische außenpolitische Strategie scheitern ließ. Zum einen waren die Adressaten von Beijings Politik kaum bereit, sich von *beiden* Blockmächten loszusagen, und zum anderen wirkte sich die Zweigleisigkeit der chinesischen Strategie – einerseits bilaterale Beziehungen zu unterhalten und andererseits in ebendiesen Ländern kommunistische Bewegungen zu unterstützen – nicht gerade positiv auf die chinesische Glaubwürdigkeit aus (Robinson 1991:228).

Die schwierige außenpolitische Lage, in die sich die Volksrepublik China noch vor dem Ausbruch der Kulturrevolution langsam hineinmanövriert hatte, wird bei Domes / Näth (1972:74) deutlich, wo der damalige

²⁷ Die „Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz“ (1. Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität; 2. Gegenseitiger Nichtangriff; 3. Gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines jeden Landes; 4. Gleichberechtigung und Streben nach gemeinsamem Nutzen; 5. Friedliche Koexistenz) waren Teil eines Abkommens zwischen der Volksrepublik China und Indien im April 1954 (Domes / Näth 1972:51-52). Sie dienten auch als Grundlage für die sieben Punkte umfassende Abschlusserklärung der Konferenz von Bandung im April 1955 (Domes / Näth 1972:57-58).

²⁸ Vgl. zu Bandung u.a. Domes / Näth (1972:56-58), Möller (2005:51-52) und Armstrong (1977:70-73).

tunesische Außenminister Bourguiba anlässlich Zhou Enlais Afrikareise 1963/64 zitiert wird:

[...] Sie [Zhou Enlai] kommen nach Afrika als ein Feind der kapitalistischen Staaten, des Westens, der Neutralisten und der Blockgebundenen, Indiens, Titos, Chruschtschows, als Feind gegen jedermann. Sie haben sich keine leichte Politik ausgesucht. Ich sage Ihnen das. Erwarten Sie sich keine allzu großen Gewinne in Afrika. Andere Leute werden es Ihnen nicht geradewegs sagen; ich tue das – Sie werden nicht weit kommen in diesem Kontinent.

Mit der zunehmenden innenpolitischen Radikalisierung zum Vorabend der Kulturrevolution, die Hand in Hand ging mit einer verstärkten Schwerpunktsetzung auf die sub-bilaterale Ebene, was soviel heißt wie Zusammenarbeit mit politischen Gruppierungen *innerhalb* der Staaten, im Zuge eines „Volkskrieges“, ²⁹ isolierte sich die Volksrepublik China schließlich aus eigenem Antrieb heraus von der internationalen Gemeinschaft.

4.2 Die Kulturrevolution

Mit der Ausrufung der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ im Jahr 1966 erreichte die im vorangegangenen Kapitel angesprochene Radikalisierung, sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik, ihren Höhepunkt. Fairbank (1989:314) spricht dabei von Chinas „Zehn verlorenen Jahren“, räumt aber ein, dass die „eigentliche Kulturrevolution“

²⁹ Weggel (1977:45-62) bezeichnet dies als „linke Strategie“, im Gegensatz zur „rechten Strategie“, welche zu Bandung-Zeiten verfolgt wurde, und welche nach dem Ende der Kulturrevolution wieder aufgenommen wurde. Für eine umfassende Studie zur chinesischen Unterstützung für „nationale Befreiungsbewegungen“ bis 1970 vgl. Van Ness (1971).

nur von Ende 1965 bis Mitte 1969 dauerte (1989:315).³⁰ Tatsächlich dauerte die „aktive Phase“ der Kulturrevolution bis April 1969, als am neunten Parteitag der Kommunistischen Partei die politische Führung einen „Neuaufbau“ der Partei, wirtschaftliche Stabilisierung und „größere außenpolitische Sensibilität“ beschloss (Möller 2005:68).

Im Zuge dieser Radikalisierung wurden die neuen innenpolitischen Leitlinien auch auf die Außenpolitik umgemünzt, was zu der Isolierung der Volksrepublik China auf internationaler Ebene führte. Die Sowjetunion wurde als „revisionistisch“ betitelt und nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 sogar als „sozialimperialistisch“ bezeichnet. 1969 entwickelten sich die Grenzgefechte am Ussuri schließlich zu einer handfesten Kriegsgefahr (Leutner 1999:125, vgl. Kapitel 5.2).

Für die chinesische Führung waren es zwei wichtige Grundannahmen, in welche die chinesische kulturrevolutionäre Außenpolitik eingebettet sein sollte. Zum einen war das die These, dass sich die Außenwelt nach den Vorgaben der Volksrepublik China richten würde, und zum anderen wurde davon ausgegangen, dass das internationale Umfeld China gegenüber „freundlich gesonnen“ bliebe, solange die Kulturrevolution andauerte. Dies sollte sich allerdings als grobe Fehleinschätzung herausstellen, denn „die internationale Atmosphäre wandelte sich bedrohlich – beinahe zur selben Zeit, als Mao entschied, China zu radikalieren“ (Robinson 1991:223 und 231).

³⁰ Zu einer Überblicksdarstellung und Analyse der innen- und gesellschaftspolitischen Vorgänge in der Kulturrevolution vgl. u.a. Spence (2001:709-729), Harding (1991:107-217), MacFarquhar / Schoenhals (2006) und Barnouin / Yu (1993).

4.2.1 In die „Isolation“: Weltweite maoistische Agitation

Schon 1965 kam es in mehreren Ländern zu maoistischen Massendemonstrationen und gewaltsamen Zusammenstößen mit den lokalen Sicherheitskräften, was die jeweiligen bilateralen Beziehungen massiv belastete. Mit der Rückbeorderung aller chinesischer Botschafter mit Ausnahme des Vertreters in Kairo im Dezember 1966 „zwecks Indoktrinierung“ zog sich die Volksrepublik China schließlich kurzfristig von der offiziellen Weltbühne zurück (Möller 2005:70). Eine differenzierte Sichtweise auf diese „Rückbeorderung“ findet man bei Pfennig (1980:90), wo der Rückruf der Botschafter mit einer möglichen beginnenden Phase der Umorientierung in der Außenpolitik in Verbindung gebracht wird. Die Botschafter wurden, laut Pfennig, deswegen aus ihren Missionen heimgeholt, damit sie sich nicht mehr „im Ausland übermäßig revolutionär profilierten“, während zuhause in der Zentrale die Weichen neu gestellt wurden. Dieser Spekulation gegenüber stehen allerdings Barnouin / Yu (1998) und vor allem Ma Jisen (2003), welche darauf keine Rückschlüsse zulassen, denn in beiden Werken wird deutlich, dass das Außenministerium zu jener Zeit in kulturevolutionärem Chaos versank und noch keine Rede war von „neuen Weichenstellungen“ oder ähnlichem. Im Gegenteil: Zu Beginn der Kulturrevolution hätten Zhou Enlai, Außenminister Chen Yi und das Parteikomitee des Außenministeriums beschlossen, dass die Botschaften an den kulturevolutionären Aktivitäten nicht teilnehmen sollten. Mao Zedong selbst hätte allerdings im September 1966 angewiesen, dass die Botschaftsangestellten im Ausland „revolutioniert“ werden sollten, nachdem er durch zwei Briefe³¹ auf deren „bourgeoisien Lebensstil“ aufmerksam gemacht wurde. Anfang des Jahres 1967 wurde der Druck

³¹ Einer der Briefe kam aus Tansania und der andere, interessanterweise, aus Wien von den „Genossen der Roten Fahne in Österreich“ (Ma 2003:67-68).

auf Zhou Enlai diesbezüglich so groß, dass er alle chinesischen Botschafter, bis auf den Botschafter in Kairo,³² und das ranghöhere Botschaftspersonal zurück nach Beijing berief, damit diese „an der Kulturrevolution teilnehmen“ (Barnouin / Yu 1998:12-13 und Ma 2003:67-70).

Kang Sheng,³³ Jiang Qing³⁴ und andere Mitglieder der „Zentralen Kulturrevolutionsgruppe“³⁵ mischten sich in außenpolitische Belange ein und wiesen chinesische Stellen im Ausland an, aktiv maoistische Propaganda zu betreiben. So sollte das „Mao-Zedong-Denken“ in Form seiner Zitate, Mao-Ansteckern und ähnlichem verbreitet werden.³⁶ Diese Arbeit wurde eine der Hauptaktivitäten chinesischer Botschaften, Handelsstellen und anderer chinesischer Stützpunkte im Ausland. Diese Aktivitäten riefen allerdings negative Reaktionen von Seiten der ausländischen Regierungen hervor, und innerhalb von nur einem Jahr nach Ausrufung der Kulturrevolution hatte sich die Volksrepublik China mit mehr als dreißig der vierzig Länder, mit denen sie diplomatische Beziehungen pflegte, überworfen (Barnouin / Yu 1998:66).

³² Im Gegensatz zu Pfennig (1980:90), der den Verbleib des Botschafters in Ägypten, Huang Hua, mit dessen „wertvoller Erfahrung“ erklärte, argumentieren Barnouin / Yu (1998:13) damit, dass Huang Hua neu auf seinem Posten war und somit den Fraktionen unter den Botschaftsangestellten in Kairo noch keine Angriffsfläche lieferte.

³³ Kang Sheng (1898-1975) war Chef des chinesischen Geheimdienstes (Faligot / Kauffer 1988). Zu weiterer Literatur über Kang Sheng vgl. Schell (1994).

³⁴ Jiang Qing (1913-1991) war die Ehefrau Mao Zedongs. Ursprünglich Schauspielerin, so entwickelte sie in den 1960er Jahren ihre Machtbasis zunächst im Bereich der Kulturpolitik und wurde später zu einer der einflussreichsten Figuren in der Kulturrevolution (Wang 1998:158-159).

³⁵ Die Zentrale Kulturrevolutionsgruppe wurde im Mai 1966 gegründet. Mitglieder waren u.a. Chen Boda, Kang Sheng und Jiang Qing (MacFarquhar / Schoenhals 2006:45).

³⁶ Vgl. auch Ma (2003:132-135).

4.3 Historische Ausgangslage: USA, UdSSR, Vietnam

Im Folgenden sollen die spezifischen Ausgangslagen betreffend der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den für die Fragestellung wichtigen Ländern skizziert werden. Der östliche Nachbar Japan wird in dieser Arbeit nicht berücksichtigt, da die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Japan im behandelten Zeitraum keine unmittelbare Relevanz für die Fragestellung aufweisen.³⁷

4.3.1 Chinesisch-amerikanische Beziehungen

Seit der Gründung der Volksrepublik China waren die Vereinigten Staaten der „Erzfeind“. Die Wurzeln des Konflikts liegen einerseits in dem Umstand, dass sich Washington weigerte, die Volksrepublik China anzuerkennen und stattdessen offen die Guomindang auf Taiwan unterstützte, und andererseits im Spannungsverhältnis der Blockstruktur des Kalten Krieges. Nach ihrer Gründung „lehnte“ sich die Volksrepublik China auf die Seite der Sowjetunion und bedachte die USA fortan mit allen möglichen wenig schmeichelhaften Bezeichnungen. Mit dem Koreakrieg³⁸ verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern

³⁷ Zu den Beziehungen zwischen China und Japan mit besonderem Augenmerk auf den Hintergrund der Kulturrevolution vgl. Barnouin / Yu (1998:112-119).

³⁸ Südkorea hatte sich 1945 entlang des 38. Breitengrades vom nördlichen Teil der koreanischen Halbinsel abgetrennt und existierte unter Schirmherrschaft der USA als eigenständiger Staat. 1950 marschierten nordkoreanische Truppen über die Grenzlinie nach Südkorea ein, um den abtrünnigen Teil zurückzuerobern. Dies rief den UN-Sicherheitsrat auf den Plan (ein Veto von Seiten der UdSSR wurde nicht eingelegt, weil die UdSSR zu der Zeit den Sicherheitsrat aufgrund der Taiwan-Frage boykottierte), welcher eine militärische Intervention der USA (und anderer UN-Mitgliedstaaten) sanktionierte. Als die UN-Truppen schließlich den koreanisch-chinesischen Grenzfluß Yalu erreichten, griff die Volksbefreiungsarmee auf Seiten Nordkoreas ein. 1953 wurde schließlich am 38. Breitengrad nahe Panmunjeom ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, mit welchem dieser Breitengrad als Grenzlinie festgeschrieben wurde (einen Friedensvertrag gibt es bis heute nicht). Vgl. zum Koreakrieg und dessen Auswirkungen auf China u.a. Spence (2001:625-632) und Sinigoj (2007:87-94).

noch mehr, und die Vereinigten Staaten verhinderten einerseits einen Beitritt Chinas zu den Vereinten Nationen und übten andererseits Druck auf ihre Verbündeten aus, die Volksrepublik China nicht anzuerkennen und Handelskontakte abubrechen. Die amerikanische Entscheidung, ihre Beziehungen zu Taiwan weiter zu pflegen und 1964 mit der Insel ein Verteidigungsbündnis einzugehen, war schließlich eine weitere, von chinesischer Seite als höchst provokativ angesehene Handlung (Barnouin / Yu 1998:98).

Entgegen der Theorie der „vergebenen Chance“, also dass die chinesisch-amerikanischen Beziehungen von Anfang an besser gewesen wären, wenn die US-Führung offener für Gespräche mit der Kommunistischen Partei (KPCh) gewesen wäre und weniger die Guomindang unterstützt hätte, waren die Entwicklungen bis hin zur „zwanzig Jahre dauernden Containment-Politik“ von Seiten der Vereinigten Staaten unausweichlich. Die chinesische Revolution war nach Ansicht der KPCh mit dem Sieg 1949 noch nicht abgeschlossen, und Mao Zedong brauchte die USA weiterhin als Feindbild. Auch ein geostrategisches Argument spricht gegen die „vergebene Chance“. Wäre die Volksrepublik China zwischen den beiden Blöcken „neutral“ geblieben, so wäre sie, aufgrund ihrer Größe und strategischen Lage in Asien, dem Druck beider Seiten ausgesetzt gewesen und hätte im Gegenzug jedoch von keiner Seite wirtschaftliche Hilfe erhalten. Dass sich China schließlich „zur sowjetischen Seite neigen würde, wäre nie in Zweifel gewesen“ (Nathan / Ross 1997:57 und Chen 2001:47).

Doch auch wenn die chinesisch-amerikanischen Beziehungen von Grund auf schlecht waren, so gab es doch fortlaufend Kontakt zwischen den beiden Ländern über inoffizielle Kanäle (Hamm 1975:245).

4.3.2 Das Zerwürfnis mit der Sowjetunion

Schon in einer sehr frühen Phase nach dem Ausrufen der Volksrepublik China wurden Spannungen zwischen den beiden Ländern bemerkbar. Dies äußerte sich zunächst in Fragen des Koreakrieges und später unter anderem während Chruschtschows „Entstalinisierung“ und der sowjetischen Entspannungspolitik gegenüber dem Westen, welche auch zu der Radikalisierung in Mao Zedongs Denken und letztendlich der Ausrufung der Kulturrevolution mit beigetragen hat (Barnouin / Yu 1998:85).

Der neuen Linie in der sowjetischen Politik unter Chruschtschow standen die verstärkte Kollektivierung und politische Radikalisierung in der chinesischen Innenpolitik entgegen. Trotz der Tatsache, dass die chinesisch-sowjetische Zusammenarbeit in ökonomischen- und Militärfragen 1957/58 einen Höhepunkt erreichte (Goldstein 1994:239), war die Sowjetunion schon durch die Hundert-Blumen-Kampagne und später durch den desaströsen Großen Sprung verärgert worden (Schram 1991:61-62). In Konflikten der Volksrepublik China mit Indonesien und Indien stellte sich Chruschtschow jeweils auf die Seite der Gegner. Während der anti-chinesischen Aufstände in Indonesien 1959 gewährte die Sowjetunion Indonesien hohe Kredite, ebenso wie während des Grenzdisputs um ein Gebiet südlich des Kunlun sowohl sowjetische Kredite an Indien flossen, als auch keinerlei, wenigstens rhetorische, Billigung der chinesischen Gebietsansprüche von Seiten Chruschtschows kamen (Spence 2001:691-693). Im Schatten dieser Entwicklungen zog die Sowjetunion darüber hinaus das Versprechen, China beim Bau einer Atombombe zu helfen, zurück und – nach polemischen Artikeln in der chinesischen Presse gegen den „Sowjet-Revisionismus“ – auch alle Wirtschafts- und Militärberater aus der Volksrepublik China ab. Dies

geschah 1960, also inmitten der schweren wirtschaftlichen Probleme, in denen sich die Volksrepublik China nach dem Großen Sprung befand (Möller 2005:58 und Domes / Näth 1972:66).

Die ideologischen Differenzen zwischen den beiden Staaten, die 1960 das erste Mal offen ausgesprochen wurden, eskalierten schließlich 1963/64 zu einer „grenzenlosen polemischen Generaldebatte“ (Osterhammel 1989:367).

4.3.3 Wie „Lippen und Zähne“? – Der Krieg in Indochina³⁹

Wir unterstützen euch nach besten Kräften. Wir gehören zu den benachbarten Ländern und sind euch so nahe wie die Lippen den Zähnen. Unsere beiden Völker teilen ein Schicksal. Das Brudervolk von Südvietnam und das gesamte vietnamesische Brudervolk kann versichert sein, dass euer Kampf unser Kampf ist (Mao Zedong 1967, zitiert nach Möller 2005:73).

Das Verhältnis zwischen China und Vietnam war historisch bedingt stets ambivalent, da vor allem Vietnam seine spätere „nationale Identität und politische Einheit“ aus der Konfliktsituation mit China⁴⁰ gewonnen hatte, aufgrund der Tatsache, dass der frühere „Widerstand gegen chinesische Interventen und Eroberer“ zum kollektiven Erinnerungsbild und nationalen Bewusstsein gehörte (Grobe 1980:217).

³⁹ Der Begriff „Indochina“ wurde hier bewusst gewählt. Obwohl dieser Begriff aus der französischen Kolonialzeit stammt („Französisch-Indochina“) und dabei einem willkürlich zusammengefassten und nicht historisch gewachsenen Gebiet in Südostasien entsprach, aus welchem drei Länder – Vietnam, Kambodscha und Laos – hervorgegangen waren, wird er noch heute verwendet, wenn ein besonderes Augenmerk auf die politischen oder strategischen Verbindungen in der jüngeren Geschichte dieser drei Länder gelegt werden soll, so wie auch in dieser Magisterarbeit.

⁴⁰ Annam (Vietnam), Siam (Thailand), Burma (Myanmar) und Laos waren Königreiche, die gegenüber dem chinesischen Kaiserreich tributpflichtig waren. Vgl. dazu Grießler (2004:103) und Osterhammel (1989:94-100). Dabei spielte Annam eine Sonderrolle, da es innerhalb des chinesischen Kulturkreises stand (anders als beispielsweise Siam) und sich als „Taschenausgabe Chinas gerierte“ (Osterhammel 1989:97).

Nguyen (1979:1037) argumentiert, dass die beiden Länder trotz der geographischen Nähe „traditionelle Feinde“ waren und führt dies auf die Konkurrenzsituation zwischen der „Regionalmacht“ China und dem „kleineren, aber ambitionierten Land, das entschlossen war, seine Unabhängigkeit und eigene regionale Rolle zu behaupten“, zurück.

Barnouin / Yu (1998:80) merken an, dass das Verhältnis zwischen China und Vietnam⁴¹ sowohl vom „revolutionären Aspekt“ als auch von der „Sicherheitspolitik“ geprägt war – im Gegensatz zum Verhältnis zu USA, UdSSR und Japan, wo jeweils der Sicherheitsaspekt dominant gewesen wäre.

Tatsächlich hatte die Volksrepublik China den vietnamesischen Kampf für die Unabhängigkeit seit den frühen 1950er Jahren massiv unterstützt. Dies war vor allem im Zuge der Indochina-Konferenz von Genf 1954 offensichtlich geworden, als sich Zhou Enlai sehr für eine Lösung in der Indochina-Frage einsetzte (Barnouin / Yu 1998:80). Die Verbindung zwischen Zhou Enlai und dem vietnamesischen Revolutionsführer Ho Chi Minh war nicht nur politischer, sondern auch persönlicher Natur, denn sie kannten sich schon seit den frühen 1920er Jahren, und Zhou schätzte Ho (Zhai 2000:10).

Mit der Lösung, Vietnam zu teilen, war die Volksrepublik China zunächst einverstanden, denn dies passte in ihren damaligen strategischen Plan: sich nach dem Krieg in Korea der innerchinesischen Entwicklung zu widmen und weltpolitisch die neue Linie der „Friedlichen Koexistenz“ zu

⁴¹ Wenn nicht anders angegeben, ist mit den Bezeichnungen „Vietnam“ und „Nordvietnam“ fortan die Demokratische Republik Vietnam gemeint. Auf die Entwicklungen in Südvietnam (Republik Vietnam) und etwaige Verbindungen mit China kann hier keine Rücksicht genommen werden.

unterstreichen, während gleichzeitig Nordvietnam als Pufferstaat gegen eine mögliche amerikanische Invasion an der chinesischen Südgrenze fungieren konnte. Weder verhinderte noch förderte Beijing in diesem Sinne bis 1962 nordvietnamesische Versuche, den Süden mit militärischen Mitteln zu „befreien“ (Chen 2001:205-206).

War das Verhältnis zwischen Beijing und Hanoi zunächst geprägt durch die chinesische Unterstützungspolitik für den „revolutionären Kampf der Vietnamesischen Kommunistischen Partei“⁴², so trat Anfang der 1960er Jahre immer mehr die Konkurrenzsituation zur Sowjetunion einerseits, und die Sicherheitsproblematik in Bezug auf die verstärkte amerikanische Präsenz in Südvietnam andererseits, in den Vordergrund (Barnouin / Yu 1998:80).

4.3.3.1 China und die Eskalation des Vietnamkrieges

Im Sommer 1962 reiste eine nordvietnamesische Delegation unter der Führung von Ho Chi Minh nach Beijing, um die prekäre Sicherheitslage zu besprechen, und im Zuge von Gegenbesuchen chinesischer Delegationen in Hanoi von 1963 bis zum Tonkin-Zwischenfall⁴³ im August 1964 wurde Nordvietnam wiederholt chinesische Unterstützung zugesichert. Der Tonkin-Zwischenfall selbst rief heftige Reaktionen von Seiten Chinas

⁴² Im Zuge des Parteikongresses im Dezember 1951 in „Dang Lao Dong Viet Nam“ („Lao Dong“-Partei, Arbeiterpartei Vietnams) umbenannt (The 1979:44).

⁴³ Ein umstrittener Angriff nordvietnamesischer Schiffe gegen ein amerikanisches Kriegsschiff in der Bucht von Tonkin (auch „Tonking“, vietnam.: Vinh Bac Bo), welcher als Rechtfertigung für den Beginn der Bombardierung Nordvietnams durch die Vereinigten Staaten diente. Tatsächlich gab es einen Angriff am 2. August, jedoch keinen am 4. August – dem Tag, welcher der Auslöser für die Verabschiedung der entsprechenden Resolution durch den US-Kongress war (Prados 2004 und Cronkite 2004). Die Resolution selbst war schon im Mai 1964 ausgearbeitet worden, was darauf schließen lässt, dass mit einer Eskalation schon länger gerechnet worden war. Vgl. dazu The (1979:124-125), wo auch ein Auszug aus dem Text der Resolution zu finden ist.

hervor. Die Bewegung „Resist America and Assist Vietnam“ wurde ins Leben gerufen, im Zuge derer 20 Millionen Menschen gegen die amerikanische Gefahr demonstrierten und Truppen und Kriegsgerät an den vietnamesischen Grenze zusammengezogen wurden (Barnouin / Yu 1998:81).

Doch auch hier kristallisierte sich schon die Konkurrenzsituation zur Sowjetunion heraus, denn anders als im Ersten Indochinakrieg reichten Beijings materielle Möglichkeiten nun nicht mehr aus, um mit den russischen Hochtechnologielieferungen für Vietnam Schritt zu halten (Möller 2005:72). Die problematische „Dreiecksbeziehung“ – Vereinigte Staaten, Sowjetunion, Volksrepublik China – verlagerte sich nun immer mehr in Richtung des Schauplatzes Vietnam.

Auf die weitere Eskalation des Krieges mit der Landung von 3500 amerikanischen Soldaten in Da Nang im Frühjahr 1965 reagierte die Volksrepublik China einerseits mit einer weiteren Unterstützungserklärung von Seiten Zhou Enlais und Truppenentsendungen nach Nordvietnam, und andererseits mit der Verlegung von „sensiblen Industrien“ ins Landesinnere, sowie dem Ausbau der Infrastruktur in Sichuan, Yunnan und Guizhou. Doch obwohl die US-Truppen chinesisches Hoheitsgebiet mit Überflügen über Hainan, Yunnan und Guangxi verletzten, verhielt sich China zurückhaltend gegenüber einer offenen Konfrontation mit den Vereinigten Staaten (Barnouin / Yu 1998:82-83).

Laut Chen (2001:221) verteilte sich die direkte Militärhilfe Chinas von 1965 bis 1969 auf drei Bereiche. Mit der Entsendung von Ingenieurstruppen sollten Verteidigungsanlagen, Flugplätze, Straßen und Eisenbahnlinien in Nordvietnam gebaut und gewartet werden, chinesische Artillerietruppen sollten den Luftraum um strategisch wichtige Ziele verteidigen und

zusätzlich dazu wurden „große Mengen“ an Militärequipment und anderem militärischen und zivilen Material zur Verfügung gestellt.⁴⁴

4.3.3.2 Entfremdung zwischen Beijing und Hanoi

Mit der Fortdauer des Krieges bei gleichzeitiger Verschlechterung der Wirtschaftslage und innerchinesischen Turbulenzen aufgrund der Kulturrevolution, wurde das Verhältnis zu Hanoi bis 1968 zunehmend beeinträchtigt (Barnouin / Yu 1998:84).

Einer der Faktoren, die zur Abkühlung des Verhältnisses zwischen den zwei Ländern beigetragen hatte war, dass Mao Zedong den Krieg in Vietnam dazu benutzen wollte, seine Auffassung der Weltrevolution zu verbreiten. Die chinesische Hilfe hatte nicht nur militärische, sondern auch politische Gründe (Chen 2001:230). Vietnam wiederum fand sich sowohl von China als auch der Sowjetunion umworben, und in gleichem Maße, wie sich die Beziehungen Nordvietnams zu Moskau verbesserten, so verschlechterten sie sich zu Beijing. Ein Vorschlag des sowjetischen Premierministers Kossygin im Februar 1965, die Streitereien zu beenden, damit die Sowjetunion und die Volksrepublik China gemeinsam Vietnam helfen könnten, wurde von Mao Zedong abgelehnt (Chen 2001:231). Bestrebungen von Seiten Nordvietnams, mit Verweisen auf vergangene chinesische Invasionen in Vietnam, den vietnamesischen Patriotismus zu stärken, sorgten für weitere Verärgerung in Beijing (Chen 2001:231-232).

Das gestörte Verhältnis zwischen der Sowjetunion und China begann sich schließlich auch direkt auf die von Vietnam von beiden Seiten erhaltenen

⁴⁴ Für eine genaue Aufstellung der „militärischen und zivilen Lieferungen“ 1965-1969 (zu welchen auch Güter wie Sojasauce, Zahnbürsten, Mundharmonikas und Ping-Pong-Bälle zählten) vgl. Chen (2001:221-229).

Hilfeleistungen auszuwirken. China lehnte es ab, dass sowjetische Militärlieferungen durch chinesisches Territorium durchgeführt wurden. Solcherart Lieferungen wurden nur zugelassen unter der Prämisse, dass sie direkt chinesischer Kontrolle unterstellt wurden, was signalisieren sollte, dass Beijing Hanoi „einen Gefallen tat“ – eine Forderung, die von Hanoi selbstverständlich wenig geschätzt wurde. Und als 1968 schließlich eine Reihe von Zwischenfällen zwischen chinesischen und sowjetischen Truppen auf vietnamesischem Gebiet passierte, stellte sich Vietnam offen auf die sowjetische Seite und beschuldigte China, die vietnamesische Souveränität zu untergraben (Chen 2001:232).

Die zum Beginn des Jahres 1968 gestartete Tet-Offensive⁴⁵ war ein weiterer Anlassfall für Disput zwischen Hanoi und Beijing. Grund dafür waren Auffassungsunterschiede in der Strategie. Während Beijing weiterhin Gefechte kleineren Ausmaßes auf begrenztem Territorium und Guerillataktiken auf dem Land propagierte, griff Hanoi mit der Tet-Offensive massiv die Städte an und stand so in direktem Gegensatz zur chinesischen Strategie des „revolutionären Kriegs“ (Zhai 2000:177-178).⁴⁶

Hanois Entscheidung im April 1968 schließlich, Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten aufzunehmen, rief heftige Missbilligung von Seiten Chinas hervor. Beijing warf dem Chefverhandler der Vietnamesen in Paris,

⁴⁵ Am 30. Jänner 1968 (zum vietnamesischen Frühlingsfest „Tet“) starteten die kommunistischen Kämpfer eine groß angelegte Offensive, welche die US-Truppen aufgrund der Tatsache, dass zuvor eine Waffenruhe verkündet worden war, unvorbereitet treffen sollte und auch traf. Es wurden dabei 36 der 44 Provinzhauptstädte angegriffen (The 1979:137-139). Die Tet-Offensive war der Wendepunkt des Krieges – einerseits deswegen, weil Hanoi massive Verluste zu erleiden hatte, von denen es sich nicht mehr erholen sollte, und andererseits, weil mit den Bildern, die über die US-Medien transportiert wurden, die Stimmung in den USA gegen den Krieg entscheidend beeinflusst wurde. Das Ziel Hanois, die lokale Bevölkerung in Südvietnam zum Aufstand und Unterstützung der Kommunisten zu bewegen, wurde allerdings nicht erreicht (Zhai 2000:179).

⁴⁶ Die Volksrepublik China verfolgte in ihrer Strategie der Unterstützung revolutionärer Bewegungen eine Art „Analogisierung“ zur eigenen (erfolgreichen) Revolution. Vgl. hierfür u.a. Weggel (1977:62-68) und Van Ness (1971:50-73).

Le Duc Tho, vor, einen schweren Fehler zu machen, wenn Vietnam die chinesischen Ratschläge, nicht mit den Amerikanern zu verhandeln, nicht befolgen würde (Chen 2001:234-235).

4.4 Zwischenfazit

Die Situation der chinesischen Außenbeziehungen Ende der 1960er Jahre sah düster aus. Mit der Verschlechterung der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen war das Land schließlich eingeschlossen zwischen zwei Feinden, der Sowjetunion im Norden und den Vereinigten Staaten in Vietnam und zusätzlich dazu einem entfremdeten „Bruder“, Vietnam, den China durch seine eigene Schuld zunehmend verärgert hatte. In dieser Situation stellte sich die Isolation der Volksrepublik China im internationalen Gefüge als besonders prekär heraus, denn China stand alleine da.

Im Folgenden soll die weitere Entwicklung der chinesischen Außenpolitik in einen neorealistischen Kontext gesetzt werden, und da vor allem die Frage untersucht werden, inwieweit die Veränderung in der Strategie aus geostrategischen Motiven heraus erfolgt sein könnte. Von der geostrategischen Konstellation ist eine Dreiecksbeziehung zwischen der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten (in Vietnam) und China zu erkennen. Jeder dieser drei Hauptakteure beeinflusst in seinen Aktionen die jeweils anderen beiden. Interaktionen zwischen zweien der drei Akteure können, infolgedessen, auch nicht isoliert betrachtet werden. Das Jahr 1969 kristallisiert sich hierbei als das Schlüsseljahr heraus, das Jahr, in welchem die Fäden der parallelen Entwicklungen zusammenlaufen.

5 Der neorealistische Ansatz:

Primat der Sicherheit

Mit besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zwischen der kulturevolutionären Volksrepublik China und den beiden Blockmächten, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, soll nun versucht werden, die Sicherheitsproblematik näher darzustellen. Trotz der amerikanischen Präsenz in Vietnam erscheint die Lage an der Grenze zur Sowjetunion brisanter, weshalb auch der Konflikt am Grenzfluss Ussuri genauer unter die Lupe genommen wird und im Anschluss daran die Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Annäherung als eine Folge davon.

Den Abschluss dieses Teils bildet der Versuch einer Evaluierung dieser Dreiecksbeziehung. Eine besondere Rolle spielt hier die Lage in Vietnam, welcher ein eigenes Unterkapitel (5.4.2.) gewidmet ist. War der vietnamesische Boden zunächst noch potenzielle Basis für eine mögliche amerikanische Aggression gegen China, so wandelte sich dies mit der Verschlechterung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen bei gleichzeitiger chinesisch-amerikanischen Annäherung. In Kapitel 5.4.2. soll dargestellt werden, wie sich die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen im Zuge des chinesischen Schwenks in der Außenpolitik veränderten.

5.1 Rückkehr auf die Weltbühne

Mit der parallel verlaufenden Änderung der Asienpolitik der Vereinigten Staaten (Rückzug aus Vietnam 1969, Verringerung der militärischen Präsenz in Ostasien), bewirkte die entschiedene Gegnerschaft zur Sowjetunion eine Umorientierung in der praktischen Außenpolitik der Volksrepublik China. Die USA wuchs zum Verbündeten heran in einer „Einheitsfront“ gegen die nun als „hegemonistische Supermacht“ und „Hauptfeind“ angesehene Sowjetunion (Leutner 1999:125-126).

5.1.1 Ausgangspunkt

Ma Jisen (2003:279) führt an, dass die kulturevolutionäre Außenpolitik 1968 „in einer Sackgasse gelandet“ wäre, denn die „Freunde Chinas“ wären nicht mehr, sondern immer weniger geworden“. Speziell die Tatsache, dass der chinesisch-sowjetische Konflikt mit den bewaffneten Zwischenfällen am Ussuri 1969 eskalierte, führte dazu, dass sich China nun mit den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gleich von zwei übermächtigen Gegnern eingeklemt wiederfand. Diese ausweglose Situation ließ Mao Zedong, laut Ma Jisen, keine andere Wahl, als die Gegnerschaft zu den beiden Mächten zu überdenken. Ebendiese Umstände hätten zu dem „beginnenden Tauwetter in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen“ geführt.

5.1.2 Rücknahme der Auslandspropaganda

Ein Indiz für einen neuen Kurs waren die Veränderungen in Bezug auf die chinesische Auslandspropaganda. Rückschläge in den

Außenbeziehungen⁴⁷ hatten dazu geführt, dass Mao Zedong und Zhou Enlai die chinesische Auslandspropaganda zu überdenken begannen. Ab 1968 begann Mao persönlich, Anweisungen zu geben, die Propaganda gegenüber Ausland und Ausländern zurückzuschrauben, und die neue Leitlinie wurde, dass China anderen Ländern seine Ideen nicht mehr „mit Gewalt aufoktroyieren dürfe“ (Ma 2003:279). Außerdem sollte von nun an die Differenzierung zwischen inneren und äußeren Angelegenheiten betont werden (Ma 2003:281), und Aussagen über China als das „alleinige Zentrum der Revolution“ wurden von Mao persönlich kritisiert (Ma 2003:282). Dies lässt auf Bemühungen schließen, die Außenpolitik wieder von der inneren Situation abzukoppeln, sie quasi dem Einflussbereich der noch immer andauernden kulturrevolutionären Wirren zu entziehen.

5.1.3 Aktive Reparatur der Außenbeziehungen

Gleichzeitig begannen die aktiven Bemühungen Mao Zedongs und Zhou Enlais, die bilateralen Beziehungen zu einstigen Verbündeten zu reparieren. Der im April 1969 stattfindende 9. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas stand im Schatten der Zusammenstöße zwischen chinesischen und sowjetischen Grenztruppen am Grenzfluss Ussuri im vorangegangenen Monat.⁴⁸ Jedoch – trotz der Tatsache, dass diese Grenzstreitigkeiten ausführlich erörtert und diskutiert wurden, so blieben doch die Vereinigten Staaten noch der ausgewiesene „Hauptfeind“. Einmal mehr wurden die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ beschworen, während sowohl der Sowjetunion als auch den Vereinigten Staaten vorgeworfen wurde, „China isolieren zu wollen“

⁴⁷ Propagandamaßnahmen von Chinesen im Ausland und teilweise in Gewalt ausartende kulturrevolutionär motivierte Aktionen gegenüber ausländischen Botschaften und Einrichtungen sorgten für ernsthafte Verstimmungen in den Beziehungen zu mehreren Ländern. Vgl. dazu detailliert Ma (2003:131-166).

⁴⁸ Vgl. Kapitel 5.2.

(Domes / N  th 1972:86-91). In Lin Biaos ⁴⁹ Bericht gegenüber dem Parteikongress wird US-Präsident Nixon ein falsches Spiel unterstellt. Er würde eine „friedliebende Fassade“ zeigen, während er in Wirklichkeit Vorbereitungen für einen „großflächigen Angriff“ treffen würde (MacFarquhar 1972:248).

Mit dem 9. Parteitag war allerdings die radikalste Phase der Kulturrevolution zu Ende. Die Diplomaten, die weltweit nach China zur  ckbeordert worden waren, kehrten im Anschluss des Parteitages nach und nach auf ihre Posten zurück (Domes / N  th 1972:92, Xia 2006a:6 und Ma 2003:289-290).⁵⁰ Zunächst wurden die schon vor dem Beginn der Kulturrevolution vorhandenen Auslandsstellen wieder besetzt, und ab 1970, im Lichte der sich abzeichnenden Détente gegenüber den Vereinigten Staaten, Beziehungen zu neuen Staaten aufgenommen (Ma 2003:290-293). Eine Folge der Détente war auch die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen, die durch die Wahl der UNO-Generalversammlung am 25. Oktober 1971 beschlossen wurde (Barnouin / Yu 1998:108). Mit der Aufnahme in die Vereinten Nationen gewann die Volksrepublik China an Status und Prestige im internationalen System und trat fortan auch „unabhängig und ehrgeizig auf dem Weltforum auf“ (Osterhammel 1989:378).

⁴⁹ Lin Biao (1907-1971), Marschall der Volksbefreiungsarmee, war Verteidigungsminister und einflussreiche Figur in der Kulturrevolution. Er wurde als designierter „Nachfolger“ Mao Zedongs gehandelt, bis er anfang, einen Coup d'  tat gegen Mao zu planen. Er kam 1971 unter mysteriösen Umständen bei einem Flugzeugabsturz über der Mongolei zu Tode (Wu 1998:187-188).

⁵⁰ Eine Liste mit Ländern und Jahreszahlen findet sich in Ma (2003: 290).

5.2 In der Gefahrenzone:

Von Breschnew-Doktrin bis Ussuri

Da das Verhältnis zur Sowjetunion das Kernstück der Argumentation zur Beantwortung der Forschungsfrage dieser Arbeit bildet, soll im Folgenden die Entwicklung an der chinesisch-russischen Grenze näher beleuchtet werden, welche schließlich in den bewaffneten Zwischenfällen auf der Insel Zhenbao gipfelte, was wiederum den Anlassfall zur letztendlichen Umorientierung in der chinesischen Außenpolitik 1969 darstellte. Hier soll nun spezifisch auf den Aspekt des chinesischen Sicherheitsinteresses Rücksicht genommen werden.

Mit dem Beginn der Kulturrevolution hatten sich die ohnehin schon gespannten Beziehungen⁵¹ zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion immer mehr verschlechtert. Ab August 1966 wurde die KPdSU offen des „Verrats an der Revolution, des sowjetischen Volkes und des Sozialismus“ bezichtigt. Ein weiterer problematischer Faktor kam im August 1968 hinzu, als die Sowjetunion in der Tschechoslowakei einmarschierte, und mit der Breschnew-Doktrin⁵² fühlte sich die Volksrepublik China schließlich in ihrer Sorge vor einer offenen sowjetischen Aggression gegenüber China bestätigt (Barnouin / Yu 1998:86). Zhou Enlai verurteilte die Invasion der Sowjetunion scharf und bezeichnete die Aktion als „Sozialimperialismus“ (Wang 2002:52).

⁵¹ Vgl. Kap. 4.3.2

⁵² Leonid Breschnew verkündete am 3. August 1968 beim Warschauer-Pakt-Treffen in Bratislava, dass „jede kommunistische Partei zwar das Recht habe, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und Sozialismus in ihren Ländern anzuwenden, dass sie aber nicht aus freien Stücken von diesen Prinzipien abweichen dürfe“. Im November wurde dies dann zur sog. „Breschnew-Doktrin“ (Judt 2005:443). Damit wurde rückwirkend der Einmarsch der sowjetischen Truppen in die Tschechoslowakei gerechtfertigt.

In der Frage der Truppenpräsenz an der sowjetisch-chinesischen Grenze zeigt sich eine Diskrepanz in den für die Autorin verfügbaren Quellen. Während Robinson (1991:256-257) davon spricht, dass es trotz der schon länger währenden wechselseitigen rhetorischen Animositäten zwischen den beiden Staaten bis zum Beginn der Kulturrevolution dauerte, dass sich an der gemeinsamen Grenze spürbar etwas in der sowjetischen Truppenstärke änderte, so zeichnet Wang (2005:149) ein anderes Bild. Es kam zwar immer wieder zu kleineren Grenzzwischenfällen, die jedoch nicht über „Geplänkel“ hinausgingen,⁵³ doch schon 1964 führte eine massive Truppenverstärkung der Sowjetunion an der Grenze und in der Mongolei im Juli dazu, dass die Volksrepublik China noch im August desselben Jahres ihre Verteidigungsstrategie änderte, um die Nordregionen abzusichern. Angesichts der gefühlten Bedrohung, welche China nach der Eskalation im März 1969 schließlich veranlasste, mit dem „Erzfeind“ USA Verhandlungen aufzunehmen, wirkt letztere Darstellung plausibler. Dennoch blieb die militärische Bedrohung, die von den Vereinigten Staaten ausging, laut Wang (2005:149), trotz der veränderten Verteidigungsstrategie weiterhin „gleichwertig“ gegenüber der sowjetischen.

Nachdem sich China angesichts des Kriegs in Vietnam zunächst vermehrt auf die Platzierung seiner Truppen an der Südgrenze konzentriert hatte, für den Fall, dass sich der Krieg auch auf chinesisches Gebiet ausbreiten sollte (Robinson 1991:256 und Goldstein 2001:991), so begann ab Jänner 1968 auch von chinesischer Seite aus ein Ausbau der Präsenz an der chinesisch-sowjetischen Grenze. Dabei wurde allerdings von offizieller Seite aus Wert darauf gelegt, dass die Truppen lediglich „zur

⁵³ Barnouin / Yu (1998:86) sprechen von „4.189 Zwischenfällen zwischen Oktober 1964 und März 1969“. Li Danhui (1996:43) führt in diesem Zusammenhang an, dass sich die Soldaten beispielsweise gegenseitig mit Knüppeln attackiert hätten – also ohne Feuerwaffen.

Verteidigung“ dort postiert würden. Ein etwaiger Feuerbefehl war nur zur Selbstverteidigung erlaubt, wenn die russischen Truppen entsprechende chinesische Warnungen missachten sollten. Jegliche Einsätze wären außerdem vorab mit Beijing abzuklären, da Grenzzwischenfälle nicht als militärische Auseinandersetzung, sondern als „politische und diplomatische Zwischenfälle“ galten (Barnouin / Yu 1998:87). Vom Zeitpunkt der Verstärkung der Truppenpräsenz auf chinesischer Seite können Parallelen zum Einmarsch der sowjetischen Truppen in der Tschechoslowakei im August 1968 gezogen werden (Yang 2000:25).

Am 2. und 15. März 1969 fand dann schließlich die Eskalation statt. Auf Zhenbao (russ.: Damanski), einer kleinen Insel im Grenzfluss Ussuri (chin.: Wusuli) ⁵⁴ kam es zu Feuergefechten, bei denen zahlreiche Grenzsoldaten auf beiden Seiten starben. Für die Bewertung des tatsächlichen Sicherheitsrisikos für die Volksrepublik China ist nun die Einschätzung wichtig, wer der Aggressor in diesen Zusammenstößen war. Aus damaligen aktuellen Berichten über die Vorfälle am Ussuri geht die Schuldfrage nicht klar hervor, was allerdings durch die damals generell problematische Informationspolitik der Sowjetunion und China gegenüber westlichen Medien erklärbar ist. ⁵⁵

Von den Ereignissen im März 1969 existierten zwei Versionen, eine sowjetische und eine chinesische, wobei die heute plausibelste Erklärung der Eskalation ist, dass chinesische Truppen angesichts sowjetischer Provokationen den zugefrorenen Ussuri überschritten, um die von beiden Seiten beanspruchte Insel Zhenbao zu okkupieren. Dies sollte als Signal

⁵⁴ Die Bezeichnungen „Zhenbao“ und „Ussuri“ (also die chinesische beziehungsweise russische Version) wurden hier gewählt, da bei der Durchsicht des Quellenmaterials bei der Autorin der Eindruck entstanden ist, dass diese Bezeichnungen jeweils häufiger gebraucht wurden als deren sprachliche Gegenstücke „Damanski“ und „Wusuli“.

⁵⁵ Vgl. hierzu beispielsweise Der Spiegel (1969, Nr. 12 und 13).

für die chinesische Entschlossenheit fungieren, die gemeinsame Grenze zu verteidigen (Nathan / Ross 1997:44).

Während diese „Schuldfrage“ lange Zeit umstritten war, tendieren heute sowohl russische als auch chinesische Historiker dazu, dass die Zusammenstöße von chinesischer Seite aus geplant waren und dass es nicht die Sowjets waren, die die Gefechte auslösten (Goldstein 2001:988-989). Die plausibelste Schilderung der Ereignisse ist, dass chinesische Soldaten in der Nacht vom 1. zum 2. März den Ussuri überquerten und sich auf der Insel im Unterholz versteckten. In der Früh registrierten die sowjetischen Truppen Aktivität auf der chinesischen Seite des Flusses, und kurz darauf bewegte sich eine kleinere Gruppe Chinesen, Mao-Slogans rufend, auf die Insel zu. Als die sowjetischen Soldaten die vermeintlichen Eindringlinge warnen wollten und dabei ihre Deckung aufgaben, eröffneten die im Gebüsch versteckten chinesischen Soldaten das Feuer. Nach diesem Hinterhalt wurden die überraschten sowjetischen Soldaten zunächst überrannt, bis schließlich Verstärkung eintraf, mit deren Hilfe die Sowjets die Chinesen zurückschlagen konnten (Robinson 1991:257-260). Für die „Hinterhalts-Darstellung“ spricht vor allem, dass sowohl von russischen als auch von chinesischen Historikern immer wieder betont wird, wie unvorbereitet die sowjetischen Soldaten von dem chinesischen Angriff getroffen wurden.⁵⁶

Der darauf folgende Zusammenstoß am 15. März war größer, sowohl vom Materialeinsatz her, als auch von den Verlusten, und auch hier ist die Schuldfrage noch nicht eindeutig geklärt. Obwohl die chinesische Version der Ereignisse davon spricht, dass die sowjetischen Truppen das Feuer eröffnet hätten (Barnouin / Yu 1998:88), kann vor allem aus dem Status der Vorbereitung der Truppen geschlossen werden, dass auch der zweite

⁵⁶ Vgl. hierzu die Quellenanalyse bei Goldstein (2001:985-988).

Zwischenfall von chinesischer Seite geplant war (Yang 2000:26-27). Dieser Einschätzung kann allerdings entgegengehalten werden, dass die Volksrepublik China einen Gegenschlag, oder zumindest eine Antwort auf den Angriff vom 2. März, erwartet und sich somit dementsprechend darauf vorbereitet hatte. Gegen die Version des chinesischen Angriffs spricht auch, dass sämtliche kommandierende Offiziere der im Nordosten postierten Streitkräfte zum Zeitpunkt des zweiten Zwischenfalls in Beijing waren, wo sie dem anstehenden 9. Parteitag der Kommunistischen Partei beiwohnen sollten, und nur via Telephon mit den Grenztruppen verbunden waren (Yang 2000:29).

Ein Versuch seitens des sowjetischen Ministerpräsidenten Alexei Kossygin, die Probleme in einem Dialog zu lösen, wurde von China zurückgewiesen, und nach weiteren Zusammenstößen an der Grenzlinie in Xinjiang und Heilongjiang verstärkten beide Staaten ihre Militärpräsenz noch weiter. Im Herbst 1969 kam es schließlich doch zu ersten Gesprächen zwischen Kossygin und Zhou Enlai, aber China blieb weiter skeptisch ob der gefühlten Bedrohung durch die Sowjetunion (Barnouin / Yu 1998:89-96).⁵⁷

5.3 Annäherung an die Vereinigten Staaten

Genau genommen basierte die Annäherung der Vereinigten Staaten an die Volksrepublik China zunächst auf einer Fehleinschätzung der Situation an der chinesisch-sowjetischen Grenze von Seiten Henry Kissingers:

⁵⁷ Die Grenzstreitigkeiten sollten schließlich 40 Jahre später, am 14. Oktober 2008, endgültig beigelegt werden (Die Presse, 14.10.2008).

If the Soviet Union was the aggressor [...] we [die Vereinigten Staaten] had a problem as well as an opportunity. The problem was that a full-scale Soviet invasion of China might tip not only the geopolitical but also the psychological equilibrium in the world; it would create a momentum of irresistible ruthlessness (Kissinger 1979:177).

Aus amerikanischer Sicht spielten die Verbesserungen in den Beziehungen zur Volksrepublik China ebenfalls eine Schlüsselrolle in Bezug auf die Beziehungen zur Sowjetunion. Wie Henry Kissinger (1994:719) schreibt, konnte auch die Sowjetunion nicht auf „permanente Feindschaft zwischen den mächtigsten und bevölkerungsreichsten Nationen“ bauen. Darüber hinaus wären „drohende Gesten“ in dieser Konstellation für die Sowjetunion sogar kontraproduktiv gewesen, denn sie hätten, laut Kissinger, nur zu einer noch engeren Zusammenarbeit in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen geführt. Somit war für die Nixon-Administration eine Verbesserung der Beziehungen zur Volksrepublik China essenziell in ihrer Strategie auch in Bezug auf die Sowjetunion.

Von chinesischer Seite wiederum war es auch hier der Bruch mit der Sowjetunion, der letztlich das Tor zur Annäherung an „den Westen“ aufgestoßen hatte. Kissinger (1994:719-720) spricht davon, dass es zunächst Konrad Adenauer und Charles de Gaulle waren, die die Chancen erkannten, welche sich aus einer Verschlechterung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses ergaben. Während de Gaulle die Gelegenheit wahrnahm und den Versuch startete, die französisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern, standen den USA, laut Kissinger (1994:720), ihre „ideologischen Vorurteile“ lange Zeit im Weg.

Schon US-Präsident Johnson hatte im Juli 1966 eine Entspannungspolitik gegenüber der Volksrepublik China angedacht, welche sogar soweit

gehen hätte sollen, dass China ein Sitz in den Vereinten Nationen ermöglicht werden sollte. Beijing sollte kontrolliert, aber nicht isoliert werden (Hsü 1995:721 und Robinson 1991:233). Johnsons Staatssekretär Dean Rusk riet dem Präsidenten allerdings von diesen Plänen ab, vor allem aufgrund der Taiwan- und Vietnam-Frage (MacFarquhar 1972:222-235). Doch auch von Seiten der Volksrepublik China bestand zu diesem Zeitpunkt noch kein Interesse an einer Annäherung, vor allem aufgrund der Lage in Vietnam (Robinson 1991:233).

Auch Richard Nixon hatte schon 1967/68 davon gesprochen, nach Möglichkeiten zu suchen, „mit China zu reden“, doch es war erst die „ungeschickte UdSSR-Diplomatie“ im Zuge der Grenzzwischenfälle am Ussuri 1969, die die Vereinigten Staaten hellhörig werden ließen (Kissinger 1994:721-722). Dennoch war die Position von Nixon und Kissinger gegenüber der Volksrepublik China zunächst ambivalent und geprägt von Misstrauen vor allem gegenüber der Nuklearmacht China und ihrer Führung, die von der US-Regierung als schwer berechenbar eingeschätzt wurde (Burr 2001:77).

Es waren auch von Seiten der Vereinigten Staaten in erster Linie Sicherheitsbedenken, die zu der Änderung in der Politik gegenüber der Volksrepublik China geführt hatten. Vor allem die Anzeichen eines ausgedehnten militärischen Konflikts zwischen der Sowjetunion und China, wobei die Sowjetunion in Amerikas Augen zunächst der Aggressor zu sein schien, und die Sorge um einen Machtgewinn der UdSSR auf Kosten eines gemäß der Breschnew-Doktrin unterworfenen Chinas ließen im Weißen Haus die Alarmglocken klingeln. Dieses Risiko wollte man nicht eingehen.

If the balance of power is taken seriously, then the very *prospect* of geopolitical upheaval must be resisted; by the time the change has occurred, it may as well be too late to oppose it. At a minimum, the cost of resistance will go up exponentially (Kissinger 1994:722).

Obwohl versöhnliche Signale, die die vorangegangene Johnson-Regierung schon Mitte 1968 in Richtung Beijing ausgesandt hatte, zu dem Zeitpunkt weitgehend ungehört blieben (Xia 2006b:122), ergriff China schon drei Wochen nach dem Gewinn der Präsidentschaftswahlen durch Richard Nixon die Initiative. Am 25. November 1968 schickte der interimistische Chargé d’Affaires⁵⁸ an der chinesischen Botschaft zu Polen mit Mao Zedongs Einwilligung eine Nachricht an seinen amerikanischen Gegenpart mit dem Vorschlag, die Warschauer Botschaftergespräche⁵⁹ wiederaufzunehmen. Obwohl diese Initiative fehlschlug, war es dennoch die Volksrepublik China, die den ersten Schritt getan hatte. Ein weiterer Schritt erfolgte im Jänner 1969, als, laut Wang (2002:53), in der *Renmin Ribao* die Antrittsrede des neuen Präsidenten Nixon in voller Länge abgedruckt wurde. Zu diesem Zeitpunkt konnten die Vereinigten Staaten allerdings die „Nuancen“ in der chinesischen Politik noch nicht richtig deuten und reagierten nicht auf diese Gesten (Burr 2001:78).

Weitere offene Zeichen aus der Volksrepublik China in Richtung der Vereinigten Staaten kamen im Juli 1969. Ein amerikanisches Boot hatte nahe Hongkong chinesische Hoheitsgewässer verletzt, woraufhin die 15-köpfige Besatzung festgenommen wurde. Als die lokalen Behörden von Guangdong aus in Beijing anfragten, wie weiter zu verfahren wäre, wurde die Sache direkt an Zhou Enlai weiterverwiesen, was auf die Wichtigkeit der Angelegenheit im politischen Sinne schließen lässt (Barnouin / Yu

⁵⁸ Der tatsächliche Botschafter war noch in China und sollte erst 1970 zurückkehren (Ma 2003:290).

⁵⁹ Ohne dass China und die USA formelle diplomatische Beziehungen unterhalten hätten, fanden in Genf und Warschau seit 1955 regelmäßige inoffizielle „Botschaftergespräche“ statt (136 an der Zahl), welche mit Ausbruch der Kulturrevolution unterbrochen worden waren (Xia 2006b:1).

1998:99). Die anschließende Freilassung der Amerikaner war eine Geste an die Nixon-Regierung, die schon im Februar 1969 in einem Bericht zur Lage der Außenpolitik davon gesprochen hatte, dass die Verbesserung des Verhältnisses zu China „im Interesse des Friedens und der Stabilität in Asien“ wäre (Barnouin / Yu 1998:100).

Bis Dezember 1969 blieb es lediglich bei weiteren „Gesten“, doch nach einem (zunächst missglückten) Zusammentreffen zwischen dem US-Botschafter und seinem chinesischen Gegenpart in Warschau waren Mao Zedong und Zhou Enlai schließlich überzeugt, dass es auch die Vereinigten Staaten „ernst“ meinten. Bei einer jugoslawischen Modeschau im Warschauer Kulturpalast am 3. Dezember 1969 versuchte der amerikanische Botschafter zu Polen, Walter Stoessel, mit einer Gruppe chinesischer Botschaftsangehöriger ein Gespräch zu beginnen. Aus Angst vor politischen Konsequenzen, weil sie mit einem amerikanischen Offiziellen Kontakt hätten, flüchteten die Chinesen von dem Empfang. Stoessel lief ihnen nach und erwischte noch den Übersetzer der Gruppe, dem er „in gebrochenem Polnisch“ erklärte, er hätte eine wichtige Nachricht für die chinesische Botschaft.⁶⁰ Zhou Enlai reagierte amüsiert auf den Vorfall und wies den Chargé d’Affaires, Lei Yang, an, die Amerikaner zu einem Gespräch in die chinesische Botschaft einzuladen. Gleichzeitig kritisierte er das Außenministerium dafür, dass das Botschaftspersonal offensichtlich ungenügend über die „subtilen Veränderungen“ in der Haltung der chinesischen Regierung gegenüber den USA informiert worden war. Im Jänner 1970 wurden schließlich die chinesisch-amerikanischen Botschaftergespräche in Warschau wieder

⁶⁰ Barnouin / Yu (1998:101) schreiben zu diesem Ereignis, dass es sich bei dem (unfreiwillig) angesprochenen chinesischen Botschaftsangehörigen um Lei Yang handelte. Xia (2006a:10, Fußnote 27) merkt an, dass es sich hierbei um einen Irrtum handelt, der vermutlich auf einem missverständlichen Telegramm Stoessels basierte. Tatsächlich wäre der angesprochene Chinese der Zweite Sekretär der Botschaft, Li Jujing, gewesen und sein Übersetzer, Jing Zhicheng.

aufgenommen, wo unter anderem der mögliche Besuch eines amerikanischen Botschafters in Beijing in Aussicht gestellt wurde (Barnouin / Yu 1998:101 und Xia 2006a:10-11).

Obwohl später ein weiteres für 20. Mai anberaumtes Gespräch nach der amerikanischen Intervention in Kambodscha vorerst wieder abgesagt wurde und neuerliche anti-amerikanische Rhetorik aufbrandete,⁶¹ blieb die chinesische Regierung auf ihrem subtilen Rapprochement-Kurs. Beijing äußerte sich allerdings deutlich dazu, dass die Kooperation nicht um jeden Preis zu haben sei. Die gegenwärtige Lage in Vietnam wäre nicht notwendigerweise ein Hindernis für die Annäherung in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen, eine mögliche Ausweitung des Krieges allerdings durchaus. Gemeint war hier das amerikanische Engagement in Kambodscha (Connolly 2005:511-512).

Bei den Feierlichkeiten zum chinesischen Nationalfeiertag am 1. Oktober 1970 wurden Edgar Snow⁶² und dessen Frau eingeladen. Sie posierten direkt neben Mao Zedong auf dem Balkon des Tiananmen für das offizielle Photo, welches, laut Chen (2001:254), am nächsten Tag auf der Titelseite der *Renmin Ribao* erschien. Und als Richard Nixon im Oktober im Zuge eines Interviews mit dem Time Magazine sagte, dass „nach China zu gehen etwas wäre, was er noch vor seinem Tode machen wolle“, so

⁶¹ Mitte März wurde Kambodschas Prinz Norodom Sihanouk in Abwesenheit abgesetzt und durch den amerikafreundlichen General Lon Nol ersetzt. Sihanouk flüchtete daraufhin nach Beijing (Connolly 2005:511). In diesem Zusammenhang kam es unter anderem zu Massendemonstrationen gegen die Vereinigten Staaten, die 20 Mio. Menschen umfassten (Weggel 1977:61). Eine andere Version zur Erklärung der Absage der Botschaftergespräche ist, dass die USA einem chinesischen Überläufer, dem Chargé d'Affaires in den Niederlanden, Asyl gewährte (Chen 2001:245). Die Botschaftergespräche in Warschau wurden allerdings auch nach Ende der Krise nicht weitergeführt, der Kontakt jedoch später „über einen anderen Kanal, mit schärferem Fokus“ wiederaufgenommen (Kissinger 1979:693).

⁶² Edgar Snow (1905-1972) war ein amerikanischer Journalist, der schon in den 1930er-Jahren in China über die KPCh berichtet hatte und das Vertrauen Mao Zedongs genoss (Chen 2001:254).

wurde das von der chinesischen Führung als öffentliche Erklärung interpretiert. Nach weiteren über inoffizielle Kanäle ⁶³ hin und her geschickten Nachrichten erklärten sowohl Zhou Enlai im November als auch Mao Zedong selbst im Dezember schließlich, dass Nixon zu einem Besuch in Beijing willkommen wäre (Barnouin / Yu 1998:102).

5.4 China zwischen Sowjetunion, USA und Vietnam: Versuch einer Evaluierung

5.4.1 Die Sicherheitsfrage bestimmt das *Rapprochement*

毛澤東著眼世界革命是因為他有中國這樣一個大國爲自己的依托。他歷來考慮的是中國在全球的地位，而且把中國對美國和對蘇聯的關係放在最重要的地位，他不只一次地說過，中國要真正獨立，第一就要同美國鬥，第二就要同蘇聯鬥。中國要和平和發展，第一要同蘇聯搞好關係，第二要同美國搞好關係。

Obwohl Mao Zedong die Weltrevolution als Ziel hatte [...], war für ihn immer Chinas Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zur Sowjetunion die oberste Priorität, wenn er über Chinas Platz in der Welt nachdachte. Nicht nur einmal sagte er, dass China als erstes die Vereinigten Staaten und als zweites die Sowjetunion bekämpfen musste, wenn es wirklich unabhängig sein wollte. Und wenn China Frieden und Entwicklung haben wollte, dann müsste es als erstes gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und als zweites zur Sowjetunion herstellen (Ma 2003:295).

Wie aus dem vorangegangenen Kapitel zu schließen ist, lag eine chinesisch-amerikanische Annäherung in beiderseitigem Interesse. Die Vereinigten

⁶³ Unter anderem über den pakistanischen Präsidenten Yahya Khan und über die Staatsführung in Rumänien (Barnouin / Yu 1998:102 und Burr 2001:85).

Staaten wollten keine „zweite Tschechoslowakei“ und China musste sich wenigstens eines seiner beiden großen Feinde entledigen – und wählte dabei die USA. Alleine schon die chronologische Abfolge der Ereignisse legt die Vermutung nahe, dass die Zuspitzung der Lage an der chinesisch-russischen Grenze mit den nur wenige Monate später immer deutlicher werdenden Signalen Chinas in Richtung einer Détente gegenüber den Vereinigten Staaten in Zusammenhang stehen.

Um nun der Frage nach der Verknüpfung zwischen der Sicherheitslage der Volksrepublik China und der chinesisch-amerikanischen Annäherung nachzugehen, ist es notwendig, sich die Entwicklungen zwischen den beiden Ländern ab März 1969 genauer anzusehen. Da die politischen Aktionen beider Länder aus der jeweiligen subjektiven Einschätzung der Lage resultierten, muss vor allem untersucht werden, wie sich die Wahrnehmung des chinesisch-sowjetischen Grenzkonflikts und dessen Implikationen in China und den Vereinigten Staaten darstellten. Es spricht viel dafür, dass die Volksrepublik China die von der Sowjetunion tatsächlich ausgehende Bedrohung falsch eingeschätzt hatte, da sich die Sowjetunion trotz des Drucks, den sie auf China ausübte, in ihrem strategischen Schwerpunkt eher auf Europa konzentrieren wollte und keinen Krieg mit China anstrebte (Wang 2002:53). Dennoch ist nach Ansicht der Autorin die subjektive Wahrnehmung eines Gegners maßgeblich, und aus dieser Wahrnehmung ergeben sich auch alle weiteren politischen Schritte.

Wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben, waren sich die Vereinigten Staaten zunächst nicht darüber im Klaren, wer den Grenzzwischenfall am Ussuri ausgelöst hatte. Obwohl sich nach wenigen Wochen die Vermutung festigte, dass in Wirklichkeit China der Angreifer war, so wurde dies unter dem Vorbehalt zur Kenntnis genommen, dass die Volksrepublik

China der von ihr als imminent angenommenen Kriegsgefahr mit einem kontrollierten Präventivschlag begegnete (Burr 2001:81-82), um der Sowjetunion „eine Lehre zu erteilen“ (Yang 2000:72).

Doch auch wenn die Schuld für diese Eskalationen am Ussuri nun objektiv gesehen auf Seiten der Chinesen lag, was die „Angst“ vor einem sowjetischen Angriff möglicherweise relativieren könnte, so ist eben zu bedenken, dass die Einschätzung eines potenziellen Gegners vor allem durch die Perzeption desselben bedingt ist. Die Sorge vor allem angesichts eines möglichen sowjetischen Nuklearangriffs war durchaus vorhanden, wofür die Tatsache spricht, dass nach den Zusammenstößen auf der Insel Zhenbao auf chinesischer Seite Anweisungen ergingen, Vorratslager anzulegen und Tunnel zu bauen, in welche man sich im Falle eines (nuklearen) Angriffs zurückziehen könnte (Nathan / Ross 1997:140). Zhou Enlai sprach bei einem Treffen mit einem pakistanischen Diplomaten im Sommer 1969 (noch vor den Zusammenstößen vom 13. August an der Grenze in Xinjiang) davon, dass China einen sowjetischen Präventivschlag befürchtete und dass die Sowjetunion China bewusst provozierte, um „ihr Territorium jenseits ihrer Grenzen auszudehnen“ (Burr 2001:86-87).⁶⁴

Trotz der Tatsache, dass die Volksbefreiungsarmee den sowjetischen Truppen in den späten 1960er Jahren zahlenmäßig bei weitem überlegen waren, lag China im Atomwaffen-Rennen gegenüber der Sowjetunion zurück (Goldstein 2001: 993-994). Ebenso wenig war die Volksrepublik China auch im konventionellen Sinn gerüstet für einen groß angelegten

⁶⁴ Das von China 1964 beschlossene Programm der „Dritten Front“, dessen Implementierung nach dem Tonkin-Zwischenfall begonnen wurde (vgl. dazu Kapitel 5.4.2.1) war in erster Linie eine Reaktion auf die amerikanische Bedrohung. Dennoch spielte auch die Bedrohung von Seiten der Sowjetunion hierbei eine Rolle, denn nach dem Ussuri-Zwischenfall wurde im September 1969 die „Zweite Phase“ des Programms gestartet. Vgl. zur „Dritten Front“ ausführlich Naughton (1988).

Krieg mit der Sowjetunion, trotz aller Kriegstreiberei an der Grenzlinie (Yang 2000:35). Kaum verheimlichte Gerüchte über einen geplanten sowjetischen Angriff, unter anderem auch auf chinesische Nukleareinrichtungen im Sommer 1969, ließen die Anspannung noch weiter steigen. Sowohl auf inoffizieller diplomatischer Ebene als auch von Seiten der sowjetischen Militärführung wurde von einem möglichen Präventivschlag gesprochen (Kissinger 1979:183 und Yang 2000:33 und 36). Am 28. August erging als Reaktion von Seiten der Volksrepublik China schließlich der Befehl zur Mobilisierung in den Grenzregionen (Yang 2000:37).

Die Einschätzung von Seiten der Vereinigten Staaten, dass weder China noch die Sowjetunion tatsächlich einen „größeren“ Krieg anstrebte (Burr 2001:81-82), änderte sich mit den Zusammenstößen am 13. August 1969 an der Grenze zwischen Xinjiang und Kasachstan (Burr 2001:86), welche gemessen an der Anzahl der Verluste (eine gesamte Brigade) auf Seiten der Chinesen schwerwiegender waren als die Zusammenstöße am Ussuri (Chen 2001:248). Obwohl es nicht unwahrscheinlich erscheint, dass die Gerüchte über einen bevorstehenden Krieg gegen China von der Sowjetunion bewusst gestreut worden waren, um die amerikanische Reaktion darauf auszutesten,⁶⁵ so zeigten sie dennoch Wirkung. Nixon und Kissinger waren nun überzeugt, dass „eine russische Attacke auf China viel wahrscheinlicher wäre als umgekehrt“, und verstärkten im Lichte dessen ihre Bemühungen, eine Gesprächsbasis mit Beijing zu etablieren (Burr 2001:90).

Auf diese Bemühungen war in Beijing schon gewartet worden. Mitte Mai war eine geheime Arbeitsgruppe gebildet worden, die sich aus den vier

⁶⁵ Vgl. dazu detailliert die inoffizielle Kommunikation zwischen Moskau und Washington und entsprechende Einschätzungen von Seiten der handelnden Personen bei Burr (2001:87-89).

Marschällen Chen Yi, Ye Jianying, Xu Xiangqian und Nie Rongzhen zusammensetzte.⁶⁶ Diese vier Veteranen waren im Zuge der Februar-Gegenströmung⁶⁷ im Februar 1967 in Mao Zedongs Augen in Ungnade gefallen und befanden sich zum Zeitpunkt der Bildung der Arbeitsgruppe in verschiedenen Fabriken außerhalb von Beijing, wohin sie verschickt worden waren. Nur Mao Zedong, Zhou Enlai, die vier Marschälle und zwei Assistenten wussten von dieser Arbeitsgruppe. Zhou Enlai gab der Gruppe Anweisung, die „internationalen Angelegenheiten“ zu beobachten, sich regelmäßig zu treffen, „wichtige Fragen“ zu diskutieren und anschließend dem Zentralkomitee ihre Vorschläge diesbezüglich zu unterbreiten. Sie waren aufgrund ihrer besonderen Erfahrung in militärischen und strategischen Belangen ausgewählt worden und hatten, laut Zhou Enlais Anweisungen, freie Hand, um „Mao zu helfen, neue strategische Entwicklungen besser zu verstehen“. Das erste Treffen der Arbeitsgruppe fand am 7. Juni 1969 statt, und am 17. September wurde ein schriftlicher Bericht abgeliefert, in welchem die Marschälle ihre Einschätzung der Lage präsentierten. Sie hielten es zwar für nicht sehr wahrscheinlich, dass die Sowjetunion einen groß angelegten Krieg gegen die Volksrepublik China plante, betonten jedoch, dass man sich auf den schlimmsten Fall vorbereiten sollte. Chen Yi und Ye Jianying waren der Meinung, dass „die Amerika-Karte gespielt werden sollte“, um für eine mögliche Konfrontation mit der Sowjetunion gerüstet zu sein. Hierfür sollten zu gegebener Zeit die chinesisch-amerikanischen Botschaftergespräche wieder aufgenommen werden (Ma 2003:268-273 und Xia 2006a:6-8).

⁶⁶ Der Rang „Marschall“ wurde an Offiziere der Volksbefreiungsarmee verliehen, die sich durch besondere Leistungen in der chinesischen Revolution ausgezeichnet hatten. Die insgesamt „Zehn Marschälle“ der Volksbefreiungsarmee (ausgezeichnet 1955) waren Zhu De, Peng Dehuai, Lin Biao, Liu Bochong, He Long, Chen Yi, Luo Ronghuan, Xu Xiangqian, Nie Rongzhen und Ye Jianying (<http://english.chinamil.com.cn/special/figures/marmore.htm>, 19. Okt. 2008).

⁶⁷ Zur Februar-Gegenströmung vgl. Kapitel 6.2.1.

5.4.2 Der Faktor Vietnam

Auch die Thematik des chinesischen Engagements im Vietnamkrieg ist mit der Sicherheitsproblematik verknüpft, wenngleich nicht vordergründig. Wie schon in Kapitel 4.3.3. angeführt, vermischten sich in der Beziehung zwischen China und Vietnam der „revolutionäre“ und der „Sicherheitsaspekt“. So gesehen soll dieses Kapitel in dieser Arbeit auch als eine Art Bindeglied fungieren zwischen der Betrachtung der chinesischen Außenpolitik von einem geostrategischen Standpunkt aus und dem nachfolgenden innenpolitischen Ansatz.

Zunächst war Beijings Hilfe für den südlichen Nachbarn eine Frage der ideologischen Bande und der historischen Verbundenheit Chinas mit den Ländern Indochinas. Dazu kam das generelle Bekenntnis zur Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen.⁶⁸ Ein Scheitern des Kommunismus in Vietnam hätte darüber hinaus auch Auswirkungen auf Chinas Führungsanspruch in der Region gehabt (Connolly 2005:504).

5.4.2.1 Alle gegen Amerika

Mit der steigenden amerikanischen Militärpräsenz in Vietnam Mitte der 1960er Jahre und der damit verbundenen Aktivität in den Gewässern des südchinesischen Meeres, stieg auf Seiten der Volksrepublik China die Sorge vor einer Bedrohung durch die Vereinigten Staaten an der chinesischen Südgrenze. Für China waren dies die Anzeichen für eine „Umzingelung“ durch die Amerikaner, und somit wurde der angestrebte kommunistische Sieg in Südvietnam im strategischen Sinn zu einer Versicherung, diese Umzingelung aufzuhalten. Washington sollte daran

⁶⁸ Vgl. hierzu die Analyse in Zhai (2000:146-148).

gehindert werden, näher an die chinesische Südgrenze heranzurücken (Zhai 2000:141). China wollte die direkte Konfrontation mit den Vereinigten Staaten nicht, wie auch Außenminister Chen Yi im Juli 1964 öffentlich sagte. Er betonte, dass die Volksrepublik China weder die Mittel noch die Intention habe, „einen Krieg zu beginnen“, dass man sich allerdings zu verteidigen wisse, wenn die USA die chinesische Grenze verletzten (Rogers 1976:296).

Der Tonkin-Zwischenfall im August 1964 und der darauf folgende direkte Angriff der USA auf Nordvietnam kamen für China zwar überraschend, jedoch wurden schon zuvor, im April, mit dem Programm der „Dritten Front“ strategische Maßnahmen geplant, um der als immer stärker empfundenen amerikanischen Bedrohung zu begegnen. Diese Maßnahmen umfassten unter anderem den Aufbau von alternativen industriellen Zentren im chinesischen Hinterland, damit im Falle eines Angriffs die Produktion nicht zum Erliegen kommen würde. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass die chinesische Bevölkerung zu sehr in den Städten konzentriert lebte, welche nur unzureichend vor Angriffen geschützt waren, ebenso wenig wie die um die Städte herum konzentrierte Infrastruktur. Diese Planungen wurden Mao Zedong noch vor dem Tonkin-Zwischenfall vorgelegt und von ihm nach dem Zwischenfall sofort bewilligt. Daraus lässt sich schließen, dass die schlimmsten Befürchtungen Chinas bezüglich der amerikanischen Aggression bestätigt worden waren (Zhai 2000:141-142). Tatsächlich war in Washington schon im Juli in einem inoffiziellen Meeting festgestellt worden, dass man entschlossen wäre, China an weiteren „kommunistischen Erfolgen in Südostasien“ zu hindern und dafür auch gegen die Volksrepublik China in den Krieg ziehen würde (Rogers 1976:296).

5.4.2.2 Hanoi sino-sowjetischer Stolperstein

Auch im Verhältnis zwischen China und Vietnam markierte der sowjetische Einmarsch in der Tschechoslowakei im Sommer 1968 eine Zäsur. Wie in Kapitel 4.3.3.2 beschrieben, waren die Beziehungen zwischen den beiden Ländern schon vor 1968 angespannt, unter anderem auch deswegen, weil die chinesisch-sowjetische Konkurrenzsituation jegliche Bemühungen um einen Dialog und eine mögliche Eindämmung des Konflikts zwischen Hanoi und Washington überschatteten. Zahlreiche Vermittlungsversuche, unter anderem durch Moskau, London, Paris, die japanische kommunistische Partei und einige afrikanische Staaten zwischen 1965 und 1968 scheiterten, da die chinesische Regierung diese Versuche blockierte. Der Grund dafür ist unter anderem darin zu suchen, dass Beijing „dagegen“ war, weil Moskau „dafür“ war. Gerade in den ersten beiden Jahren der Kulturrevolution, 1966 bis 1967, nahm die chinesische Regierung jede Möglichkeit wahr, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten öffentlich der „Intrige“ zu zeihen und die scheinbare Kooperation zwischen den beiden Blockmächten zu verdammen (Zhai 2000:157-167). Als Vietnam schließlich noch vor einer Stellungnahme Chinas zum Thema Tschechoslowakei die sowjetischen Aktionen auffallend deutlich unterstützte, rief dies im Gegenzug ebenso heftige Reaktionen von Seiten Chinas hervor (Connolly 2005:503).

5.4.2.3 Vietnam und die chinesisch-amerikanische Annäherung

Trotz der Differenzen zwischen Beijing und Hanoi und der sehr harschen Töne, verbesserten sich die Beziehungen mit Herbst 1968 wieder. Die Friedensgespräche von Paris, die im Mai begonnen worden waren, erzielten im Oktober erste kleine Erfolge, und eine weitere militante

Opposition von Seiten Chinas hätte bedeutet, dass Vietnam noch weiter in die Arme Moskaus getrieben worden wäre. Die Veränderung in der chinesischen Position wurde zunächst in den Medien sichtbar. Im chinesischen Radio wurden die Pariser Friedensgespräche erstmals erwähnt und gleichzeitig verringerten sich die Berichterstattungen über die Kämpfe im Süden Vietnams und die Bombardements im Norden. Die Rede von Anfang November, in welcher der noch amtierende US-Präsident Johnson⁶⁹ die Aussetzung der Bombardierung Nordvietnams ankündigte, wurde, laut Connolly (2005:506), ebenso unverändert und unkommentiert am 3. November in der *Renmin Ribao* abgedruckt, wie die Antwort der nordvietnamesischen Regierung darauf. Das Signal, welches mit dieser Aktion ausgesendet werden sollte, war, dass man die Entscheidung nun den Vietnamesen überlassen werde (Connolly 2005:505-506).

Diese Gesten wurden auch verstanden, denn das kurz darauf folgende Zusammentreffen zwischen Mao Zedong und einer vietnamesischen Delegation war durchaus amikal, ebenso wie der Besuch des nordvietnamesischen Premierministers Pham Van Dong (Connolly 2005:505). Die Taktik des gleichzeitigen „Kämpfen und Verhandels“ Vietnams fand auch in den Augen Mao Zedongs Gefallen. Dennoch verlor der Krieg in Vietnam trotz des kurzen Tauwetters in der chinesischen Berichterstattung immer mehr an Bedeutung und Aufmerksamkeit und im April 1969 wurde Vietnam schließlich nicht mehr unter den „Sturmzentren der Weltrevolution“⁷⁰ angeführt (Connolly 2005:508).

⁶⁹ Die Präsidentenwahl in den USA fand am 5. November 1968 statt. Der Republikaner Richard Nixon gewann. Lyndon B. Johnson (Demokrat) trat zu dieser Wahl nicht mehr an.

⁷⁰ Vgl. zu den „Sturmzentren“ u.a. Möller (2005:61-63).

Mit den bewaffneten Zwischenfällen an der sowjetisch-chinesischen Grenze im März 1969⁷¹ ergab sich für China darüber hinaus ein sicherheitsstrategisches Problem. Mit der Kriegsgefahr an der nördlichen Grenze konnte es sich Beijing nun tatsächlich nicht mehr leisten, Hanoi mehr als nur „moralische Unterstützung“ zu geben. Nicht nur, dass China in den ersten Monaten des Jahres 1969 nur mehr 31,4 Prozent der zugesagten Hilfe an Vietnam tatsächlich liefern konnte, es zog auch zunehmend Truppen ab, sobald diese ihre Einsätze beendet hatten und unterschrieb nur sehr zögerlich neue Hilfsabkommen. Dies führte neuerlich zu Verstimmungen mit Hanoi (Connolly 2005:509).

Mit dem Tod Ho Chi Minhs kam schließlich ein weiterer Faktor hinzu, der das Verhältnis zwischen Beijing und Hanoi ambivalent beeinflusste. Mit Ho Chi Minh ging ein Bindeglied verloren, denn er hatte zu den chinesischen Führungspersönlichkeiten⁷² ein auf persönlicher Wertschätzung basierendes Verhältnis und spielte eine moderierende Rolle in den Beziehungen zwischen China und Vietnam. China befürchtete nun erneut, dass mit dem Verlust dieses Vermittlers Hanoi wieder stärkere Bindung bei Moskau suchen würde und gewährte eine weitere, laut vietnamesischen Führern „sehr großzügige“ Hilfsvereinbarung (Connolly 2005:509-510).

Trotz der Zeichen der sich anbahnenden chinesisch-amerikanischen Verständigung blieb China bei seiner Unterstützung für Vietnam. Mit dieser Politik hoffte Beijing, auf die Vereinigten Staaten Druck auszuüben (Li 2002:70). Mit den amerikanischen Interventionen in Kambodscha und ein Jahr später in Laos⁷³ wurde die Annäherung zwar unterbrochen, aber

⁷¹ Vgl. Kapitel 5.2.

⁷² Vor allem Zhou Enlai (vgl. Kapitel 4.3.3).

⁷³ Vgl. Zhai (2000:182-192) zu Kambodscha und Connolly (2005:515-516) zu Laos.

nicht vollständig gestoppt. Im Zuge der „Vietnamisierung“⁷⁴ des Krieges kämpften in Laos nur mehr südvietnamesische Bodentruppen, während US-Truppen lediglich Luftunterstützung gewährten. Somit war die Laos-Operation nur mehr ein geringes Hindernis für Beijing. Im April 1971 begann die sogenannte Ping-Pong-Diplomatie⁷⁵ und nur drei Wochen später übermittelte Zhou Enlai über den pakistanischen Kanal eine Nachricht an Henry Kissinger mit der Einladung zu einem Treffen im Juli (Zhai 2000:195 und Connolly 2000:516-517). In ihrer Antwort gebrauchten die Vereinigten Staaten zum ersten Mal die Bezeichnung „Volksrepublik China“ (Li 2002:70).

5.5 Zwischenfazit

Wie schon im Kapitel 5.4.1 angeführt, ist es vor allem die Chronologie der Ereignisse, die einen Zusammenhang zwischen der Verschlechterung des Verhältnisses zwischen China und der Sowjetunion und der Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen aufzeigt. Der Beginn der Umorientierung steht in direktem Zusammenhang mit der verschärften Sicherheitslage an der chinesischen Nord- und Nordostgrenze, und die Hinwendung zu den Vereinigten Staaten begann ihrerseits erst, nachdem die amerikanische Regierung der chinesischen Führung vermitteln konnte, dass sie ihrerseits an der chinesischen Südgrenze keine Gefahr (mehr) darstellte.

⁷⁴ Die „Vietnamisierung“ oder „Entamerikanisierung“ des Vietnamkrieges bedeutete die schrittweise Reduzierung der US-Truppen in Vietnam bei gleichzeitiger Aufrüstung der südvietnamesischen Streitkräfte, damit diese in weiterer Folge den Krieg selbst in die Hand nehmen könnten. Vgl. dazu The (1979:312-321).

⁷⁵ Nach einem „zufälligen“ Zusammentreffen zwischen chinesischen und amerikanischen Tischtennispielern bei der Weltmeisterschaft in der Nagoya, Japan, wurde das amerikanische Team auf einen Besuch in Beijing eingeladen und dort von Zhou Enlai persönlich empfangen (Connolly 2005:516, Zhai 2000:195 und Xia 2006a:15-17).

Die Annäherung zwischen den beiden Staaten beruhte auf beiderseitigem Interesse und war nur möglich, weil die Vereinigten Staaten ihrerseits ein Mächteungleichgewicht im bipolaren System verhindern wollten, das sich ergeben hätte, wäre die Volksrepublik China unter weiteren Einfluss der Sowjetunion geraten und hätte nicht länger als eigenständige regionale Großmacht in Ostasien existiert – sei es durch Unterwerfung oder die Wiederannäherung. Die Zuspitzung des chinesisch-sowjetischen Zerwürfnisses bot diese Chance des Balancing.

The new [Nixon-]Administration had a notion, but not yet a strategy, to move toward China. Policy emerges when concept encounters opportunity. Such an occasion arose when Soviet and Chinese troops clashed in the frozen Siberian tundra along a river of which none of us had ever heard. From then ambiguity vanished, and we moved without further hesitation toward a momentous change in global diplomacy (Kissinger 1979:171).

Ob die Volksrepublik China mit ihrer Détente gegenüber den Vereinigten Staaten Balancing oder Bandwagoning betrieben hat, kann in dieser Arbeit nicht eindeutig geklärt werden. Zu viele Faktoren bleiben Unbekannte. Fest steht, dass in der chinesischen Perzeption die Vereinigten Staaten das „geringere Übel“ geworden waren, was die spektakuläre Umorientierung zum einstigen „Erzfeind“ erst ermöglichte. Beide Staaten wollten die Annäherung, „die Zeit war reif“.

Die vorliegenden Quellen zeigen, dass die Bestrebungen nach einem Ende der Eiszeit von beiden Seiten gekommen waren und dass der beiderseitige Wille zur Überwindung der Gräben stark war. Hätte sich nur eine der beiden Seiten gegenüber diesen Ansätzen verschlossen, wäre es wohl nicht zum Rapprochement gekommen – zumindest nicht, während in der Volksrepublik China noch die Kulturrevolution andauerte.

Auf vietnamesischem Boden kumulieren die beiden Handlungsstränge China-Sowjetunion und China-Amerika. Zunächst stand Vietnam im Rosenkrieg zwischen China und der Sowjetunion in der Mitte. War Beijings Hilfe für den „kleinen Bruder“ in seinem Kampf um die Wiedervereinigung des Landes zu Beginn des zweiten Indochinakriegs noch nachvollziehbar ehrlich und von guter Intention angetrieben, so wurde Hanoi später zunehmend Opfer der Eigeninteressen der Volksrepublik China in ihrer Konkurrenzsituation zur Sowjetunion, und es wurde zeitweise dazwischen zerrieben und ausgespielt. Vor allem die jahrelange Opposition Beijings zu jeglichen Bemühungen um Verhandlungen, welche für Hanoi essenziell wichtig gewesen wären,⁷⁶ sabotierte den Friedensprozess maßgeblich. Auch in der Phase der Annäherung zwischen China und den Vereinigten Staaten stand Vietnam in der Mitte. An Chinas Verhältnis zu Vietnam kann man sowohl die immer größer werdende Problematik mit der Sowjetunion, als auch die Schwankungen in der Annäherungspolitik zu den Vereinigten Staaten ablesen.

Die Volksrepublik China verfolgte in Vietnam eine Politik auf mehreren Ebenen. Auf den Ansatz, dass das Engagement Chinas in Vietnam auf einen regionalen Machtanspruch zurückzuführen ist, konnte und kann in dieser Arbeit nicht eingegangen werden,⁷⁷ doch China hatte durchaus seine eigene Agenda. Vietnams Beziehungen zur Sowjetunion beeinflussten die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen ebenso, wie das amerikanische Engagement im Vietnamkrieg und dessen Verringerung die chinesisch-amerikanische Annäherung beeinflusste.

⁷⁶ Vgl. hierzu die Analyse in Zhai (2000:168-175).

⁷⁷ Vgl. zu einem möglichen chinesischen „Ethnozentrismus“ beispielsweise Chen (2001:237) oder Zhai (2000:217).

6 Alternativmodell: Innenpolitischer Ansatz

Zur Zeit Mao Zedongs war die Außenpolitik der Volksrepublik China „Chefsache“. Sie war Maos „Lieblingskind“, und es gab keinen Bereich, der Maos Aufmerksamkeit und Kontrolle mehr unterlag als die Außenpolitik (Teiwes / Sun 2007:85). Hier ist sozusagen Mao Zedong die Schlüsselfigur, die die jeweilige außenpolitische Richtung bestimmt. Die Rolle, die Zhou Enlai in diesem Ansatz übernimmt, ist die des sich selbst erniedrigenden, zu 100% loyalen Handlangers (Teiwes / Sun 2007:19). Es existierte zwar ein Apparat, aber die wesentlichen Entscheidungen wurden von Mao selbst getroffen, und dann von Zhou Enlai und einer Handvoll Vertrauten ausgeführt (Nathan / Ross 1997:129-130). Doch kann mit dieser Struktur die Umorientierung des Jahres 1969 erklärt werden, und wie äußerten sich die veränderten Vorzeichen in der Außenpolitik innerhalb der Struktur – wenn überhaupt?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, soll in den folgenden Kapiteln zunächst die Figur Mao Zedong als „Paramount Leader“⁷⁸ in Bezug auf die Außenpolitik dargestellt werden, ebenso wie die Rolle des vor allem vom Westen gefeierten „Architekten der chinesischen Außenpolitik“, Zhou Enlai. Gerade in Fragen der Außenpolitik drängt sich die Bewertung der Stellung des Außenministeriums im Entscheidungsprozess auf. Da das chinesische Außenministerium allerdings keine tatsächliche Entscheidungskompetenz in richtungsweisenden Fragen aufwies und lediglich der „ausführende Apparat“ der schon getroffenen Entscheidungen war, wird darauf in dieser Magisterarbeit nur punktuell Bezug genommen.

⁷⁸ Der Autorin war es nicht möglich, ein „offizielles“ deutschsprachiges Äquivalent für diesen in der Sinologie gebräuchlichen Fachbegriff zu finden. Übersetzt bedeutet er in etwa „alles überschattender Führer“.

6.1 Akteure und Entscheidungsstruktur

Die tatsächliche Entscheidungsfindung in außenpolitischen Fragen unterstand also nur wenigen Personen und in essenziellen Themenbereichen ausschließlich Mao Zedong. Betrachtet man die Zeitperiode der Kulturrevolution und die innenpolitischen Machtverhältnisse, drängt sich allerdings die Frage nach einer Beteiligung damals innenpolitisch mächtiger Individuen und Gruppierungen auf, darunter der Gruppe um Jiang Qing und vor allem Lin Biao. Wie in Kapitel 4.2.1. angeführt, waren Kang Sheng, Jiang Qing und die Zentrale Kulturrevolutionsgruppe vor allem über den Bereich der Auslandspropaganda involviert. Doch auch aufgrund ihrer Nähe zu Mao nutzten sie ihre Machtposition, um in Belange des Außenministeriums einzugreifen – vor allem nach der Februar-Gegenströmung von 1967,⁷⁹ im Zuge derer Außenminister Chen Yi öffentlich diskreditiert wurde (Ma 2003:138).

Was Lin Biao betrifft, so zeigte dieser (abseits der „revolutionären Außenpolitik“) wenig Interesse an außenpolitischen Themen. Er hatte eine große Aversion gegen Ausländer und versuchte, Kontakte mit ihnen zu vermeiden. Es gibt keine Hinweise, dass Lin Biao in der Frage der Umorientierung von 1969 eine nennenswerte Rolle gespielt hat (Barnouin / Yu 1998:53).

⁷⁹ Vgl. Kapitel 6.2.1.

6.1.1 Mao Zedong als Paramount Leader

Mao Zedong ist also die Schlüsselfigur im gesamten politischen Entscheidungsprozess seit der Gründung der Volksrepublik China 1949. Trotz der Tatsache, dass es eine Entscheidungsstruktur gab, war die letzte Instanz immer Mao. Er war der unangefochtene Führer im chinesischen politischen System. Er konnte sich über alle Institutionen hinwegsetzen und in jeden politischen Entscheidungsprozess eingreifen, wenn er ihm wichtig genug erschien (Chang 1990:188).

Wenn man sich also damit beschäftigt, wie Entscheidungen letztendlich zustande gekommen sind, dann muss man sich in erster Linie mit der Person Mao Zedong auseinandersetzen.

Every sentence of Chairman Mao's works is a truth; one single sentence of his surpasses ten thousand of ours . . . Whoever is against him shall be punished by the entire party and the whole country (Lin Biao 1966, zitiert nach Harding 1991:132).

Auch was die Außenpolitik betrifft, so hatte Mao die alleinige und letzte Entscheidungsgewalt. Er allein erhielt von Zhou Enlai die entsprechenden Informationspapiere, aufgrund derer er dann die Entscheidungen traf. Liu Shaoqi, Deng Xiaoping und weitere Personen in der chinesischen Führerschaft bekamen lediglich Kopien zu ihrer Information. Mit nur einer kurzen Unterbrechung zwischen Mai und August 1967, als die „Rebellen“ die Kontrolle über das Außenministerium übernahmen, behielten Mao und Zhou Enlai als sein verlängerter Arm die volle Kontrolle über die Entscheidungsgewalt in allen außenpolitischen Fragen (Hamrin 1994:83 und Xia 2006a:4-5). Gerade in den Jahren 1966 bis 1968, als die kulturevolutionären Turbulenzen auf ihrem Höhepunkt waren und die

institutionellen Strukturen infolgedessen schwach, war Mao Zedongs direkte Macht besonders groß. Durch die Schwerpunktsetzung auf Ideologie und die bewusste Platzierung von „Radikalen“ auf allen Ebenen der administrativen Struktur, stellten sich die führenden Personen darauf ein, nicht nur Maos expliziten Instruktionen zu folgen, sondern auch „seinen manchmal vagen Präferenzen“ (Teiwes / Sun 2007:6).

6.1.2 Die Rolle Zhou Enlais

Zhou Enlais Verhältnis zu Mao Zedong ist komplex, und seine Rolle in der Kulturrevolution kontroversiell, vor allem angesichts der Tatsache, dass seine Person auf der einen Seite einer hartnäckigen Mythenbildung unterworfen war und immer noch ist, und auf der anderen Seite im aktuellen Diskurs ebendiese Mythen zunehmend in Frage gestellt werden.⁸⁰

[Mao Zedong] secured the support of Premier Zhou Enlai, who may have felt that it was useless to oppose Mao but possible to influence his politics and their implementation by aligning with him (Lieberthal 1995:113).

Im Westen ist Zhou Enlai vor allem als „Architekt“ der chinesisch-amerikanischen Annäherung in Erinnerung, eine Rolle, die ihm (ungewollt) von der internationalen Perzeption des Besuchs von Richard Nixon in der Volksrepublik China 1972 zugeordnet worden ist (Gao 2007:19). Prinz Sihanouk bezeichnete ihn später als „einen der beiden außergewöhnlichsten Menschen“, die er gekannt habe (neben Charles de Gaulle), nachdem Zhou 1967 diplomatische Differenzen zwischen China und Kambodscha ausgeglichen hatte (Zhang 2007:15).

⁸⁰ Vgl. hierzu beispielsweise die Zhou-Enlai-Biographie von Gao (2007) oder zu Zhou's Rolle in der Kulturrevolution Song (2001).

Obwohl Zhou Enlai in den wesentlichen Entscheidungen von Mao abhängig war, so hatte er dennoch relativ freie Hand, wenn es um Administration und Umsetzung der jeweiligen Richtlinien ging (Teiwes / Sun 2007:85). Tatsächlich war Zhou Enlai die zweite Person hinter Mao Zedong, die Verantwortung für außenpolitische Belange trug. Er folgte Maos generellen Anweisungen, aber die Ausführung und Feinabstimmung lag in Zhou Enlais Ermessen. „Legendär“ waren sein Organisationstalent, sein Können in der Kunst der Diplomatie und sein Charme, was zu seinem hohen Ansehen auch bei ausländischen Diplomaten und Politikern beigetragen hat (Barnouin / Yu 1998:52).

6.1.3 Mechanismen in der Entscheidungsfindung

Von der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 an war es Mao Zedong, der die Macht hatte, die jeweilige außenpolitische Agenda und deren Leitlinien zu bestimmen. Zhou Enlai, in den ersten Jahren der Volksrepublik China Außenminister, war dabei derjenige, der das außenpolitische Tagesgeschäft überblickte und organisierte. Dem fünfköpfigen Ständigen Ausschuss des Politbüros fiel die Aufgabe zu, die politischen Entscheidungen Maos zu legitimieren. Bis 1966 war es Mao allein, der von Zhou Enlai die für eine Entscheidung notwendigen außenpolitischen Informationen bezog und dann eine Entscheidung traf. Diese Vorgehensweise wurde von Mai bis August 1967 kurz unterbrochen und danach wieder aufgenommen (Xia 2006a:4-5).

Beeinflussbar waren Mao Zedongs Entscheidungen vor allem durch Zhou Enlai, der ihn sowohl mit der notwendigen Information, den jüngsten Entwicklungen in den internationalen Beziehungen und Kommentaren

dazu, als auch mit möglichen Antworten darauf von Seiten Chinas versorgte (Xia 2006a:6).

6.1.4 Kompetenzverteilung

Die prä-kulturrevolutionäre Administration der Außenbeziehungen lief über mehrere Kanäle, welche je nach Betätigungsfeld unterschiedlichen staatlichen Autoritäten und Institutionen unterstellt waren.⁸¹ Zwischenstaatliche Beziehungen fielen in den Kompetenzbereich des Staatsrats, welcher dem Vorsitz von Zhou Enlai unterstand. Zhou Enlais Verantwortungsbereich war als Vize-Parteivorsitzender, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Premierminister breit gesteckt. Es lag in seinem Ermessen, die Wichtigkeit eines anstehenden Themas oder Problems einzuschätzen und gegebenenfalls Liu Shaoqi,⁸² Deng Xiaoping⁸³ und Peng Zhen⁸⁴ zur Beratung hinzuzuziehen. Diese Prozedur wurde allerdings nicht immer eingehalten, denn Zhou Enlai konnte sich auch dazu entschließen, das jeweilige Thema oder Problem gleich Mao Zedong zu unterbreiten, ohne jemand anders darüber zuvor in Kenntnis zu setzen – so geschehen bei grundlegenden oder besonders wichtigen Themenbereichen. Den verschiedenen Abteilungen des Außenministeriums fiel die Aufgabe zu, jeweils aktuelle Fragen und Probleme vorzubereiten und dann zuerst Außenminister Chen Yi zu übergeben, welcher diese seinerseits an Zhou Enlai weiterleitete. Das

⁸¹ Vgl. auch die Graphik in Barnouin / Yu (1998:138).

⁸² Liu Shaoqi (1898-1969) war Staatspräsident und Vize-Vorsitzender der KPCh. Er wurde zu Beginn der Kulturrevolution 1966 gestürzt und starb 1969 in einem Kerker in Kaifeng (He 1998:191-192).

⁸³ Deng Xiaoping (1904-1997) war Generalsekretär der KPCh, bis er mit Beginn der Kulturrevolution gestürzt wurde (Chang 1998:94).

⁸⁴ Peng Zhen (1902-1997) war Bürgermeister von Beijing, ebenfalls mit Beginn der Kulturrevolution 1966 abgesetzt (Whyte 1991:716).

Ministerium, genauso wie der Außenminister selbst, spielten dabei eine Beraterrolle (Barnouin / Yu 1998:54-55).⁸⁵

Mit dem Beginn der Kulturrevolution wurden alle politischen Institutionen paralysiert, in welchen sich wechselnde Fraktionskämpfe unter den Mitarbeitern ausbreiteten. Obwohl das Außenministerium eine der letzten staatlichen Stellen war, die von der Kulturrevolution durchdrungen wurde (Robinson 1991:245), so war der Einfluss des Chaos auch hier bald allgegenwärtig.⁸⁶

Wie in Kapitel 6.1.3 angeführt, verloren Mao Zedong und Zhou Enlai nur während einer kurzen Periode 1967 die Oberherrschaft über die Linie in den chinesischen Außenbeziehungen. Mit der Diskreditierung der alten Veteranen, die zuvor noch zumindest beratende Funktionen genossen hatten, konzentrierte sich die Entscheidungskompetenz darüber hinaus immer weiter auf die Person Mao Zedong. Daraus lässt sich schließen, dass in dieser Periode die Machtposition Maos in außenpolitischen Fragen besonders ausgeprägt war.

Wo es noch beratende Tätigkeiten gab, dort stand Zhou Enlai als Bindeglied zwischen den Beratern und Mao Zedong. So geschehen im Zusammenhang mit Chen Yi und der in Kapitel 5.4.1. erwähnten „Arbeitsgruppe der Marschälle“.⁸⁷ Wie in Kapitel 5.4.1. angeführt, war Chen Yi, genauso wie die anderen drei in die im folgenden Kapitel (6.2.1) beschriebene Februar-Gegenströmung involvierten Marschälle im Februar 1969 in verschiedene Fabriken versetzt worden, wo ihn dann auch die

⁸⁵ Es existier(t)en noch weitere Stellen, die in außenpolitische Belange involviert waren. Sie hatten allerdings nur Kompetenzen in Teilbereichen, weshalb in dieser Arbeit nicht weiter darauf eingegangen wird. Vgl. hierzu Barnouin / Yu (1998:56-57).

⁸⁶ Vgl. hierzu ausführlich Barnouin / Yu (1998:1-41) und Ma (2003).

⁸⁷ In der englischsprachigen Literatur „Four Marshals’ Study Group“ genannt. Vgl. beispielsweise Xia (2006a:5).

Nachricht von Zhou Enlai zur Bildung dieser Arbeitsgruppe erreichte. Es war ursprünglich Zhou Enlai, der den Vorschlag machte (welchen Mao Zedong genehmigte), den in Ungnade gefallenen Außenminister in eine Fabrik in Nankou zu versetzen, wo er sich neben Inspektionsdiensten und anderen Arbeiten in der Fabrik auch mit dem Studium der internationalen Lage auseinandersetzen sollte. Diese Themen sollte er dann mit den anderen drei Marschällen diskutieren (Ma 2003:268-273).⁸⁸

Aus diesem Sachverhalt können nach Ansicht der Autorin zwei Dinge geschlossen werden. Erstens, dass Zhou Enlai tatsächlich Einfluss auf Mao Zedongs Entscheidungen nehmen konnte und dass Mao bis zu einem gewissen Grad Zhous Urteilsvermögen vertraute. Und zweitens: Die Wiedereingliederung der in der Kulturrevolution noch immer unter Beschuss stehenden Veteranen in den Prozess der Entscheidungsfindung war ein Indiz für die Veränderung in der außenpolitischen Linie – wenn auch nur inoffiziell, wie das folgende Kapitel (6.2.1) zeigen soll.

Diesen Schlussfolgerungen widerspricht allerdings das bei Teiwes / Sun (2007:19) skizzierte Verhältnis zwischen Mao Zedong und Zhou Enlai, wo sie davon sprechen, dass Mao angesichts des Prestiges, das Zhou national und international (nach der chinesisch-amerikanischen Annäherung) genoss, eifersüchtig gewesen wäre.⁸⁹ An gleicher Stelle wird auch Maos „Ärger“ über Zhou, der im Zuge des Besuchs des US-Präsidenten Nixons, Diskussionen mit Henry Kissinger weitergeführt hatte, ohne Mao zuvor zu konsultieren.

⁸⁸ Auf die Arbeitsgruppe der Marschälle wird noch einmal später, in Kapitel 6.2.3.1, im Zusammenhang mit Mao Zedongs veränderter Haltung zur internationalen Situation eingegangen.

⁸⁹ Gao (2007:19) bezeichnet die westlichen Lobpreisungen nach dem Nixon-Besuch als Zhou Enlais „Todeskuss“.

6.2 Schlüsselszenen

Betreffend der im Kapitel zuvor genannten „Diskreditierung“ alter Kader ist gerade in Fragen der Außenpolitik der Fall des Außenministers und Vizepremiere Chen Yi bezeichnend. Chen Yi wurde von Mao Zedong kritisiert, was dazu führte, dass er von der praktischen Ausführung seines Amtes entbunden wurde (Ma 2003:85) und es ihm fortan untersagt wurde, zu innenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen (Ma 2003:269).

6.2.1 Die Februar-Gegenströmung

Oder: „Wie eliminiere ich meinen Außenminister?“

Chen Yi, der von Anfang an der Kulturrevolution skeptisch gegenüberstand und sich unter anderem auch der Diskreditierung Liu Shaoqis entgegenstellte (Ma 2003:87-88), wurde bald nach 1966 zur Zielscheibe von Kritik und konnte sich bis zu seinem Tod nicht rehabilitieren (Ma 2003:263), wofür auch die Tatsache spricht, dass Mao Zedong ursprünglich nicht einmal zu seinem Begräbnis im Jänner 1972 kommen wollte (Gao 2007:230-231).⁹⁰

Am 16. Februar 1967 hatte Chen Yi bei einem Treffen von Politbüro-Mitgliedern unter dem Vorsitz von Zhou Enlai in der Huarentang in Zhongnanhai,⁹¹ gemeinsam mit anderen hochrangigen Offizieren der

⁹⁰ Im letzten Moment überlegte Mao es sich doch noch anders und nahm an der Zeremonie teil. Während Zhou Enlai eine Grabrede vorbereitet hätte, die sowohl Chen Yis positive Taten als auch Fehler ansprechen sollte, ordnete Mao an, dass diese Punkte aus der Grabrede gestrichen werden sollen. Teiwes / Sun (2007:45) interpretieren dies als Signal an die alten Kader, die in der Kulturrevolution diskreditiert worden waren.

⁹¹ Zhongnanhai ist ein Gebäudekomplex mit angeschlossener Parkanlage nahe dem Tiananmen-Platz, welcher als Partei- und Regierungsgebäude dient. Huarentang ist eine Halle darin.

Volksbefreiungsarmee Jiang Qing⁹² und die Zentrale Kulturrevolutionsgruppe generell angegriffen und ihnen vorgeworfen, sie würden durch ihre Aktionen die Stabilität der Armee und somit die Sicherheit des Landes in Gefahr bringen. Tan Zhenlin⁹³ traf im Zuge der Debatte die Sache allerdings eher auf den Punkt, als er zornig davon sprach, dass offensichtlich „alte Kader entfernt werden sollten“. Chen Yi spielte in einer Wortmeldung auf die Yan'aner Ausrichtungsbewegung⁹⁴ an, was Mao besonders erzürnte (Jin 2003:1481-1482, Barnouin / Yu 1993:118 und MacFarquhar / Schoenhals 2006:193-194).

Obwohl Mao Zedong seinerseits gerade eine Woche zuvor Chen Boda und Jiang Qing kritisiert hatte, vor allem, weil er von ihnen über ihre Aktivitäten zuwenig informiert worden war (Jin 2003:1480), stellte er sich nach dem Huarentang-Vorfall dennoch hinter die Radikalen. Die kritischen Beteiligten mussten Selbstkritik üben, und der Vorfall wurde offiziell verurteilt (Jin 2003:1482-1483 und Barnouin / Yu 1993:119), auch wenn sie, bis auf Tan Zhenlin, trotz der Bemühungen der Zentralen Kulturrevolutionsgruppe diesbezüglich, ihren Sitz im Zentralkomitee behielten (Harding 1991:195). Auch Zhou Enlai kam später im Zuge der Kritik an der „Februar-Gegenströmung“ unter Beschuss. Im März erschienen erste Wandzeitungen, die ihn als „Drahtzieher im Hintergrund“ bezeichneten, doch Mao Zedong nahm Zhou in Schutz und verlangte von Chen Boda, öffentlich zu erklären, dass Zhou nicht zu kritisieren wäre (Barnouin / Yu 1993:121).

⁹² Jiang Qing war bei diesem Treffen allerdings krankheitsbedingt abwesend (MacFarquhar / Schoenhals 2006:193).

⁹³ Vize-Premier und ehemaliger Assistent Mao Zedongs in Fragen der Landwirtschaft im „Großen Sprung nach vorn“ (MacFarquhar / Schoenhals 2006:193).

⁹⁴ Die Yan'aner Ausrichtungsbewegung war eine Kampagne der KPCh in den frühen 1940er-Jahren in Yan'an, in Zuge derer „Personen mit kritikwürdigen Ansichten“ (Spence 2001:561) auf Massenversammlungen Selbstkritik üben mussten. Mao Zedong stärkte mit dieser Kampagne seine persönliche Machtposition. Vgl. dazu u.a. Spence (2001:561-562) und Gray (2002:277-282).

Der Februar-Gegenströmungs-Vorfall illustriert mehrerlei Umstände: Zum einen markiert er den Höhepunkt des „Chaos“ der Kulturrevolution – der Zeitperiode, in welcher hochrangige und altgediente Parteimitglieder angegriffen und zum Teil entfernt wurden, und zum anderen zeigt er die Macht, die Mao Zedong zu diesem Zeitpunkt in seiner Person vereint hatte. Der Vorfall fungiert auch als Wendepunkt, denn ab diesem Zeitpunkt war es außerdem nicht mehr möglich, offene Kritik an der Kulturrevolution und deren Exzesse zu üben, denn es musste mit schweren Konsequenzen gerechnet werden. Mao sah zum damaligen Zeitpunkt jede Kritik am Zentralen Kulturrevolutionskomitee als Kritik an der Kulturrevolution und in Konsequenz an seiner Person selbst an und reagierte sehr verärgert auf den Vorfall (Teiwes / Sun 2007:398).

Das Politbüro wurde in weiterer Folge als Entscheidungsträger von der Zentralen Kulturrevolutionsgruppe abgelöst, welche wiederum stark an Einfluss gewann. Trotz der Tatsache, dass Mao Zedong Ende April bei einem Treffen die Marschälle beruhigte und die Signifikanz der Februar-Gegenströmung herunterspielte, war der Schaden schon verursacht (Barnouin / Yu 1993:119-120).⁹⁵

Auch Maos Verbot 1971, die Februar-Gegenströmung weiter zu erwähnen, und der Versuch, Lin Biao die Schuld an der Eskalation zu geben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Mao selbst das Vorgehen der Radikalen zum damaligen Zeitpunkt nicht verurteilt (Teiwes / Sun 2007:40), und so deren Position gestärkt hat. Im Zuge des Begräbnisses von Chen Yi 1971 meinte Mao sogar gegenüber Prinz

⁹⁵ Im Zuge der Feierlichkeiten am Vorabend des 1. Mai 1967 lud Mao Zedong die Marschälle ein, mit ihm gemeinsam am Balkon des Tiananmen das Feuerwerk zu beobachten, laut MacFarquhar / Schoenhals (2006:198) um ein Signal zu setzen, dass die Marschälle „noch nicht völlig verdammt waren“. Chen Yi sah allerdings aus „wie ein Geist“. Mao Zedongs Strategie ging außerdem nicht auf, denn Chen Yi war von nun an regelmäßigen Attacken von Seiten der Roten Garden ausgesetzt (MacFarquhar / Schoenhals 2006:227).

Sihanouk, dass der Februar-Gegenströmungs-Vorfall „Chen Yis Maßnahme gegen Lin Biao“ gewesen wäre (Teiwes / Sun 2007:45), was vor dem Hintergrund, dass erst durch Maos Billigung der Vorgehensweise der Zentralen Kulturrevolutionsgruppe Chen Yi in den letzten Jahren seines Lebens effektiv „mundtot“ gemacht wurde, besonders zynisch anmutet.

Mit der Diskreditierung Chen Yis gingen alle wesentlichen Entscheidungskompetenzen in außenpolitischen Fragen endgültig auf Mao Zedong selbst und Zhou Enlai über. Mao traf fortan alle wichtigen Entscheidungen, und Zhou Enlai kümmerte sich um Administration und das praktische Tagesgeschäft. Diese Macht sollten sie bis 1974 behalten, bis sich schließlich beider Gesundheit soweit verschlechterte, dass Deng Xiaoping vorübergehend die Führung des politischen Tagesgeschäfts übernahm (Lu 2000:166).

6.2.2 Zhenbao: Innenpolitisches Kalkül?

Wie in Kapitel 5.2. ausgeführt, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Volksrepublik China bei der Eskalation am Ussuri der Aggressor war. Somit bleibt allerdings noch immer die Frage offen nach der Motivation, die hinter einer derartigen Provokation steckte – vor allem auch angesichts der durchaus vorhandenen Sicherheitsbedenken auf Seiten der chinesischen Führung gegenüber der Nuklearmacht Sowjetunion. Während die Möglichkeit der „Zurschaustellung chinesischer Entschlossenheit“ als Grund für den Angriff schon in Kapitel 5.2. beschrieben wurde, soll im folgenden kurz auf mögliche innenpolitische Wurzeln der Eskalation eingegangen werden.

Spekulationen über eigenmächtiges Handeln der lokalen Grenztruppen oder die Möglichkeit eines „lokal begrenzten Zwischenfalls“ (Robinson 1991:261-262) wirken angesichts der Tragweite der Ereignisse nur begrenzt glaubwürdig. Eine weitere Erklärungsmöglichkeit wäre der andauernde Fraktionenkampf in Beijing gewesen. Es existierten Spannungen zwischen dem gemäßigten Zhou Enlai und Verteidigungsminister Lin Biao, und eine mögliche Kriegsgefahr hätte Lin Biaos Machtposition gestärkt (Robinson 1991:262). Die dritte Möglichkeit wäre die eines „Ablenkungsmanövers“, welches die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von der inneren Situation Chinas wegbewegen und deren nationalistischen Enthusiasmus für ein weiteres Erstarken der Massenbewegung wecken sollte (Robinson 1991:263).

Robinson (1991:264) argumentiert, dass eine Kombination aus den Möglichkeiten „präventive Abschreckung“ und „Ablenkung von der innenpolitischen Lage“ die wahrscheinlichste Antwort wäre. Vor allem die scheinbare Abwesenheit eines Disputs innerhalb der chinesischen Führung zu dem Thema sieht er als Indikator dafür an, dass sich die Führung in der Frage einig gewesen wäre, was für das „Ablenkungs-Argument“ sprechen würde. In jedem Fall war sich, nach Robinson (1991:263), die chinesische Führung der Stärke der Sowjetunion bewusst und nahm demzufolge einen möglichen Vergeltungsschlag bewusst in Kauf.

Dass dieser Vergeltungsschlag so stark ausfallen sollte, überraschte Beijing allerdings. Robinson (1991:219) meint dazu, dass diese unerwartet starke Reaktion den Verlauf der Kulturrevolution beeinflusst und zum Ende der „aktiven Phase“ geführt habe.

6.2.3 Mao Zedong und das Sino-US-Rapprochement

Die Aussöhnung Chinas mit den Vereinigten Staaten ergab sich sowohl aus der strategischen als auch aus der politischen Notwendigkeit heraus. Mao Zedong verstand als Schlüsselfigur der Annäherung zwar das Gebot der Stunde, stand diesem Prozess allerdings skeptisch gegenüber. Diese Ambivalenz war auch der Grund für die Tatsache, dass Mao weiter in kulturrevolutionärer Manier diejenigen in der chinesischen Führung bekämpfte, die „viel eher bereit gewesen wären, die politischen und ideologischen Auswirkungen eines international engagierten Chinas zu würdigen“ (Pollack 1991:402).

Li Jie (2005:57-58) meint, dass für Mao Zedong die innere und äußere Stabilität miteinander verknüpft waren. Mit dem 9. Parteikongress im April 1969 schien sich die innere Situation zu verbessern, auch wenn die Kontrolle weiterhin in der Hand der Vertreter der „ultra-linken Ideologie“ lag. Diese wollten weiterhin ein angespanntes Verhältnis zu beiden Supermächten, um innenpolitisch ihre Macht zu erhalten. Mao Zedong jedoch strebte eine Konsolidierung der inneren Verhältnisse an und warnte ab April 1969 vermehrt vor der Gefahr eines Krieges. Damit wollte er den Fraktionskämpfen entgegenwirken und das Land einen.

6.2.3.1 Warum Amerika?

In diese Phase fallen auch die ersten „Gesten“ in Richtung der Vereinigten Staaten, denn im Jänner 1969 wurde die Antrittsrede des neuen US-Präsidenten Nixon in voller Länge und unkommentiert abgedruckt,⁹⁶ was auf persönliche Anordnung Mao Zedongs geschah (Chen 2001:238). Es

⁹⁶ Vgl. Kapitel 5.3.

bleibt allerdings immer noch die Antwort auf die Frage nach dem „Warum gerade Amerika?“

Chen Jian (2001:242-242) argumentiert, dass mit der ideologischen Neukategorisierung der Sowjetunion als „sozialimperialistisches Land“ diese in den Augen Mao Zedongs zum neuen „Hauptfeind“ aufstieg. Die Vereinigten Staaten waren zwar noch immer ebenfalls Feind, aber „Sozialimperialismus“ wog schwerer als „US-Imperialismus“. Dazu kam, dass Mao Zedong die Kulturrevolution ursprünglich ausgerufen hatte, um die Volksrepublik China davor zu bewahren, „kapitalistisch-revisionistisch“ wie die Sowjetunion zu werden. Somit identifizierte Mao die Sowjetunion unter allen imperialistischen Staaten als den gefährlichsten.

Weiters findet Chen (2001:244) in der Tatsache, dass die Kulturrevolution 1968/69 an Radikalität verlor und dass sich Mao Zedong selbst „gegen die Massen“ stellte,⁹⁷ um wieder Ordnung herzustellen, ein Indiz für das Umdenken auch in außenpolitischen Fragen. Die Revolution hatte an Fahrt verloren, war jedoch noch nicht beendet. In diesem Kontext fing Mao nun an, die Wichtigkeit der „Konsolidierung“ der bisherigen Errungenschaften der Kulturrevolution zu betonen, und dabei veränderte sich auch sein Weltbild. China war nun nicht mehr der „kompromisslose Herausforderer der alten Welt“, sondern fand sich als ein Teil der sich stetig verändernden Welt wieder. In diese veränderten Rahmenbedingungen fielen nun die Zusammenstöße mit der Sowjetunion am Ussuri, was Mao zum Umdenken in der außenpolitischen Strategie

⁹⁷ Mao Zedong hatte die sich gegenseitig bekämpfenden Studentenfraktionen aufgefordert, zusammenzustehen und gemeinsam „revolutionäre Allianzen“ zu bilden. Nach einem weiteren Zwischenfall an der Qinghua Universität im Juli 1968 kritisierte Mao die Studentenfürher scharf und schickte 30.000 [sic] Arbeiter und Soldaten zur Qinghua, um die Studentengruppen zu entwaffnen. Es kam zu schweren Gefechten, bei denen 5 Mitglieder der Arbeiter/Soldaten-Truppe getötet und mehr als 700 verletzt wurden (Barnouin / Yu 1993:160-162).

veranlasste. Chen (2001:242) meint hierbei, dass sich Maos ideologische Ansichten im Angesicht der Situation verändert hätten:

In terms of the relations between ideology and security concerns the Sino-American rapprochement was less a case in which ideological beliefs yielded to the security interests than one in which ideology, as an essential element in shaping foreign policy decisions, experienced subtle structural changes as a result of the fading status of Mao's continuous revolution.

Im Schatten des Einmarschs der sowjetischen Truppen in der Tschechoslowakei und der darauf folgenden Breschnew-Doktrin⁹⁸ wurden die internationalen Entwicklungen in Mao Zedongs Aufmerksamkeit immer wichtiger. Er versuchte, die internationalen Zusammenhänge besser zu verstehen. In diesem Zusammenhang ist auch die Aktivierung der „Vier Marschälle“ zu sehen, die er im März 1969 anwies, gemeinsam die Lage in der Welt zu diskutieren und dem Zentralkomitee danach ihre Meinung zu unterbreiten. In ihren ersten Berichten, welche die Marschälle kurz nach der Ussuri-Eskalation fertig stellten, drückten sie ihre Zweifel aus, dass die Sowjetunion bereit zu einem groß angelegten Krieg gegen China wäre. Nirgendwo in den Berichten stand etwas von einer möglichen Annäherung an die Vereinigten Staaten (Chen 2001:245-246).

Nach dem 9. Parteitag, der vom 1. bis 24. April abgehalten wurde und im Zuge dessen in Lin Biaos Abschlussbericht klar die Vereinigten Staaten angegriffen worden war, waren sich die Marschälle nicht sicher, wie sie weiter zu verfahren hätten. Sie waren als Beteiligte der Februar-Gegenströmung noch immer „personae non gratae“,⁹⁹ und obwohl sie von Mao Zedong im Anschluss an den Parteikongress aufgefordert wurden, ihre Treffen wiederaufzunehmen, hatten sie Sorge, dass es neuerlich

⁹⁸ Vgl. Kapitel 5.2 und zur Breschnew-Doktrin besonders Fußnote 51.

⁹⁹ Laut MacFarquhar / Schoenhals (2006:315) befanden sich die Marschälle in „semidisgrace“ („Halb-Unnade“).

negativ auf sie zurückfallen könnte, wenn sie eine „falsche Linie“ vertreten würden. Würden sie sich allerdings streng an die offizielle Linie des Parteitages halten, so wäre ihre Arbeitsgemeinschaft sinnentleert. Zhou Enlai versicherte ihnen dann Mitte Mai, dass sie deswegen von Mao Zedong ausgewählt worden wären, weil die internationale Situation sehr kompliziert sei und ihre Erfahrung und Expertise in strategischen Fragen benötigt werden würde. Sie sollten sich an keinerlei „bestehenden Rahmen“ halten, um Mao Zedong zu helfen, die „neuen strategischen Tendenzen zu verstehen“ (Chen 2001:246-247).

In ihrem Bericht vom 11. Juli nahmen die Marschälle ausführlich zur Kriegsgefahr durch die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion Stellung. Sie kamen zu dem Entschluss, dass es unwahrscheinlich wäre, dass eine der beiden Großmächte China angreifen würde, genauso unwahrscheinlich wie ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion selbst. Auch in diesem Bericht wurde nicht über eine mögliche Annäherung an Amerika gesprochen (Chen 2001:247) .

Am 29. Juli trafen sich die Marschälle wieder. In der Zwischenzeit waren sowohl Gesten zur Verständigung aus den Vereinigten Staaten gekommen, als auch der sowjetische Vorschlag zu Verhandlungen. Die Marschälle überlegten, inwieweit man die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten gegeneinander ausspielen könnte und schlugen vor, mit der Sowjetunion in Verhandlungen einzutreten, um die eigene Verhandlungsposition gegenüber Amerika zu stärken. Jedoch – noch bevor der endgültige Bericht abgefasst werden konnte, ereigneten sich die Zusammenstöße vom 13. August an der Grenze in Xinjiang. Dies stärkte den Punkt, mit beiden Großmächten zu verhandeln, und zusätzlich dazu die Botschaftergespräche von Warschau wiederaufzunehmen, „wenn die Zeit reif wäre“. Wie auch in Kapitel 5.4.1 angeführt, empfahlen Chen Yi

und Ye Jianying abschließend, dass „die Amerika-Karte gespielt werden sollte“, um für einen möglichen Angriff der Sowjetunion gerüstet zu sein. (Chen 2001:248-249).

In einem privaten Gespräch mit Zhou Enlai riet Chen Yi darüber hinaus dazu, dass China in Verbindung mit den Warschauer Botschaftergesprächen die Initiative ergreifen und Gespräche von höherrangigen Gesandten, möglicherweise sogar auf Ministerebene oder höher, initiieren solle, um „grundlegende Probleme in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen zu lösen“ (Chen 2001:249 und MacFarquhar / Schoenhals 2006:316).

Damit war der erste Schritt getan.

7 Fazit

Weder mit dem neorealistischen, noch mit dem innenpolitischen Ansatz allein stehend kann die Veränderung in der chinesischen Außenpolitik 1969 vollständig und befriedigend erklärt werden. Was bleibt, ist die Antwort auf die Frage, welcher der beiden Zugänge sich nachvollziehbarer einer möglichen Erklärung *annähert*.

Aus den Erkenntnissen aus Kapitel 5 kann geschlossen werden, dass der neorealistische Ansatz prinzipiell „funktioniert“. Die Volksrepublik China hatte ein Sicherheitsproblem, und sie reagierte darauf so, wie es die neorealistische Theorie voraussagen würde: Sie wandte sich einem strategischen Partner zu.

Der neorealistische Ansatz koppelt die Entscheidungen für oder gegen eine bestimmte Richtung in der Außenpolitik von den handelnden Personen ab, und stellt die gesamte Außenpolitik eines Staates in den Kontext des internationalen Systems. Ob nun Mao Zedong oder Zhou Enlai oder irgendjemand anders die Entscheidungen getroffen hat, spielt keine Rolle, denn die Entscheidungen werden erst ab der „Staatsebene“ relevant. Somit sind auch alle anderen Faktoren, wie innenpolitische Voraussetzungen oder ideologische Einschränkungen hinfällig, denn diese spielen im neorealistischen Verständnis keine Rolle.

Auch der Umkehrschluss ist möglich, nämlich dass die Wende in der chinesischen Außenpolitik 1969 ein Indiz für die Richtigkeit der Theorie des defensiven Neorealismus ist. Geht man von China als dem passiven Akteur aus, der von zwei aktiven, relativ stärkeren, Akteuren bedroht wird, so wird der staatliche „Selbsterhaltungstrieb“ schlagend. Die Sicherheitsfrage gewinnt gegenüber allen anderen, ideologisch oder

anderwärtig motivierten, Strategien die Oberhand. Der Staat versucht sich aus der Gefahrenzone herauszubewegen und geht mit einem der Akteure ein, in diesem Fall informelles, Bündnis ein, um seine eigene Position gegenüber dem anderen bedrohenden Akteur zu stärken.

Somit scheint sich der Neorealismus als ein sehr „praktischer“ theoretischer Ansatz zu erweisen, mit welchem man einfach alle Faktoren eliminieren kann, die nicht in das Modell passen, frei nach „Ceteris Paribus“, wie in Kapitel 2.3 beschrieben. Dies dürfte auch der Grund sein, warum sich dieser Ansatz im Diskurs durchgesetzt zu haben scheint, denn er ist nur schwer zu widerlegen.

Die Alternative, der innenpolitische Ansatz, wirkt in Fragen der Außenpolitik allerdings fragmentiert und bietet keine schlüssige Erklärung dafür, warum sich die Volksrepublik China Ende der 1960er Jahre den Vereinigten Staaten angenähert hat. Teiwes / Sun (2007:54-55) beispielsweise führen als Begründung für die Umlagerung in der chinesischen Außenpolitik 1969 an:

By early 1969 [sic] the Chairman adopted a new foreign policy approach including the initial moves that would lead to the rapprochement with the US [...]. More generally, Mao introduced a new foreign policy framework of rallying a broad coalition of international forces – essentially nation-states of any stripe from European democracies to the Greek military junta to third world dictatorships – against the two superpowers.

Die in obigem Zitat angesprochene Politik Mao Zedongs eines möglichen „Bündnisses gegen die beiden Supermächte bei gleichzeitiger Annäherung an eine der beiden Supermächte“ wirkt paradox. Teiwes / Sun beziehen sich hier auf eine Linie, die später zur „Drei-Welten-Theorie“ werden sollte (Teiwes / Sun 2007:87), führen aber an dieser Stelle nicht weiter aus, wie dieser Ansatz tatsächlich mit den Entwicklungen 1969 in

Einklang zu bringen ist. Allerdings bieten sie die Vermutung an, dass Mao Zedong „nicht sehr berechenbar war“ (Teiwes / Sun 2007:86) und dass er mit der Rapprochement-Politik Amerika und die Sowjetunion gegeneinander ausspielen wollte (Teiwes / Sun 2007:87).

Was Chen Jians Ausführungen (6.2.3.1) betrifft, so bieten diese zwar einen unkonventionellen Ansatz, Chen (2001:241) räumt allerdings selbst ein, dass für den konventionellen, sprich neorealistischen, Ansatz die „starke historische Beweislage“ spreche. Khoo (2005:539) kritisiert an Chen Jians Ansatz, dass er der Ideologie einen „tieferen Sinn“ zuschreibe, ohne dies jedoch hinreichend belegen zu können. Tatsächlich wird auch aus Kapitel 6.2.3.1 deutlich, dass Mao Zedong zwar möglicherweise einen ideologischen Hintergrund hatte, sich aber dann dennoch aus sicherheitspolitischen und strategischen Gründen für die Vereinigten Staaten entschied.

Dem innenpolitischen Ansatz muss allerdings zugute gehalten werden, dass er die letzte innerstaatliche Entscheidungsinstanz in die Gleichung „China plus Ausland“ einbringt, was zur Folge hat, dass bei einer Gesamtbetrachtung Mao Zedongs persönlicher Einfluss auf die letztendlichen Entscheidungen nicht völlig ignoriert werden sollte. Mit dem innenpolitischen Ansatz erkennt man die Entscheidungsstruktur und die Tatsache, dass Mao Zedong die letzte Instanz bei allen Fragen und Problemen darstellte, an. Was Mao anordnete, das wurde gemacht.

Dennoch waren die wesentlichen Entscheidungen in den späteren Jahren der Kulturrevolution selbst klar nach Motiven getroffen worden, die eher mit der neorealistischen Theorie nachvollziehbar werden, denn aus dem innenpolitischen Ansatz heraus lässt sich der „Schwenk“ in Richtung Rapprochement mit den Vereinigten Staaten nicht befriedigend erklären.

Dass die Entscheidungen von Mao Zedong ausgegangen sind, und das in den Jahren des Höhepunkts der Kulturrevolution, macht diese Erkenntnis nur umso pikanter.

8 Literaturverzeichnis

Armstrong, J.D. (1977), *Revolutionary Diplomacy. Chinese Foreign Policy and the United Front Doctrine*. Berkeley: University of California Press.

Barnouin, Barbara / Yu Changgen (1993), *Ten Years of Turbulence. The Chinese Cultural Revolution*. London: Kegan Paul.

Barnouin, Barbara / Yu Changgen (1998), *Chinese Foreign Policy during the Cultural Revolution*. London: Kegan Paul.

Black, John (2002), „ceteris paribus“ [Lexikoneintrag], in *A Dictionary of Economics*. Oxford: Oxford University Press, Oxford Reference Online. Online unter:
<http://www.oxfordreference.com/views/ENTRY.html?subview=Main&entry=t19.e389> (17. Juli 2008).

Burr, William (2001), „Sino-American Relations, 1969: The Sino-Soviet Border War and Steps Towards *Rapprochement*“, in *Cold War History*, April 2001, Vol. 1, No. 3, 73-112.

Chan, Stephen (1994), „Beyond the north-west: Africa and the east“, in Groom, A.J.R / Light, Margot (Hrsg.), *Contemporary International Relations: A Guide to Theory*. London: Pinter Publishers, 237-254.

Chang, David Wen-wei (1998), „Deng Xiaoping“ [Lexikoneintrag], in Wang Ke-Wen (Hrsg.), *Modern China. An Encyclopedia of History, Culture, and Nationalism*. New York: Garland Publishing, 94-96.

Chang, Parris H. (1990), *Power and Policy in China*. Dubuque, Iowa: Kendall / Hunt Publishing Company.

Chen Jian (2001), *Mao's China and the Cold War*. Chapel Hill, North Carolina: University of North Carolina Press.

Connolly, Chris (2005), „The American Factor: Sino-American *Rapprochement* and Chinese Attitudes to the Vietnam War, 1968-72“, in *Cold War History*, November 2005, Vol. 5, No. 4, 501-527.

Cronkite, Walter (2004), „Gulf of Tonkin's Phantom Attack. Faulty Intelligence Played Role in Decision to Engage Viet Cong“, in *National Public Radio*. Online unter:

<http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=3810724> (14. August 2008).

Der Spiegel (1969), „Grenzkonflikt: Tolle Hunde“, 24.3.1969, Nr. 13, 139-142.

Der Spiegel (1969), „Ussuri-Konflikt: Zwei Fronten“, 17.3.1969, Nr. 12, 127-131.

Die Presse (2008), „Russland und China legen Grenzstreitigkeiten bei“, 14.10.2008,
<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/422499/index.do>
(14.10.2008).

Domes, Jürgen / Näth, Marie-Luise (1972), *Die Außenpolitik der Volksrepublik China*. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.

Fairbank, John K. (1989), *Geschichte des modernen China 1800-1985*. München: DTV.

Faligot, Roger / Kauffer, Rémi (1988), *Der Meister der Schatten. Kang Sheng und der chinesische Geheimdienst 1927-1987*. München: Ehrenwirth Verlag.

Ferguson, Niall (2004), „A World Without Power“, in *Foreign Policy*, August 2004. Online unter:
http://www.niallferguson.org/publications/A_World_Without_Power_as_published_in_Foreign_Policy.pdf (3. Juli 2008).

Gao Wenqian (2007), *Zhou Enlai. The Last Perfect Revolutionary*. New York: Public Affairs.

Goldstein, Lyle J. (2001), „Return to Zhenbao Island: Who Started Shooting and Why it Matters“, in *China Quarterly*, Dezember 2001, No. 168, 985-997.

Goldstein, Steven M. (1997), „Nationalism and Internationalism: Sino-Soviet Relations“, in Robinson, Thomas W. / Shambaugh David (Hrsg.), *Chinese Foreign Policy: Theory and Practice*. Oxford: Oxford University Press, 224-265.

Gray, Jack (2002), *Rebellions and Revolutions. China from the 1800s to 2000s*. Oxford: Oxford University Press.

Grießler, Margareta (2004), „Außenbeziehungen Chinas zwischen 1600 und 1900“, in Linhart, Sepp / Weigelin-Schwiedrzik (Hrsg.), *Ostasien 1600-1900: Geschichte und Gesellschaft*. Wien: Promedia, 99-114.

Grobe, Karl (1980), *Chinas Weg nach Westen. Pekings neue Außenpolitik und ihre Hintergründe*. Frankfurt: China Studien- und Verlagsgesellschaft.

Groom, A.J.R. (1994), „Introduction: The Past as Prelude“, in Groom, A.J.R / Light, Margot (Hrsg.), *Contemporary International Relations: A Guide to Theory*. London: Pinter Publishers, 1-6.

Hamm, Harry (1975), „Die außenpolitische Praxis gegenüber der Sowjetunion, den USA und Japan“, in Von Groeling, Erik / Näth, Marie-Luise (Hrsg.), *Die Außenpolitik Chinas: Entscheidungsstruktur, Stellung in der Welt, Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland*. München: Oldenbourg Verlag, 235-256.

Hamrin, Carol Lee (1997), „Elite Politics and Foreign Relations“, in Robinson, Thomas W. / Shambaugh David (Hrsg.), *Chinese Foreign Policy: Theory and Practice*. Oxford: Oxford University Press, 70-112.

Harding, Harry (1991), „The Chinese State in Crisis“, in Fairbank, John K. / MacFarquhar, Roderick (Hrsg.), *The Cambridge History of China, Bd. 15, The People's Republic, Part 2: Revolutions within the Chinese Revolution 1966-1982*. Cambridge: Cambridge University Press, 107-217.

He Gaochao (1998), „Liu Shaoqi“ [Lexikoneintrag], in Wang Ke-Wen (Hrsg.), *Modern China. An Encyclopedia of History, Culture, and Nationalism*. New York: Garland Publishing, 191-192.

Hsü, Immanuel C. Y. (1995), *The Rise of Modern China*. Oxford: Oxford University Press.

Jin Chongji 金冲及 (2003), *Mao Zedong zhuan*. 毛泽东传. Beijing: Zhongyang wenxian chubanshe. 北京: 中央文献出版社.

Judt, Tony (2005), *Postwar: A History of Europe since 1945*. New York: Penguin Press.

Kennedy, Paul M. (1996), *Aufstieg und Fall der großen Mächte: Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*. Frankfurt: Fischer-Taschenbuch-Verlag.

Khoo, Nicholas (2005), „Realism Redux: Investigating the Causes and Effects of Sino-US Rapprochement“, in *Cold War History*, November 2005, Vol. 5, No. 4, 529-549.

Kissinger, Henry (1994), *Diplomacy*. New York: Simon & Schuster.

Kissinger, Henry A. (1979), *White House Years*. Boston: Little, Brown and Company.

Krell, Gert (2004), „Theorien in den Internationalen Beziehungen“, in Krell, Gert / Knapp, Manfred (Hrsg.), *Einführung in die internationale Politik*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 62-90.

Lehmkuhl, Ursula (2001), *Theorien Internationaler Politik*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Leutner, Mechthild (1999), „China unter Mao. Leitlinien der politischen Entwicklung 1949-1978“, in Linhart, Sepp / Pilz, Erich (Hrsg.), *Ostasien: Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*. Wien: Promedia, 109-132.

Levine, Steven I. (1997), „Perception and Ideology in Chinese Foreign Policy“, in Robinson, Thomas W. / Shambaugh David (Hrsg.), *Chinese Foreign Policy: Theory and Practice*. Oxford: Oxford University Press, 30-46.

Li Danhui 李丹慧 (1996), „1969 nian Zhong-Su bianjie chongtu: yuanqi he jieguo“ 1969年中苏边界冲突：缘起和结果, in *Dangdai Zhongguo shi yanjiu* 当代中国史研究, 1996, No. 3, 39-50.

Li Danhui 李丹慧 (2002), „Zhongmei huanhe yu yuan yue kang mei – Zhongguo waijiao zhanlüe tiaozheng zhongde yuennan yinsu“ 中美缓和与援越抗美 —— 中国外交战略调整中的越南因素, in *Dangde wenxian* 党的文献, 2002, No. 3, 67-77.

Li Jie (2005), „China's Domestic Politics and the Normalization of Sino-U.S. Relations, 1969-1979“, in Kirby, William C. / Ross, Robert S. / Gong Li (Hrsg.), *Normalization of U.S.-China Relations. An International History*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press, 56-89.

Lieberthal, Kenneth (1995), *Governing China: From Revolution Through Reform*. New York: W.W. Norton & Company.

Link, Werner (1998), „Zur weltpolitischen Aktualität des Mächtegleichgewichts (Balance of Power)“, in Masala, Carlo / Roloff, Ralf (Hrsg.), *Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationalen Politik*. Köln: SH-Verlag, 15-30.

Löwenthal, Richard (1975), „Chinas Perzeption der internationalen Konstellation und seine nationalen Interessen“, in Von Groeling, Erik / Näth, Marie-Luise (Hrsg.), *Die Außenpolitik Chinas: Entscheidungsstruktur, Stellung in der Welt, Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland*. München: Oldenbourg Verlag, 139-161.

Lu Ning (2000), *The Dynamics of Foreign-Policy Decisionmaking in China*. Boulder, Colorado: Westview Press.

Ma Jisen 馬繼森 (2003), *Waijiaobu wenge jishi*. 外交部文革記實. Hongkong: Zhongwen daxue chubanshe. 香港: 中文大學出版社.

MacFarquhar, Roderick (1972), *Sino-American Relations, 1949-71*. Newton Abbot: David & Charles Publishers.

MacFarquhar, Roderick / Schoenhals, Michael (2006), *Mao's Last Revolution*. Cambridge, Massachusetts: Belknap Press.

Masala, Carlo (2005), *Kenneth N. Waltz. Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Mearsheimer, John J. (2001), *The Tragedy of Great Power Politics*. New York: W.W. Norton & Company.

Mearsheimer, John J. (2006a), „China's Unpeaceful Rise“, in *Current History*, April 2006, Vol. 105, Nr. 690, 160-162.

Mearsheimer, John J. (2006b), „Structural Realism“, in Dunne, Tim / Kurki, Milja / Smith, Steve (Hrsg.), *International Relations Theories: Discipline and Diversity*. Oxford: Oxford University Press, 71-88.

Menzel, Ulrich (2001), *Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen*. Frankfurt: Suhrkamp.

Möller, Kay (2005), *Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949-2004*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Morgenthau, Hans (1963), *Macht und Frieden*. Gütersloh: Bertelsmann.

Nathan, Andrew J. / Ross, Robert S. (1997), *The great wall and the empty fortress: China's search for security*. New York: W.W. Norton & Company.

Nau, Henry R. (2001), „Why 'The Rise and Fall of the Great Powers' was wrong“. In *Review of International Studies*, 27, 579-592.

Naughton, Barry (1988), „The Third Front: Defence Industrialization in the Chinese Interior“, in *The China Quarterly*, September 1988, Nr. 115, 351-386.

Nguyen Manh Hong (1979), „The Sino-Vietnamese Conflict: Power Play among Communist Neighbors“, in *Asian Survey*, November 1979, Vol.19, Nr.11, 1937-1052.

Nye, Joseph S. Jr. (1988), „Neorealism and Neoliberalism“, in *World Politics*, Jänner 1988, Vol. 40, Nr. 2, 235-251.

Osterhammel, Jürgen (1989), *China und die Weltgesellschaft: Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit*. München: C.H. Beck.

Pfennig, Werner (1980), *Chinas außenpolitischer Sprung nach vorn: Die Außen- und Sicherheitspolitik der Volksrepublik China vom Ende der Kulturrevolution bis zum Vorabend der Chinareise Nixons (1969-1971)*. Paderborn: Schöningh.

Pollack, Jonathan D. (1991), „The Opening to America“, in Fairbank, John K. / MacFarquhar, Roderick (Hrsg.), *The Cambridge History of China, Bd. 15, The People's Republic, Part 2: Revolutions within the Chinese Revolution 1966-1982*. Cambridge: Cambridge University Press, 402-472.

Prados, John (2004), „The Gulf of Tonkin Incident, 40 Years Later. Flawed Intelligence and the Decision for War in Vietnam“, in *The National Security Archive*. Online unter:

<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB132/index.htm> (zuletzt eingesehen am 14. August 2008).

Robinson, Thomas (1991), „China confronts the Soviet Union: warfare and diplomacy on China's Inner Asian frontiers“, in Fairbank, John K. / MacFarquhar, Roderick (Hrsg.), *The Cambridge History of China, Bd. 15, The People's Republic, Part 2: Revolutions within the Chinese Revolution 1966-1982*. Cambridge: Cambridge University Press, 218-301.

Rogers, Frank E. (1976), „Sino-American Relations and the Vietnam War, 1964-66“, in *The China Quarterly*, Juni 1976, No. 66, 293-314.

Schell, Orville (1994), „Review: Dragons and Dungeons“, in *The China Quarterly*, Sept. 1994, No. 139, 783-793.

Schram, Stuart R. (1991), „Mao Tse-tung's thought from 1949 to 1976“, in Fairbank, John K. / MacFarquhar, Roderick (Hrsg.), *The Cambridge History of China, Bd. 15, The People's Republic, Part 2: Revolutions within the Chinese Revolution 1966-1982*. Cambridge: Cambridge University Press, 1-104.

Schweller, Randall L. (1994), „Bandwagoning for Profit: Bringing the Revisionist State Back In“, in *International Security*, Sommer 1994, Vol. 19, No. 1, 72-107.

Schweller, Randall L. (1997), „New Realist Research on Alliances: Refining, not Refuting, Waltz's Balancing Position“, in *The American Political Science Review*, Dez. 1997, Vol. 91, No. 4, 923-930.

Schweller, Randall L. (2004), „Unanswered Threats. A Neoclassical Realist Theory of Underbalancing“, in *International Security*, Vol. 29, No. 2, Herbst 2004, 159–201.

Shambaugh, David L. / Wang Jisi (1984), „Research on International Studies in the People's Republic of China“, in *PS*, Herbst 1984, Vol. 14, No. 4, 758-764.

Siedschlag, Alexander (1997), *Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Beispiel internationale Sicherheit – Theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Siedschlag, Alexander / Opitz, Anja / Troy, Jodok / Kuprian, Anita (2007), *Grundelemente der internationalen Politik*. Wien / Köln / Weimar: Böhlau Verlag.

Sinigoj, Gabriele (2007), „Kalter Krieg in Ostasien: Der Korea Krieg“, in Linhart, Sepp / Weigelin-Schwiedrzik, Susanne (Hrsg.), *Ostasien im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft*. Wien: Promedia, 77-97.

Song Yongyi (2001), „The Role of Zhou Enlai in the Cultural Revolution: A Contradictory Image from Diverse Sources“, in *Issues & Studies*, März/April 2001, No. 2, 1-28.

Spence, Jonathan D. (2001), *Chinas Weg in die Moderne*. München: DTV.

Sweeney, Kevin / Fritz, Paul (2004), „Jumping on the Bandwagon: An Interest-Based Explanation for Great Power Alliances“, in *The Journal of Politics*, Mai 2004, Vol. 66, No. 2, 428-449.

Taliaferro, Jeffrey W. (2006), „State Building for Future Wars: Neoclassical Realism and the Resource-Extractive State“, in *Security Studies* 15, No. 3, Juli–September 2006, 464–495. Online unter: <http://ase.tufts.edu/polsci/faculty/taliaferro/futureWars2006.pdf> (30. Okt. 2008).

Teiwes, Frederick C. / Sun, Warren (2007), *The End of the Maoist Era: Chinese Politics During the Twilight of the Cultural Revolution, 1972-1976*, New York: M.E. Sharpe.

The Au Duong (1979), *Die Vietnampolitik der USA – von der Johnson- zur Nixon-Kissinger-Doktrin. Oder: Die Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik*. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Van Ness, Peter (1971), *Revolution and Chinese Foreign Policy. Peking's Support for Wars of National Liberation*. Berkeley: University of California Press.

Vogt, Thomas (1999), *Der Neorealismus in der internationalen Politik: Eine wissenschaftstheoretische Analyse*. Wiesbaden: DUV.

Walt, Stephen M. (1985), „Alliance Formation and the Balance of World Power“, in *International Security*, Frühjahr 1995, Vol. 9, No. 4, 3-43.

Waltz, Kenneth N. (1975), „Theory of International Relations“, in Greenstein, Fred I. / Polsby, Nelson W. (Hrsg.), *International Politics: Handbook of Political Science*, Vol. 8. Reading: Addison-Wesley, 1-86.

Waltz, Kenneth N. (1979), *Theory of International Politics*. New York: McGraw-Hill.

Waltz, Kenneth N. (1986), „Anarchic Orders and Balances of Power“, in Keohane, Robert O. (Hrsg.), *Neorealism and Its Critics*. New York: Columbia University Press.

Waltz, Kenneth N. (1990), „Realist Thought and Neorealist Theory“, in *Journal of International Affairs*, Spring/Summer 1990, Vol. 44, No. 1, 21-37.

Waltz, Kenneth N. (2000), „Structural Realism after the Cold War“, in *International Security*, Sommer 2000, Vol. 25, No. 1, 5-41.

Wang Jisi (1997), „International Relations Theory and the Study of Chinese Foreign Policy: A Chinese Perspective“, in Robinson, Thomas W. / Shambaugh David (Hrsg.), *Chinese Foreign Policy: Theory and Practice*. Oxford: Oxford University Press, 481-505.

Wang Ke-Wen (1998), „Jiang Qing“ [Lexikoneintrag], in Wang Ke-Wen (Hrsg.), *Modern China. An Encyclopedia of History, Culture, and Nationalism*. New York: Garland Publishing, 158-159.

Wang Zhongchun 王仲春 (2002), „Zhong-mei guanxi zhengchanghua jincheng zhong de sulian yinsu (1969-1979)“ 中美关系正常化进程中的苏联因素 (1969-1979), in *Dangde wenxian* 党的文献, No. 4, 2002, 50-60.

Weggel, Oskar (1977), *Die Außenpolitik der VR China*. Stuttgart: Kohlhammer.

Weigelin-Schwiedrzik, Susanne (2008), „China: Das Zentrum der (Welt)-revolution? Die chinesische Kulturrevolution und ihre internationale Ausstrahlung“, unveröffentlichtes Manuskript zu einem Vortrag auf der ITH-Konferenz „1968 in globaler Perspektive“, Linz, September 2008.

Weiß, Ulrich (2002), „Ideologie/Ideologiekritik“ [Lexikoneintrag], in Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.), *Lexikon der Politikwissenschaft*, Band 2. München: C.H. Beck, 333-334.

Whyte, Martin King (1991), „Urban Life in the People's Republic“, in Fairbank, John K. / MacFarquhar, Roderick (Hrsg.), *The Cambridge History of China, Bd. 15, The People's Republic, Part 2: Revolutions within the Chinese Revolution 1966-1982*. Cambridge: Cambridge University Press, 682-742.

Wu Tien-wei (1998), „Lin Biao“ [Lexikoneintrag], in Wang Ke-Wen (Hrsg.), *Modern China. An Encyclopedia of History, Culture, and Nationalism*. New York: Garland Publishing, 187-188.

Xia Yafeng (2006a), „China's Elite Politics and Sino-American Rapprochement, January 1969-February 1972“, in *Journal of Cold War Studies*, Fall 2006, Vol. 8, No. 4, 3-28.

Xia Yafeng (2006b), *Negotiating with the Enemy: U.S.-China Talks During the Cold War, 1949-1972*. Indianapolis: Indiana University Press.

Yang Kuisong (2000), „The Sino-Soviet Border Clash of 1969: From Zhenbao Island to Sino-American *Rapprochement*“, in *Cold War History*, August 2000, Vol. 1, No. 1, 21-52.

Zhai Qiang (2000), *China and the Vietnam Wars, 1950-1975*. Chapel Hill, North Carolina: University of North Carolina Press.

Zhang Shude 张树德 (2007), „Zhou Enlai hua jie Zhongguo waijiao bingdian“ 周恩来化解中国外交冰点, in *Dangzheng Luntan. Ganbu Wenzhai* 党政论坛 • 干部文摘. 2007, No. 10, 14-15.

Zöller, Walter (1977), „Das Verhältnis zwischen Zielen und Mitteln beim außenpolitischen Handeln“, in Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.), *Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung*. München: Piper & Co, 156-169.

9 Glossar

Alphabetisch sortierte Aufstellung der relevantesten im Text angeführten Namen und Begriffe in Pinyin-Umschrift mit Tonzeichen und in chinesischen Zeichen:

Chen Boda	Chén Bódá	陈伯达
Chen Yi	Chén Yì	陈毅
Demokratische Republik Vietnam ¹⁰⁰	Yuèán Mínhǔ Gònghéguó	越南民主共和国
Februar-Gegenströmung	èryuè nìliú	二月逆流
Große Proletarische Kulturrevolution	wúchǎnjiējí wénhuà dàgémìng	无产阶级文化大革命
Huarentang	Huáiréntáng	怀仁堂
Jiang Qing	Jiāng Qīng	江青
Kang Sheng	Kāng Shēng	康生
Lin Biao	Lín Biāo	林彪
Liu Shaoqi	Liú Shàoqí	刘少奇
Mao Zedong	Máo Zédōng	毛泽东
Marschall	yuánshuài	元帅

¹⁰⁰ Ab der Wiedervereinigung am 2. Juli 1976 „Sozialistische Republik Vietnam“.

Nie Rongzhen	Niè Róngzhēn	聂荣臻
Peng Zhen	Péng Zhēn	彭真
Renmin Ribao (Volkszeitung)	Rénmín Rìbào	人民日报
Sowjetunion	Sūlián	苏联
Tan Zhenlin	Tán Zhènlín	谭震林
Tiananmen (Tor d. himml. Friedens)	Tiān'ānmén	天安门
Ussuri	Wūsūlǐ Jiāng	乌苏里江
Vereinigte Staaten	Měiguó	美国
Xu Xiangqian	Xú Xiàngqián	徐向前
Ye Jianying	Yè Jiànyīng	叶剑英
Zentrale Kulturrevolutionsgruppe	zhōngyāng wéngé xiǎozǔ	中央文革小组
Zhenbao	Zhēnbǎo Dǎo	珍宝岛
Zhongnanhai	Zhōngnánhǎi	中南海
Zhou Enlai	Zhōu Ēnlái	周恩来

Zusammenfassung

Im Jahr 1969 erfolgte eine Umorientierung in der Außenpolitik der Volksrepublik China hin zum Rapprochement mit den Vereinigten Staaten. Angesichts der Tatsache, dass dies noch während der Kulturrevolution passierte, stellt sich die Frage nach dem Grund für diese Wendung, waren die Vereinigten Staaten doch seit der Gründung der Volksrepublik China der „Erzfeind“. In den meisten Studien zu diesem Thema wird der „Schwenk“ mit einer verstärkten sicherheitsstrategischen Problematik aufgrund der bewaffneten Zusammenstöße zwischen China und der Sowjetunion an der Grenzlinie 1969 erklärt.

Da das „Primat der Sicherheit“ die grundlegende These der Theorie des defensiven Neorealismus darstellt, wird als theoretisches Grundgerüst zunächst ebendiese Theorie näher vorgestellt und anschließend untersucht, inwieweit die Veränderung in der chinesischen Außenpolitik tatsächlich mit dieser Theorie erklärt werden kann. Dabei wird speziell auf die Beziehungen der Volksrepublik China zur Sowjetunion, zu den Vereinigten Staaten und zur Demokratischen Republik Vietnam eingegangen.

Dem „neorealistischen Ansatz“ wird danach mit dem „innenpolitischen Ansatz“ ein Alternativmodell gegenübergestellt, wo untersucht wird, ob sich die Veränderungen in der Außenpolitik auch anhand von innenpolitischen Vorgängen erklären lassen.

Diese beiden Ansätze werden schließlich im Fazit einem Vergleich unterzogen.

LEBENS LAUF

Geburtsdatum:	31. Mai 1976
Geburtsort:	Lilienfeld, Niederösterreich
Nationalität:	Österreich
1990-95	HTL Krems/Donau Abteilung für Restaurierung und Ortsbildpflege
1995-98	Universität Wien: Kunstgeschichte
1998-2004	Universität Wien: Sinologie
2003 <i>(Februar-Juli)</i>	大连外国语学院 Dalian University of Foreign Languages, China
2004	Universität Wien: Bakkalaureat in Sinologie
2006 <i>(Juli-August)</i>	Alliance Française Brüssel, Belgien
2006-2007	Diplomatische Akademie Wien: Diplomlehrgang
2005-2008	Universität Wien: Magisterstudium in Sinologie